

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 28. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsstelligen Nummern  
genau oder deren Raum 60 Pfg. für  
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-  
und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (steh-  
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
Wort 10 Pfg. Stehgedruckte und Schlaf-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Inserate für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:  
Wortjahr 3.00 RM., monatlich 1.10 RM.,  
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnements-Preis 1.10 RM. pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Schweden, Norwegen, Luxemburg, Rumänien,  
Schweiz und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

## Die Lügen von Brest.

Paris, 24. Februar. (Eig. Ber.)

In der arbeiterfeindlichen Presse Deutschlands macht eine Notiz über den angeblich von einem „sozialdemokratischen Gemeinderat“ verschuldeten wirtschaftlichen Ruin der Hafenstadt Brest die Runde. Die Notiz stoppt die stärksten der Lügen und Entstellungen zusammen, die ein gewisser Condurier, Chefredakteur des reaktionären Blattes „Dépêche de Brest“ und Professor des berühmten „gelben“ Kapitalistenföhlings Viétry, in einer neulich in Buchform vereinigten Artikelserie ausgebreitet hat. Vier Jahre sozialistischer Gemeindevverwaltung sollen die völlige Untauglichkeit der sozialistischen Prinzipien erwiesen, sollen eine blühende Stadt in allgemeine Armut und Anarchie gestürzt haben. Sehen wir uns nun einmal diesen „Untergang“ etwas genauer an, nicht im Dampf der Condurierischen Entrüstung, sondern im klaren Licht der Statistik.

Zunächst aber eine nötige Vorbemerkung über die Entstehung des „sozialdemokratischen Gemeinderats“. Bei den Gemeindevahlen im Jahre 1903 stand den Kandidaten der bis dahin herrschenden reaktionären Bourgeoisie eine sozialistische und radikale Opposition entgegen. Aller Erwartung entgegen drangen im ersten Wahlgang 10 Sozialisten durch und die sozialistische Partei sah sich in der Lage, den Versuch zu wagen, die städtische Verwaltung zu leiten. In der Eile wurde eine Kandidatenliste aufgestellt, die den Reaktionsären den Rest ihrer Ehre entriß. Wohl gemerkt, es waren keineswegs lauter Sozialisten, die gewählt wurden. Unter den neuen Gemeinderäten waren fortgeschrittene Radikal-Sozialisten ebenso wie Revolutionäre, die am ehesten zu den Anarchisten zu rechnen waren. Die Situation war ungefähr dieselbe wie unter der Pariser Kommune, wo die Angehörigen der Internationale die mehr oder minder konfuse revolutionären Kleinbürger auf der Bahn einer sozialen Reformpolitik vorwärts zu treiben hatten, sie war jener auch darin analog, daß die unvermeidlichen, aus der jakobinischen Tradition stammenden Kämpfe, wozu hier noch provinzielle Beschränktheiten kamen, auf das Konto der Sozialisten geschoben wurden. Die Situation der Sozialisten aber war insofern ungünstiger, als die sozialistische Kommunalpolitik diesmal in die engen Grenzen der französischen Selbstverwaltung gebannt war. Es hätte gar keinen Sinn, zu leugnen, daß sich der Gemeinderat von Brest, namentlich infolge der geschickten Zusammenfassung, schließlich zur Weiterarbeit unfähig gezeigt hat. Nach heftigen inneren Kämpfen hat die Majorität, darunter die meisten der der Organisation angehörenden Sozialisten, auf Beschluß der Parteiföderation, demissioniert. Erfreulich ist dieser Ausweg sicher nicht. Er zeigt, wie stark noch die französische Arbeiterbewegung unter den überkommenen Denkwesen und Stimmungen der bürgerlichen Revolutionsperiode und unter dem Mangel ihrer Organisation leidet. Aber wenn die Sozialisten von Brest manches Bescheidnes der letzten Jahre zu bebauern haben, so gehört die geleistete Verwaltungsarbeit nicht dazu. Und sie haben nicht den geringsten Grund zu wünschen, daß deren Resultate — die wirklich, nicht von einem strapellosten Gegner entstellten Resultate — der Öffentlichkeit vorenthalten bleiben. Wir entnehmen die im folgenden angeführten Daten einer Zusammenstellung von Professor Vitalian, einem demissionierten Gemeinderat, der Bürgermeisteradjunkt war.

Condurier hat in seinen „Mären Wunders viel gesagt“ von der Leichtfertigkeit, womit der sozialistische Gemeinderat das Gemeindevermögen verschwendet hätte, um eine Arbeitsbörse zu bauen. Es ist nun richtig, daß zu diesem Zweck ein Kredit von 100 000 Fr. im Prinzip bewilligt wurde. Aber schon die erste bewilligte Jahresrate von 50 000 Fr. wurde Ende 1904 wegen Mangels der Verwendung annulliert. Die Arbeitsbörse wurde in einem verfügbaren Raum untergebracht und die Einrichtungskosten betragen insgesamt — 1300 Fr.! Wohl aber sind die den Gewerkschaften und den verschiedenen Dienstvereinen der Arbeitsbörse bewilligten Subventionen bis 1907 auf 6500 Fr. gestiegen, während sie unter dem reaktionären Regiment nur 1000 Fr. betragen hatten. Aber der liberale Gemeinderat, der den Bahnarbeitern einen Zuschuß zur Einrichtung eines Unterrichtskurses verweigerte, hatte für das Fest eines bürgerlichen literarischen Vereins 2000 Fr. bewilligt!

Condurier will die Sozialisten für das Steigen der Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Aber sie ist in der ganzen Bretagne ebenso gestiegen wie die Lebensmittelpreise. Sind vielleicht die Sozialisten von Brest an der allgemeinen Teuerung schuld? Sicherlich ist das Elend in Brest fürchterlich. Die Zahl der vom Armenbureau Unterstützten war schon bis 1903 stetig bis über 18 000 gestiegen. Wenn Condurier behauptet, daß sie 1906 über 23 000 betragen habe, so bringt er diese Ziffer nur dadurch heraus, daß er zu denen, die Geldunterstützung erhielten, die Zahl derjenigen addiert, die unentgeltliche ärztliche Hilfe zu Hause empfingen (sie beträgt fast 6000), ohne Rücksicht darauf, daß zahlreiche Personen ärztliche Hilfe und Geldunterstützung genossen.

Mit besonderer Lust reitet Condurier auf der Reform der Mobilitätssteuer herum, die Brest „ruiniert“ und die Bevölkerung einem fürchterlichen Druck preisgegeben habe. Er

lügt sogar seinen Lesern vor, daß die reichen Leute die Stadt verlassen haben, woran kein Wort wahr ist. Wahr ist aber, daß mit der Reform die Herabsetzung der Steuer für Wohnungen mit einem Jahreszins unter 150 Frank eintrat. Eine Erhöhung trat wohl schon bei Wohnungen von 270 Fr. ein, fühlbar wurde sie jedoch erst bei Wohnungen von einem Zins von 500 Fr., den in Brest kein Proletarier bezahlt. Tatsache ist auch, daß Clemenceau, der doch sicher für die Sozialisten von Brest nicht viel übrig hatte, einer Liga von reaktionären Professoren geantwortet hat, daß sich die Reform durchaus im Rahmen der Gesetze bewege. Die Erhöhung der Steuer summe kam auch gar nicht von der „sozialistischen Verwaltung“, sondern von der Erhöhung der Departements- und Arrondissementszuschläge her.

Bezeichnend für die Gewissenlosigkeit und Redlichkeit Conduriers sind seine Mitteilungen über die „Goutto do lait“ (die unentgeltliche Abgabe von Milch für Säuglinge) und über das Schulwesen. Condurier schreibt: 18 000 Fr. betragen die Verwaltungskosten und für 17 000 Fr. wurde Milch verteilt. Kritische Leser können da an eine Geldbergendung glauben. Aber von diesen 18 000 Fr. Verwaltungskosten kamen 11 000 auf die Entlohnung des Personals, die Anschaffung und Erhaltung des für die Pasteurisation notwendigen Materials, Kosten der Heizung usw. Was wohl die kleinen Milchhändler, auf deren Stimmen die Partei des Herrn Condurier spekuliert, dazu sagen würden, wenn man, etwa bei ihrer Besteuerung, ihre Betriebskosten als überflüssig ansehen wollte!

Wenn man die Milchverteilung wirklich gerecht beurteilen will, muß man sich an andere Ziffern halten. In der Zeit vom 23. Oktober 1903 bis zum 31. Dezember 1906 ist an 1645 Kinder Milch abgegeben worden. Im Jahre 1906 wurden 82 000 Liter pasteurisiert. — Zum Kapitel Kinderfürsorge gehören auch die Ferienkolonien. Im vergangenen Jahre wurden an zweihundert Kinder in drei Schichten zu längerem Aufenthalt an die See geschickt. Seebäder für Proletarierkinder! Am Ende entrüstet sich Herr Condurier über nichts so sehr wie über diese Verletzung eines Privilegiums der Bourgeoisfamilien und der Kokotten.

Und nun die Schule! Als die Sozialisten die Leitung der Gemeinde übernahmen, war das Schulwesen in der elendesten Verfassung: die Schulen in ungeeigneten Räumen untergebracht, überfüllt (noch Ende 1906, nach den von den Sozialisten gemachten Anstrengungen betrug die durchschnittliche Schülerzahl für eine Klasse 75, statt gesetzlichen 45 und für die Kindergärten sogar 175!), das Lehrpersonal überarbeitet und mit wahren Hungergehältern entlohnt. Die Sozialisten richteten zunächst eine Knabenschule und eine Vorbereitungsschule in geeigneten Gebäuden neu ein, als dann die Pfarrhäuser an die Gemeinde zurückfielen, wurde eine Mädchenschule und ein Kindergarten gegründet und andere Schulen besser untergebracht. Für die Lehrerinnenbildung wurden Stipendien bewilligt, um auch Proletarierkinder den Besuch zu ermöglichen. Die Wohnungszulagen für die Lehrer wurden von 64 000 auf 83 000 erhöht. Der sozialistische Gemeinderat führte auch das Institut der Schulärzte ein, er organisierte die unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln. 7200 Volksschüler und 2100 Kindergartenkinder haben Lehrmittel erhalten. 23 000 Fr. wurden für diesen Zweck ausgegeben. Um alle diese Einrichtungen hat sich besonders Genosse Lehrer Le Sell verdient gemacht, der um ihrer Organisation willen keine Mühe scheute, unzählige Abende opferte und — nicht einen Centime Entschädigung erhielt. So „korrupt“ waren die sozialistischen Gemeinderäte.

Erwähnt sei noch die Verstadtlung der Leichenbestattung. Die finanzielle Teilnahme am Theater hat im ersten Jahre ein beträchtliches Defizit gebracht, woraus Condurier natürlich die Nichtwürdigkeit der kommunalen Betriebe ableitet, aber im zweiten Jahre waren unter einer besseren Theaterleitung die Ergebnisse schon wesentlich besser.

Condurier spricht von einem „Zusammenbruch des Sozialismus“ in Brest. Wenn die Ereignisse gezeigt haben, daß der Gemeinderat auf die Dauer zu einem gedeihlichen Wirken nicht imstande war, so beweisen die angeführten Tatsachen und Ziffern, daß es nicht die sozialistische Gemeindepolitik gewesen ist, die Schiffbruch gelitten hat. Wohl sind die Aktivbestände, die der sozialistische Gemeinderat vorgefunden hat, aufgebraucht worden und die Ausgaben gestiegen. Aber wir haben gesehen, welchen Zwecken die Steigerung zugute kam. Die Sozialisten haben den Bescheidnen der Stadt mächtige Opfer für die physische und geistige Pflege der Jugend des Proletariats abgefordert, sie haben die Lage der Gemeindeangestellten verbessert und die Summe ihrer Bezüge von 462 000 Fr. im Jahre 1904 auf 556 000 Fr. im Jahre 1907 erhöht. Das was in den vier Jahren „sozialistischer Verwaltung“ unter ungünstigen Verhältnissen in einer vom chronischen Massenelend bedrückten Stadt an nützlichen Werken für die besitzlose Klasse geschaffen worden ist, fällt denn doch etwas anders ins Gewicht, als die „pifanten“ Anekdotchen, die der Herr Condurier unter dem Gemeinderatsstich ausgeklaut hat und die die internationale Verleumdungspresse des Kapitals widerläut.

## Auch ein Sieg Bülow's.

Fürst Bülow atmet erleichtert auf, das Herrenhaus hat ihm den Befallen getan und nach heftiger Debatte die Entlohnungsvorlage gegen die Polen in einer Fassung angenommen, mit der sich die Regierung schließlich einverstanden erklärte. Zuvor hat es die ursprüngliche Vorlage abgelehnt, aber es hat sich wenigstens auf den Antrag Adides geeinigt, der im wesentlichen eine Wiederherstellung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses bedeutet. Bis zum letzten Moment war das Schicksal der Vorlage unentschieden, es war schwer zu sagen, auf welche Seite sich die Waage neigen würde. Nach dem Verlauf der Diskussion hätte man taufend gegen eine Niederlage würde, aber zuguterletzt trug sie doch noch den Sieg davon, wenn anders man die Annahme des Antrages Adides mit 143 gegen 111 Stimmen noch einen Sieg nennen kann. Von denen, die gegen die Vorlage stimmten, seien außer dem Berliner Oberbürgermeister Kirchner genannt der frühere Staatssekretär im Reichsmarineamt v. Hollmann, der Schwager des Kaisers, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich, Fürst zu Stolberg-Wernigerode, der Minister a. D. von Wedel-Piesdorf, Herzog von Trachenberg und der Generalfeldmarschall Graf Haeseler, lauter erlauchte Namen, die durch ihre Abstimmung sich als „Staatsfeinde“ erwiesen haben. Noch ein solcher Sieg und Fürst Bülow ist verloren.

Aus der Debatte ist besonders hervorzuheben die Rede des schlesischen Zentrumsgrafen Dypersdorf, der äußerst scharfe Kritik an der ganzen Ostmarkenpolitik übte und erbarmungslos das Machwerk der Regierung zerpfückte. Ueberzeugend wies er nach, daß die Entlohnung nicht nur gegen den Grundgedanken der Verfassung verstöße, wonach alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind, sondern auch gegen die Reichsverfassung, daß die Regierung Vollmachten verlange, die ihr auf Grund der Reichsverfassung gar nicht gemährt werden könnten, daß der Gesetzentwurf, der keinerlei wirtschaftliche, sondern nur rein politische Ziele verfolge, unzulässig sei und den ersten Schritt auf dem Wege zur Expropriation der Expropriateure bedeute.

Auch in dem Fürsten Radziwili, der der Regierung sein Mißtrauen aussprach, in dem katholischen Kirchenfürsten Kardinal Ropp und in dem Generalfeldmarschall Haeseler entstanden der Vorlage ernste Gegner.

Dagegen können wir in den Ausführungen des Freiherrn von Tschammer, der sich selbst als „treuer Vasall Seiner Majestät des Königs“ und als guter Patriot vorstellte, nur ein heiteres Intermezzo erblicken. Auch er verurteilt die Vorlage, aber aus ganz anderen Gründen wie die übrigen Gegner, er will der Regierung gern noch mehr Millionen für ihr kulturfeindliches Werk zur Verfügung stellen, nur soll sie die Ostmarkenpolitik in andere Bahnen lenken. Der Herr setzt seine Hoffnungen auf die Blockpartei des Reichstags, er fordert nicht mehr und nicht weniger als das Verbot aller nationalpolnischen und nationaldänischen Vereine und die lebenslängliche Einsperrung aller polnischen Agitatoren ins Zuchthaus. Wenn der Reichstag sich darauf nicht einläßt, dann solle der Kaiser vor das Portal des stolzen Ballot-Paues eine Statue mit der Aufschrift setzen: Laßt alle Hoffnung draußen! Denn wozu ist schließlich der Reichstag da, so rief Herr von Tschammer wehmütig aus, wenn man nicht einmal das von ihm verlangen kann! Eine Rede voll tiefer staatsmännischer Weisheit, würdig eines geborenen Gesetzgebers!

Den Argumenten der Gegner gegenüber hatten die Vertreter der Regierung, die Minister v. Arnim, Dr. Beseleer und Fürst Bülow einen schweren Stand. Leichter machte es sich Freiherr v. Reichenbach, er verzichtete von vornherein auf sachliche Argumente und richtete statt dessen einen Appell an den so oft bewährten Patriotismus des Herrenhauses, das sich stets als Hort der besten Staatsgesinnung erwies, die Regierung bei allen großen Aufgaben unterstützt habe und hoffentlich auch jetzt, wo es beinahe bis zum äußersten, beinahe bis zum bewaffneten Aufstand gekommen sei, nicht versagen werde.

Das waren allerdings „durchschlagende Gründe“, denen sich die nationalliberalen Bürgermeister und Universitätsprofessoren fügen mußten. Der Feudaladel blieb fest, die Herren sahen sich den Teufel um die Wünsche eines Bülow, der doch eben erst gefürstet ist und früher tief unter ihnen stand, aber das „liberale“ Bürgertum ist wieder einmal zu Kreuze geflohen, es stimmte freudigen Herzens für den Antrag Adides und hat damit den Beweis erbracht, daß es, wenn die äußerste Rechte versagt, stets bereit ist, als Lückenbüßer einzuspringen und das Volk zu entrichten. Diesmal richtete sich der Vorstoß gegen die Polen, das nächste Mal werden andere Schichten des Volkes an die Reihe kommen.

## Nochmals „Volksrechte und Klerikalismus“.

Der Artikel „Volksrechte und Klerikalismus“ in Nr. 43 des „Vorwärts“ (vom 20. Februar) scheint den großen Staatsrechts- und Moralphilosophen des Klerikalismus, den Jesuiten Viktor Cathrein, arg beschimpft zu haben; denn in der letzten



Mittwochnummer der „Germania“ versucht er darzulegen, daß wir keine Staatsrechtslehre — die, nebenbei bemerkt, nicht eigenes Geistesprodukt, sondern lediglich ein fader Abspülrest der Lehren des Thomas von Aquino, Thomas Hobbes, Robert Filmer usw. ist — entstellen haben, und daß ferner das Zentrum für seine schöne Merkmal Staatsrechtslehre absolut nicht verantwortlich ist.

Daß unsere Zitate richtig sind, leugnet Herr Cathrein nicht; aber, meint er: „Was hat denn das Zentrum mit einer Schrift zu tun, die ohne sein Wissen und seine Billigung erschienen ist?“

Herr Cathrein erlaubt sich da einen edel jesuitischen Aniff. Da wir jedoch die Gesplogtheit der Zentrumspresse und ihrer geistlichen Mitarbeiter kennen: jedesmal dann, wenn es ihr zum Zwecke der Täuschung paßt, einen großen Unterschied zwischen Merkmalismus und Zentrum zu machen und das letztere als eine nichtkonfessionelle, rein politische Partei hinzustellen, so haben wir in unserem Leitartikel nirgends Herrn Cathrein als Lehrer der Zentrumstheorie, sondern stets als Kapazität des Merkmalismus und als anerkannten Interpreten der katholischen Staatslehren bezeichnet. Die Inanspruchnahme des Zentrums vor der Verdächtigung, daß es Herrn Cathreins Theorien als für sich verbindlich ansieht, ist also zum mindesten überflüssig; wenn wir auch damit Herrn Cathrein durchaus nicht zugeben, daß Merkmalismus und Zentrum absolut nichts miteinander zu schaffen haben. Seine Schrift mag nicht die offizielle Billigung der Zentrumstheorie gefunden haben, wohl aber genießt Herr Cathrein in Zentrumskreisen das Ansehen einer großen wissenschaftlichen Autorität und seine Wörter werden in der Zentrumspresse als Muster tiefer katholischer Kirchenweisheit empfohlen.

Zweitens macht Herr Cathrein geltend, daß seine Schrift schon vor 20 Jahren erschienen ist. Das stimmt; aber was soll dieser Einwand? Er hätte nur dann einen Sinn, wenn seitdem die Auffassung des Merkmalismus vom Staat sich vollkommen geändert hätte, und also heute die schönen Theorien des Herrn Cathrein der gültigen katholischen Dogmatik nicht mehr entsprächen. Das aber wird Herr Cathrein schwerlich behaupten wollen.

Drittens, so erklärt Herr Cathrein, entstammten unsere Zitate verschiedenen Teilen seiner Schrift und wären „aus dem Zusammenhang herausgerissen.“ Das erste ist selbstverständlich; und das zweite nur in soweit richtig, als immer Zitate aus dem Zusammenhang einer Schrift herausgenommen respektive herausgerissen werden müssen, falls nicht die ganze Schrift zitiert werden kann. Die Frage ist aber, ob die Zitate derartig ausgewählt sind, daß dadurch ihr Sinn entstellt ist. Herr Cathrein weiß dafür nur ein Beispiel beizubringen, und dieses eine Beispiel ist höchst komischer Art. Er sagt wörtlich:

„So z. B. zitiert der „Vorwärts“ meine Behauptung, die Staatsgewalt habe das Recht, offene oder verdeckte Aufreizungen gegen die bestehende Regierung nicht zu dulden, und sagt unmittelbar daran meine Ausführungen über das Verhalten der Regierung gegen Sozialdemokraten, Nihilisten usw. Nun hatte ich aber im unmittelbaren Anschluß an die obige Behauptung geschrieben: „Damit ist natürlich eine berechtigte Kritik der Regierungsmassregeln nicht ausgeschlossen“, und diesen Satz noch näher begründet.“

Es ist richtig; der Staat hat nach Herrn Cathrein nur das Recht, alle Vereine und Bestrebungen zur Verbreitung „unfittlicher“ Lehren und revolutionärer Grundzüge, sowie alle offenen und verdeckten Verdächtigungen, Aufreizungen usw. gegen die Regierung und die bestehende Ordnung zu verbieten; die „berechtigte Kritik“ ist dagegen gestattet. Aber, was ist berechtigte Kritik? Nach Cathreins Weisheit das, was die Staatsgewalt und die Kirche dafür hält!

Viertens, so behauptet Herr Cathrein, sei es ganz falsch, daß nach seiner Staatslehre „das Volk sich jeder, auch der größten Schandwirtschaft in demütiger Unterwerfung zu fügen habe“ —

„Es ist“ fährt er, „kaum möglich, eine Lehre ärger und böswilliger zu entstellen, als es hier geschieht. Entgegen der Ansicht einiger älterer Schriftsteller habe ich die Rebellion oder die gewalttätige Revolution für unerlaubt erklärt. Aber das ich lehre, das Volk habe sich jeder Schandwirtschaft eines Despoten in demütiger Unterwerfung zu fügen, ist eine offensbare Unwahrheit. Im Gegenteil, ich habe sehr ausführlich die Schranken dargelegt, an welche die Staatsgewalt — selbst in einer absoluten Monarchie — gebunden ist. Die obrigkeitliche Gewalt hat — wer immer ihr Träger sei — die natürlichen und wohlverordneten Rechte der Untertanen zu schützen. Gebietet sie etwas Sündhaftes, so darf man ihr gar nicht gehorchen. Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen.“ Ich habe auch eingehend dargelegt, daß das Volk sich mit allen legitimen Mitteln despotischer und ungerechter Willkür widersetzen dürfe.“

Gewiß, Herr Cathrein lehrt, daß die Staatsgewalt, sogar Autokraten nicht das Recht haben, ihre Völker grausam zu maltreatieren. Nun sie es doch, so darf das Volk mit allen „legitimen Mitteln“ dagegen protestieren, besonders natürlich dann, wenn die Staatsgewalt die sogenannten Rechte der Kirche, das heißt des Klerus nicht respektiert. Aber, wenn nun die Staatsgewalt sich an den „legitimen“ Widerspruch ihre Maßnahmen nicht lehrt, wenn sie Nord auf Nord häuft und „Hunderte willkürlich hingschlachten“ läßt — was dann? Nun dann muß sich das Volk nach Cathreins Ansicht eben fügen; denn Gewalt anwenden und rebellieren darf es gegen die Staatsgewalt in keinem Fall —

Zufänglich befähigt Herr Cathrein also alles, was wir aus seinen schönen Staatsrechtsdoktrinen abgeleitet hatten; nur verknäuelert er nach der Art jesuitischer Moralphilosophen seine Lehrlinge mit allerlei nebenhässlichen „Wenn“ und „Aber“, damit die Volksfeindlichkeit und Anechtung seiner Staatsdogmatik nicht in ihrer häßlichen Nacktheit offen hervortritt. Aber Herr Cathrein ist trotz seiner jesuitischen Verschämtheit allzu naiv, wenn er verlangt, wir sollten vor diesen dürren Feigenblättern, mit denen er seine abgehandenen volksfeindlichen Lehren dekoriert, sonderliche Ehrfurcht haben.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar 1908.

### Der kleine Befähigungsnachweis.

Merkwürdig, wie rasch der bundesrätliche Gesetzesfabrikationsapparat arbeitet, wenn es sich um die Befriedigung reaktionärer Wünsche handelt. Während jahrzehntelang Herr Nieberding auf Anfragen wegen dringender juristischer Reformen seine stereotypen Erklärung vorbringt, daß die verbündeten Regierungen mit Erwägungen beschäftigt seien, bedarf es nur eines Botens der agrarisch-junkerschen Reichstagsmehrheit, um die Regierungen für reaktionäre Vorlagen in Bewegung zu setzen. Heute wieder hatte sich der Reichstag mit einem solchen bürokratischen Nachwerk zu befassen, mit einer Novelle zum Gewerbegesetz, die dem Handwerk den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis befähigen soll.

Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg gab der Vorlage seinen Segen mit auf den Weg, indem er betonte, daß die Beschränkung des Rechtes zur Lehrlings-

zuchterei auf Leute mit Meisterdiel oder fünfjähriger Praxis von ungeachtetem Segen für das Handwerk sein werde. Der durch seine wahlrechtsfeindliche Rede im preussischen Abgeordnetenhaus höchst unrühmlich bekannt gewordene Kreisblattverleger Malke wick aus Hinterzimmern stimmte dem Staatssekretär freudig zu, deutete aber an, daß er und seine Junftrüder noch mehr Junftrüder verlangen. Auf den gleichen Ton waren auch die Weigen des Zentrumsjunklers und des Bäckermeisters Niefeberg gestimmt, der auf eigene Faust Mittelstandsretterei betreibt.

Genosse Albrecht legte dar, daß die Gewerbebefreiheit zwar nicht unser Ideal sei, da wir die sozialistische Regelung der Produktion erstreben, daß aber die Gewerbebefreiheit für den Arbeiter jedenfalls zehnmal besser sei, als irgend ein junftrüderisches System. Wenn die Regierung in der Begründung zu dem Gesetzesentwurf aber sage, der kleine Befähigungsnachweis sei keineswegs aufzufassen als ein erster Schritt zur Einführung des großen Befähigungsnachweises, der den gesamten Handwerksbetrieb wieder in junftrüderische Schranken bannen will, so seien das nicht als leere Worte, da das Junftrüderium durchweg den kleinen nur als Abschlagszahlung auf den großen Befähigungsnachweis entgegennimmt. Albrecht wies dann noch aus der Schrift eines bayerischen Beamten nach, wie schädlich in Oesterreich die Wiebereinführung der Junftrüder gewirkt habe. Die verderbliche Lehrlingszuchterei werde gerade von den bevorrechteten Meistern noch mehr betrieben werden. Diefelbe ist zu beschränken und dafür die Ausbildung der Lehrlinge durch Fachschulen zu fördern.

Der freisinnige Karsten und der Antijunk mit Bruhn strafen darin zusammen, daß sie das Haus mit Geschichten von sozialdemokratischem Terrorismus regalierten.

Genosse Lehmann wies an der Hand statistischer Zahlen nach, welchen Umfang die Lehrlingszuchterei in kleinen Orten, besonders aber im Bäckerberufe angenommen habe. Er betonte auch, daß die Kleinmeister der Heimindustrie, die für die Großindustrie arbeiten, ihre Lehrlinge meist nur zu Teilarbeitern ausbilden können. Würde die Vorlage Gesetz, so würde das Handwerk bald einsehen, daß es nichts damit gewonnen habe.

Nach weiterer kurzer Diskussion wurde die Vorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

### Der Etat des Polizeiministers.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Donnerstag die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Zum ersten Male hatte der neue Minister seinen Etat zu vertreten, aber wenn auch mit Herrn v. Rolke ein neuer Mann in das Ministerium eingezogen ist, der Geist ist der alte geblieben: Die Polizei ist nach wie vor die letzte Zusage der Regierung und der Volksvertretung, von ihr allein erwartet man das Heil des Staates.

Eine Blütenlese der Aufgaben, die die Polizei erfüllen soll, bot die stoffreiche Rede des stoffkonjunktiven Abg. Stroffer. Vor allem ruft dieser ehemalige Major die Polizei zum Kampfe gegen die Unfittlichkeit auf. Würde sich der Kampf auf das schamlose nächtliche Treiben in gewissen Berliner Lokalitäten beschränken, in denen sich die Ständesgenossen des Herrn Stroffer ein Stelldichein geben, so wäre ja kaum etwas dagegen einzuwenden, aber er verlangt mehr: die Polizei soll auch die Unfittlichkeit in Wort und Schrift aus der Welt schaffen, sie soll sich zum Jenfor aufwerfen über literarische Erzeugnisse. Ehemalige Unteroffiziere sind allerdings für diesen Zweck die geeignetsten Personen.

Wie wenig die Polizei geeignet ist, irgend welche Kulturaufgaben zu lösen, dafür brachten die Ausführungen des Abg. Fritsch (nat.) ein treffendes Beispiel. Bekanntlich hat der Minister vor einigen Monaten eine Verfügung erlassen, die den Zweck verfolgte, zu verhindern, daß die unter Polizeiaufsicht stehenden Personen durch die Aussicht in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen gehemmt werden. Die Polizei aber setzt sich über diesen Erlass hinweg, sie handelt nicht so, wie es den Absichten des Ministers entspricht.

Einen Lichtblick in den Debatten stellte die Rede des Abg. Münsterberg (fr. Gg.) dar, der gegen die bisherige Methode der Zwangserziehung und gegen die Reglementierung der Prostitution sprach, die mehr Schaden als Nutzen stiftet. Auf diese vernünftigen Ausführungen blieb der Minister die Antwort schuldig. Ebensovienig erörterte er sein Programm auf dem wichtigen Gebiete der Wohnungsfürsorge oder auf dem des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden. Dagegen war er sofort bereit, gegenüber der Aufforderung zum Kaufe gegen Dänen und Polen die Phrase herzuleiern, daß die Regierung allen staatsfeindlichen Bestrebungen mit Nachdruck entgegen treten werde.

So ist denn das Ergebnis des ersten Tages der Debatte über das Ministergehalt ein recht dürftiges. Die Freisinnshelden, die von Herrn von Rolke den Anbruch einer neuen, liberalen Ära erwartet haben, sind wieder einmal in ihren Hoffnungen bitter enttäuscht.

### Gesetz über Majestätsbeleidigung.

Das vom Reichstage und Bundesrat kürzlich angenommene Gesetz betreffend die Bestrafung der Majestätsbeleidigung ist gestern im Reichsgesetzblatt publiziert. Es tritt daher mit dem 13. März in Wirksamkeit. Für alle am 13. März oder später zur Verhandlung in erster Instanz gelangenden Klagen wegen Majestätsbeleidigung gilt deshalb in Abweichung vom heute geltenden Recht folgendes: 1. Die Strafverfolgung verjährt nicht mehr in fünf Jahren, sondern in sechs Monaten; 2. die Beleidigung ist nur dann als Majestätsbeleidigung im Sinne der §§ 95, 97, 99, 101 Str.-G.-B. strafbar, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Ueberlegung begangen ist; 3. die Mindeststrafe ist von zwei Monaten auf eine Woche Gefängnis oder Festung herabgesetzt.

Die Frage, ob das neue Gesetz auch auf diejenigen Fälle rückwirkende Kraft übt, die bereits vor dem 13. März in erster Instanz abgeurteilt sind und noch in der Revisionsinstanz schweben, ist im Gesetz nicht ausdrücklich beantwortet. In der Theorie und Praxis herrscht Streit über die Frage der Rückwirkung des neuen Gesetzes für diesen Fall. Ein Teil nimmt an, in der Revisionsinstanz sei nur zu prüfen, ob das zur Zeit der Fällung des Urteils geltende Recht zutreffend angewendet sei, daher sei für die Revisionsinstanz für die Vorschriften des neuen Gesetzes kein Raum. Dieser auch vom Reichsgericht vertretenen Ansicht steht die Meinung bedeutender Rechtslehrer, wie Berner und Kubo, entgegen, nach der die Vorschriften des § 2 des Strafgesetzbuches „Bei Verschiedenheit der Gesetze von der Zeit der begangenen Handlung bis zu deren Aburteilung ist das mildere Gesetz anzuwenden“ zugunsten des Angeklagten nur die Auslegung zuläßt, daß das mildere Gesetz in allen Stadien bis zur rechtskräftigen Aburteilung in Anwendung zu gelangen hat.

### Die neuen Kommunalsteuern in Leipzig.

Mit einem neuen Steuerbulletin überraschte vor etwa sechs Wochen der Rat der Stadt Leipzig die Einwohnerschaft: es enthielt eine Besitzwechselabgabe, die 200 000 M. bringen soll, eine Wertzuwachssteuer mit 8—100 000 M., eine Biersteuer mit 470 000 M., eine Nichtbürgersteuer und eine Steuer für Gewerbebetriebe im Umherfahren, worüber keine Schätzung vorlag. Die Ueberprüfung wirkte in der Bürgerschaft geradezu sensationell. Von unserer Partei wurden sogleich neun Volksobermahlungen einberufen, die sich vor allem gegen die drei letzten Steuerarten richteten, eine progressiv wirkende Einkommensteuer verlangten, aber auch die Verdrängung der Wertzuwachssteuer für unbebaute und unbebaute Grundstücke und die Erhöhung der Besitzwechselabgabe erlangten.

Im gemeinschaftlichen Steueraussschuß fiel die Bier-, die Nichtbürgersteuer, sowie die Steuer für Gewerbebetriebe im Umherfahren, dagegen wurde eine neue Steuer, die für Aktien- und Kommanditgesellschaften usw., neu in die Vorlage aufgenommen; die Besitzwechselabgabe wie die Wertzuwachssteuer wurden erhöht. Am Mittwochabend beschäftigte sich nun das Stadtverordneten-Kollegium mit der Vorlage, wobei es ziemlich heiß herging. Der Vertreter der Radikalen wie der Hausagrarier stritten sich darum, welche der Gesellschaftsschicht schon für das Gemeinwohl am meisten blute. Der „erstklassige“ Vertreter meinte, daß die gerechteste Steuer die Einkommensteuer sei. „Gerechtigkeit sei auch eine schöne Sache, aber am rechten Orte.“ Jetzt brachten 5 Proz. der Steuerzahler, die er vertrete,  $\frac{1}{2}$  der ganzen Einkommensteuer auf.

Der Vertreter der Hausagrarier wimmerte ständig über Vermögenskonfiskationen durch diese Steuerpläne und schwang den roten Zapfen mit einem Eifer, daß man unmittelbar vor der Einführung des „Zukunftstaates“ zu stehen vermeinte. Unser Vertreter geisterte nun das Verhalten beider Richtungen, sowohl der Grundbesitzer wie der des mobilen Kapitals.

Das Kollegium nahm schließlich die Vorlage des Steuerausschusses an.

### Oesterreich.

#### Die Arbeitslosen.

Wien, 27. Februar. Heute mittag fanden vor dem Parlament große Demonstrationen von Arbeitslosen statt. Die Demonstranten brachen in Pörlitz aus und schrien: „Wir wollen Arbeit!“ Die Polizei, welche in großer Menge erschienen war, vertrieb schließlich die Demonstranten und nahm neun Verhaftungen wegen Widerstandes vor.

### Die Balkanfragen.

Wien, 27. Februar. Die gesamte hiesige Presse bespricht eingehend die Debatte über die mazedonische Frage in den englischen Parlamenten und vertritt die Ansicht, daß das angelegentlichste aktive Eingreifen Englands in die Balkanpolitik zu einer Teilung des Mächtebündnisses in Konstantinopel und einer Aufrollung der türkischen Frage führen müsse.

### Frankreich.

#### Neue Beurteilungen von Antimilitaristen.

Paris, 25. Februar. (Fig. Ber.) Daß der Freispruch der „Zwölf“ nur ein Ausdruck der Mißstimmung über die Politik des Ministeriums, aber nicht eine Weigerung der Geschworenen war, die Maschine der in den Diensten der Bourgeoisie gestellten politischen Justiz weiter zu bedienen, beweist die gestrige Verurteilung der Anarchisten Perle und Almerenda, die Redakteure an der „Guerre Sociale“ Hervés sind. Sie wurden wegen der jetzt bei den Staatsanwälten so beliebten „Aufreizung von Soldaten“ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Absicht der Regierung ist offenbar, das Weitererschweigen des Hervés Plattes durch Einsperren aller Redakteure unmöglich zu machen. Darum werden die bei aufgetragenen Schimpfreden anarchoistischer Phrasenreue zu gefährlichen „Aufreizungen“ gestempelt.

### Italien.

#### Wegen eines Rasi.

Turin, 27. Februar. In Messina fanden gestern ernste Kundgebungen der Anhänger Rasis statt. Es kam zu Zusammenstößen mit Truppen, wobei zwei Demonstranten durch Bajonettschläge verletzt wurden. Auch mehrere Polizisten trugen Wunden davon. Viele Personen wurden verhaftet.

### Stadtverordneten-Versammlung.

9. Sitzung vom Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Nischelet eröffnete die Sitzung nach 5 $\frac{1}{2}$  Uhr. Am 29. Februar haben die Stadtv. Barth und Genossen (Alle Linke und Freie Fraktion) die Antrag eingebracht, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob ihm bekannt ist, daß seit längerer Zeit in den verschiedenen Stadtteilen die Gaszuführung eine unzureichende ist, und welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um diesem Uebelstande unbenutzlich abzuwehren.

Stadtv. Barth (A. L.) begründet die Anfrage mit der Tatsache, daß in diesem Winter durch die unzulängliche Gaszuführung besonders Geschäftsleute stark geschädigt seien, so daß sie ihre Läden früher hätten schließen müssen. An den Häusern begreuzen mangelhafter Reinigung könne es nicht gelegen haben, daß der Uebelstand auftrat.

Stadtrat Kamolan: Der erforderliche Gasvorrat war vorhanden, aber der Druck in unserem 1300 Kilometer langen Rohrnetz ist in den Zeiten starker Inanspruchnahme ungleichmäßig. Jetzt ist die Hauptkonjunktur und die Kalmität vorüber. Auch der verminderte Druck genügt aber nach den früheren Erfahrungen noch den Ansprüchen; der Fehler muß also anderswo liegen, und das ist auch der Fall: die Rohrleitungen innerhalb der Häuser, mit denen die Gaswerke nichts zu tun haben, sind entweder zu eng, nachdem die Zahl der Blammen in diesen Häusern gewachsen ist, oder schmutzig, oder beides. Die Annahme, daß derselbe durch den Zufuß von Wasser gas verunreinigt sei, ist absolut haltlos; das hat aber manche Grundbesitzervereine und ihre Organe nicht gehindert, anzudeuten, als ob hier eine Wogelei mit im Spiele sei. Die beabsichtigte Wasser gasanlage hat ja die Billigung der Versammlung gefunden, und es sind nicht weniger als 9 Millionen dafür bewilligt worden. Das Wasser gas (½ Kohlen gas, ½ Wasser gas) hat allerdings ein etwas höheres spezifisches Gewicht, wodurch ein tragerer Druck entsteht, dem ist aber sehr leicht durch Erweiterung der Dämmen abzuwehren.

Damit ist diese Anfrage erledigt. Stadtv. Dr. Krone (Soz.) berichtet namens des Rechnungsausschusses über eine Reihe von Rechnungen und über die Jahresabschlüsse einiger städtischer Werke für 1908. Die Decharge wird durchweg erteilt.

Den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wegen Erziehung städtischer Krippen und Kindergärten hat der eingesehte Ausschuß unter dem Vorsitz des Stadtv. Jacobi (A. L.) mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Von welchem sozialen Geiste die Mehrheit befehle war, läßt der Ausschußbericht besonders klar in demjenigen Abschnitt erkennen, der die Erweiterung der Anlegung städtischer Erhebungen über den Umfang des Bedürfnisses wiedergibt. Da heißt es u. a., durch die Veranstaltung einer Enquete könnte das Bedürfnis erst künstlich konstruiert werden. „Es bestehe die Gefahr, daß später gefordert werden würde: 30 000 Kinder, deren Eltern im Schwelge ihres



Angeichts ihr Brot erwerben müssen, werden auf die Straße ge-  
trieben und zu Vagabunden erzogen. Die Sache würde agitatorisch  
ausgenutzt werden. Bei Anträgen wie der vorliegende deckt sich  
der Begriff des Sozialen mit dem des Sozialdemokratischen, da  
er die Zerstörung des Familienlebens zur Folge hätte. Eine Frau,  
die arbeiten gehen müsse, würde in den meisten Fällen Verwandte  
oder Nachbarn finden, die sich während des Tages um die Kinder  
kummern. Es sei zwar traurig, daß manchmal auch die Mutter auf  
Arbeit gehen müsse, häufig liegt aber dazu gar keine Notwendigkeit vor,  
sondern nur die Sucht, etwas mehr Geld für Genußzwecke  
zu erwerben.

Referent ist der Stadt. Jacobi (H. L.): Die Ausschuhmehrheit  
hat die empfohlene Ausschaltung der privaten Wohltätigkeit nicht  
günstig gefunden. Die Tätigkeit der betr. Vereine ist als segens-  
reich und fördernd anerkannt worden. Die öffentliche Kinder-  
erziehung statt derjenigen in der Familie glaube die Mehrheit  
nicht auf diesem Wege in den Vordergrund stellen zu sollen. Der  
Hinweis auf andere Kommunen blieb ebenfalls ohne Eindruck.  
Auch der Magistrat stand der Übernahme der Vereine usw. auf  
die Stadt ablehnend gegenüber.

Stadt. Wurm (Soz.): Tatsächlich irgendwie beachtenswerte  
Gründe gegen unseren Antrag sind in der sehr kurzen Ausschuh-  
beratung nicht vorgebracht worden. Man erkläre unseren Antrag  
einfach für unbedeutend, weil überflüssig; die Privatwohltätigkeit  
könne sehr wohl die hier vorliegende Aufgabe erfüllen. Als wir  
das schreiende Mißverhältnis zwischen Bedürfnis und Leistung  
betonen, erklärte man rund heraus, die Stadt habe keine Ver-  
pflichtung, dabei mitzuwirken; sie würde dabei nicht eine Wohl-  
fahrtsanstalt schaffen, sondern zur Verwirklichung der Ar-  
beiter beitragen. Bortwürfe gegen die Arbeiter, das war  
alles, was vorgebracht wurde: die Arbeiter würden nicht willens  
sein, die Kinder zu erziehen, sie würden mit beiden Händen zu-  
greifen, wenn ihnen die Stadt die Hand dazu böte, weil sie zu  
leichtfertig seien, um sich um ihre Kinder zu kümmern. Von einer  
Seite hiess es sogar, die Arbeiter gäben viel Geld für Streiks und  
Agitation aus, aber nichts für Wohltätigkeitszwecke. Ich habe ein  
hinlänglich Argument kaum in der engherzigsten, reaktionärsten  
Gesellschaft vernommen als das, daß die Arbeiter durch Beiträge  
zu Wohltätigkeitszwecken dazu helfen möchten, die Armut zu be-  
seitigen. Es ist wohl bei den Reaktionen ein beliebter Kniff,  
zu behaupten, den Arbeitern müsse es doch ganz gut gehen, weil  
sie so viel Geld für Gewerkschaften usw. übrig hätten; aber daß  
es schon so weit mit ihnen in der Blodfreudigkeit gekommen ist,  
hätten wir nicht gedacht. Die Arbeiter geben Geld für die Ge-  
werkschaften her als einen Akt der Notwehr gegen die kapitalistische  
Ausbeutung; die Arbeiter verdienen höchstens den Bortwurf, daß  
sie das noch nicht in genügendem Maße tun. Aber die Arbeiter  
damit zu höhnen, das übersteigt alles, was ich bisher an rüd-  
ständigen Anschauungen vernommen habe.

Unser Antrag soll, so heißt es, das Familienleben zerstören;  
die Erziehung wäre nur in der Familie wirklich gewährleistet. Es  
handelt sich hier aber gerade darum, daß dort, wo die Familie zer-  
stört ist, wo die Arbeiter sich um die Kinder nicht mehr kümmern  
können, die Kommune einschreite. Nicht wir Sozialdemokraten  
haben zuerst diesen Gedanken ausgesprochen, sondern eine national-  
liberal geleitete Stadt, München, ist damit vorangegangen. Der  
Münchener Kindergarten, der nach 37 Jahren jetzt in die städtische  
Verwaltung übergegangen ist, sagt in seinem letzten Jahresbericht,  
daß die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse es den wenigsten  
Müttern aus dem Arbeiterstande noch ermöglichen, sich der Er-  
ziehung der Kinder zu widmen; die Kindergärten ergänzten die  
häusliche Erziehung. Also Ergänzung, nicht Zerstörung des  
Familienlebens und der Familienerziehung! In Berlin sind  
zehntausende und überzehntausende Mütter von früh morgens an  
auf Arbeit. Glauben Sie wirklich, wie es im Berichte heißt, daß  
es nicht so schlimm ist, wenn Mann und Frau auf Arbeit gehen,  
da doch die Nachbarn sich der Kinder annehmen? Wo kommen  
dann diese patriarchalischen Zustände in Berlin plötzlich her? Rein,  
hier muß man gerade bekennen und zunächst anerkennen, daß in  
dem großen Moloch Berlin diese zehntausende von Eltern ihre  
Kinder der Straße überlassen müssen. Ueber die Fissern als  
Schönungen wollen wir auch nicht streiten; sind sie zu hoch  
gegriffen, um so besser für Sie; denn brauchen Sie  
nicht so tief in den Stadtsäckel zu greifen. Die Privat-  
wohltätigkeit reicht nicht aus; das ergeben die Berichte der  
Vereine selbst. Der Stadtschulrat hat uns ja im Ausschusse mitge-  
teilt, daß die Schulverwaltung auf Grund einer Verfügung von  
1893 die Möglichkeit hat, sich um die Einrichtung dieser Institute  
zu kümmern, daß sie hat einschreiten müssen dagegen, daß die  
Kinder in schlechten Räumen untergebracht sind, daß man Einspruch  
hat erheben müssen dagegen, daß den ganz kleinen Kindern soviel  
Wibelpfeife statt nahrhafter Suppen dargeboten wurden. Der  
„edle Weistritz“ der Wohltätigkeitsvereine hat zu einem brauch-  
baren Ergebnis nicht geführt; sonst hätten wir uns nicht hinein-  
gemischt. Daß die Kindergärten zur Schulpflege der Stadt ge-  
hören, ist keine Erfindung von uns, sondern das Kultusministerium  
selbst, der Minister Falk erklärte 1876 in einem Reskript, die Unter-  
richtsverwaltung wurde den Anschlägen von Kindergärten an ein  
Schulsystem gegebenenfalls genehmigen, und forderte auch zur An-  
stellung von Kindergärtnerinnen auf. Die soziale Fürsorge soll  
helfend eingreifen, bevor das Unglück geschehen ist, bevor die  
Kinder vernachlässigt sind; sonst kann Berlin sich des Labels nicht  
recht erwehren, den jener gewisse jemand erhob, der Berlin, wie  
Herr Cassel sagte, „gewerbemäßig“ als die sozial rückständigste  
Kommune der Welt bezeichnete. Die Art der Ablehnung unseres  
Antrages und seine Charakterisierung als Agitationsmittel kommt  
jemem Urteil recht nahe. Wir sind natürlich nicht zum letzten Male  
mit diesem Antrag gekommen; es wird mit ihm gehen, wie mit  
so vielen unserer Anträge, die sich schließlich — Sie mögen wollen  
oder nicht — durchziehen. Die Arbeiter werden die Gelegenheit  
nicht veräumen, Ihnen auf diese Ablehnung und Motivierung die  
gebührende Antwort zu geben. Noch aber erwarten wir, daß das  
Plenum nicht billigen wird, was die Ausschuhmehrheit Ihnen vor-  
schlägt, sondern daß Sie unseren Antrag annehmen. Wir wollen  
ja nur über das „Wie“ in einer gemischten Deputation verhandeln;  
selbst diesen ersten Schritt aber verweigert die Ausschuhmehrheit!

Stadt. Dr. Witter (Fr. Fr.): Wie lehnen den Antrag ab,  
weil eine solche Gemischung nicht Sache der Stadt und weil der  
Antrag ein Eingriff in die heiligsten Rechte der Familie ist. Mit  
der Säuglingspflege läßt sich dieses Verlangen nicht in Parallele  
stellen. Sollen wir den Eltern auch noch vom 2. bis 6. Jahre  
die Kinder und die Sorge für sie abnehmen? Soweit können wir  
nicht gehen. Wer glaubt, daß wir mit den Ausschuhführungen  
die Arbeiter gekränkt haben, der ist für das Verständnis dieser  
Frage noch nicht reif. (Beifall bei der Mehrheit; Lärm bei den  
Sozialdemokraten.)

Stadt. Dr. Nathan (Soz.-fortsch. Fr.): Es handelt sich hier  
gar nicht um einen Eingriff in die heiligsten Rechte der Familie,  
sondern man will gerade da etwas tun, wo keine Familien-  
erziehung möglich ist. Daß die Sache viel Geld kosten würde,  
leugnet niemand; aber davon ist zunächst noch gar nicht die Rede.  
Man hat aber selbst die Vorbedingung, eine Erhebung und die  
Veratung, wie eventuell gehoben werden könne, abgelehnt. Ich  
protestiere übrigens mit aller Energie gegen die Behauptung, daß  
sich hier sozial und sozialdemokratisch deckt.

Stadt. Cassel: Herr Wurm hat es so dargestellt, als ob  
es sich hier um eine sozialdemokratische Erfindung handelte.  
(Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Kosten  
dieser Fürsorge für ein Kind sollen 60—80 M. jährlich betragen;  
mir ist mitgeteilt, daß der Arbeiter in Berlin jährlich 60—80 M.  
für Streiks und Gewerkschaften zahlt. (Große Lärm bei den  
Sozialdemokraten.) Stadtrat Reich-Ranft a. M. hat fest-  
gestellt, daß dort ein Sechstel aller Fälle der offenen Armenpflege  
auf die Verantwortlichkeit der Eltern zurückzuführen ist; wie mag es da  
erst in Berlin stehen! (Stadt. Singer: Stellen Sie es doch  
fest!) Prof. Albrecht, ein Wohnprediger der Wohlhabenspflege, hat  
schon das Vorhandensein auf dem Gebiete der Kindergärten als  
bedeutend etwas zuviel erklärt! (Hört! hört! bei der Mehrheit.)

Die Stadt wird allerdings auf ein n Gebiete mehr tun müssen,  
nämlich in der Beschaffung von Lokalitäten. Es wäre zu erwägen,  
ob nicht für den Sommer auf den Dächern solche Lokalitäten ein-  
gerichtet werden könnten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Stadt. Rosenow (H. L.): Städtische Kindergärten hätten nur  
problematischen Wert, aber die vorhandenen Vereine müssen mit  
aller Kraft gefördert werden. Das gilt sowohl von den Krippen  
wie von den Kindergärten. Die Debatte sollte sowohl die Stadt  
wie die Privatwohltätigkeit anregen. Dem Kollegen Wurm läge  
es ob, den Nachweis zu führen, daß ein solches Verlangen un-  
bedeutend geblieben ist.

Stadt. Dr. Langerhans: Ich meierfalls halte die Annahme des  
Antrages für außerordentlich gefährlich; die Wirkung auf das  
Gemüt der Arbeiter, sich dann ganz auf die Stadt zu verlassen,  
wird auch bei den Wohlmeinenden schließlich nicht ausbleiben. Ich  
habe auch den Verdacht, daß der Antrag dem Prinzip der öffent-  
lichen Kindererziehung vorarbeiten soll; dann ist er aber ein streng  
sozialdemokratischer Antrag.

Stadt. Mommsen (Fr. Fr.): Eine Enquete allein braucht noch  
kein Ausfluß sozialdemokratischer Tendenz zu sein; in diesem Falle  
würde die Enquete aber den Ausgangspunkt für ein in seinen  
Konsequenzen höchst bedenkliches Vorgehen bilden. Es gibt große  
Gebiete, wo die Privatwohltätigkeit viel segensreicher wirkt als  
die Kommune wirken kann; die Kommune kann die Erziehung der  
Kinder im Alter von 2—6 Jahren nicht mit Erfolg und nur mit  
ungeheuren Kosten übernehmen.

Es ist ein Antrag Singer (Soz.) eingegangen, den  
Magistrat zu eruchen, Erhebungen anzustellen darüber, in welchem  
Umfange das Bedürfnis einer Fürsorge für die Kinder im Alter  
von 2—6 Jahren durch Aufnahme in Krippen und Kindergärten  
vorhanden ist.

Stadt. Wurm (Soz.): Herr Mommsen meint, die Kommune  
arbeite teurer und schlechter, die Privatwohltätigkeit billiger  
und besser. (Widerspruch.) Verleugnen Sie sich doch selber nicht, es  
ist derselbe Gedankengang, aus dem heraus Sie früher erklärten,  
die Gastwerke würden besser verpachtet. Warum soll man  
dann nicht schließlich auch eine ganze Gemeinde vertrauen oder  
auf Aktien ausgeben? Wir bezwecken mit unserem Antrag keines-  
wegs, noch kann er zur Folge haben, der Privatwohltätigkeit ihre  
Betätigung zu nehmen. Auf Grund der vorliegenden Berichte  
haben wir erklärt: es reicht nicht, also soll die Gemeinde eintreten.  
Herr Rosenow ist in dem Kuratorium des Vereins für Volks-  
kindergärten; dieser Verein hat voriges Jahr einen öffentlichen  
Aufruf erlassen, worin an die Pflicht der Gesellschaft (Hört! hört!)  
appelliert wird. Sie verlangen von uns den Nachweis, daß das  
Bedürfnis vorliegt. Seit wann kann das ein privater Abgeord-  
neter? Selbst wenn er es könnte, seine Untersuchungen würden als  
tendenzios abgewiesen werden. Wir kommen Ihnen ja weit ent-  
gegen; wir beantragen, es soll eine Erhebung veranfaßt werden.  
Das haben Sie im Ausschusse abgelehnt! Sie haben also nicht  
wissen wollen, was los ist; Sie fürchten, wenn man den Tat-  
sachen offen ins Gesicht sieht, daß dann ein erschreckendes Bild  
herauskommt. Sie sagen, wenn man Tatsachen feststellen will,  
könnte erst ein Bedürfnis gewahrt werden. Wir sagen, ein solches  
künstliches Bedürfnis kann nicht gewahrt werden; eine Enquete-  
kommission hat doch festzustellen, was ist. Die notleidende Be-  
völkerung hört aus allen Ihren Gründen nur das Nein, sie hört,  
daß man nicht tun will. Wir bringen deshalb jetzt den Antrag  
ein, Erhebungen darüber vorzunehmen, in welchem Umfange das  
Bedürfnis der Aufnahme der Kinder von 2—6 Jahren in Krippen  
und Kindergärten vorhanden ist. Werden Sie dem Magistrat  
auch das Mißtrauensvotum ausstellen, daß er bei diesen Er-  
hebungen tendenzios verfährt? Wir haben mehr Vertrauen zu ihm;  
es wird hier gehen wie mit unserer Statistik wegen der Speisung  
der Schulkinder, die Sie auch zuerst angegriffen haben und die  
sich dann als richtig erwiesen hat. In München ist von den  
maßgebenden Stellen der Gemeindeverwaltung der Kindergärten  
für eine notwendige städtische Einrichtung erklärt worden. Wie  
kann man die Ausgaben der Arbeiter für die Gewerkschaften mit  
diesen Ansprüchen der Notleidenden in Parallele stellen? Wegen  
die Dinge doch so, daß die Leute infolge der kapitalistischen Ordnung,  
die Sie vertreten (großer Lärm), nicht soviel verdienen, daß sie  
ihren Kindern die notwendige Erziehung angedeihen lassen können.  
Sollten Sie nicht wissen, daß von den 60—80 M. Kranken-  
kosten, Sterbefällen, Arbeitslosenversicherungsbeträge zu zahlen sind?  
(Stürmische Rufe: Streiks!) Ja, ich will gerade Ihr soziales  
Gewissen wecken, ich mache daraus kein Hehl. Sie haben keine  
Ahnung, daß die Gewerkschaften auch freie Klassen, Sterbefälle usw.  
haben, Erzeugnisse der von Ihnen so gepriesenen Selbsthilfe! Wir  
haben auch nie bestritten, daß gerade die Not infolge unserer wirt-  
schaftlichen Verhältnisse nicht bloß körperlich, sondern auch geistig  
den Menschen zermürbt. Die Kinder können doch nicht dafür,  
daß die Eltern liederlich sind oder notleidend. Darum hoffe ich,  
daß Sie wenigstens unserem jetzigen Antrag zustimmen werden,  
daß Sie sich nicht dem Bortwurf aussetzen werden, Sie  
wollten nichts wissen. Strafen Sie mich doch lägen! Lehnen  
Sie auch diesen Antrag ab, dann wird die Öffentlichkeit Ihre  
Verdicht über Sie abgeben! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Cassel (H. L.): Ich habe nicht von gewerdmäßigen  
Verleumdern der Stadt Berlin, sondern von einem Professor  
gesprochen, der einmal Berlin die sozial rückständigste Stadt ge-  
nannt hat. Was wir auch beschließen, die Freunde des Herrn  
Wurm werden stets dafür sorgen, daß uns draußen das soziale  
Gewühl abgesprochen wird. Wir besitzen das in demselben Maße  
wie Sie, aber es kommt hier in Frage, was Aufgabe der Kommune  
ist und wie die Steuerzahler dabei fahren. Für geeignete Räume  
in städtischen Gebäuden soll auch nach meiner Meinung gesorgt  
werden. Alle Drohungen, Mahnungen und Behauptungen von Ihrer  
Seite haben wenig Zweck; wir sind nicht Männer, die sich durch  
Drohungen irgendwie einschüchtern lassen. (Stürmischer Applaus  
der Mehrheit.)

Stadt. Dr. Nathan: Wie soll sich ein Bedürfnis zeigen, wenn  
Sie keine Enquete veranstalten wollen? Herr Mommsen sagte doch  
ausdrücklich: wenn sich ein weiteres Bedürfnis zeige, solle die  
Privatwohltätigkeit stärker subventioniert werden. Es muß also  
doch eine Erhebung stattfinden, es muß tatsächlich festgestellt werden,  
was ist. Bei der Erwähnung der Streiks erscholl hier lebhaftes  
Oho! Was sollen die Arbeiter in den Hirsch-Dunderschen Gewerks-  
vereinen davon denken. Es steht bürgerlichen Elementen, die sich  
freisinnig nennen, schlecht an, das Streben nach höheren Löhnen  
als verwerflich hinzustellen. Ein freisinniger Arbeitertag hat erst  
dieser Tage verlangt, daß die Partei ein freisinniges Kommunal-  
programm aufstelle.

Stadt. Cassel: Hier im Saale bezweifle ich, daß ge-  
setzte Recht der Arbeiter, zu streiken. (Heiterkeit und Lärm bei  
den Sozialdemokraten.) Ich sehe darin etwas Erfreuliches, wenn  
die Arbeiter sich organisieren und den Spuren von Schulge-  
delitsch folgen.  
Damit schließt die Debatte.

An die Schlussworte des Referenten, der sich gegen den  
Antrag Singer wendet, der ähnlich auch schon im Ausschusse ge-  
stellt gewesen sei, knüpft sich eine Geschäftsordnungsdebatte.  
Stadt. Singer bestritt dem Referenten das Recht, über einen  
erst im Laufe der Debatte eingebrachten Antrag sich kritisch zu  
äußern.

Stadt. Cassel verteidigt das Verhalten des Referenten,  
während Stadt. Mommsen sich auf die Seite des Stadt.  
Singer stellt.

Der Antrag Singer wird abgelehnt, desgleichen der An-  
trag Arons und Genossen gemäß dem Antrage des Ausschusses.  
Im Gemeindebezirk Heiligensee sollen zum Zweck  
späterer Anlage eines Grundwasserwerks Ländereien  
mit ungefähr 491 228 Quadratmeter Flächeninhalt für 3 1/2 Mil-  
lionen Mark angekauft werden.

Stadt. Stöfelau (Fr. Fr.) beantragt Ausschuhberatung,  
namentlich mit Rücksicht auf die hohen Preise, die gezahlt werden  
sollen.

Stadt. Dr. Wehl (Soz.): Auch wir finden die geforderten  
Preise exorbitant hoch: 6 M. pro Quadratmeter für abgeschlossenes

Stationsland ist ungebührlich teuer. Es hätte doch unshwer  
billigeres Land dort erworben werden können; der Magistrat scheint  
einem Grundstückspekulanten in die Hände gefallen zu sein.  
Auch nach der wirtschaftlichen, geologischen und hydrologischen Seite  
ist genaue Prüfung notwendig. Wieviel Wasser soll das Werk  
schöpfen? Wo bleibt die Vorlage über das Werk Hühlsheide? Wie  
steht es mit der Entlung des Wasserpiegels, wenn der Grob-  
schiffahrtsweg Berlin-St. in durch das Terrain fällt? Aus  
diesen und anderen Erwägungen ist Ausschuhberatung notwendig.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh.  
Für die Verwaltung der höheren Lehranstalten, Realschulen  
und höheren Mädchenschulen wird auf Grund der Städteordnung  
§ 99 am 1. April 1908 eine besondere gemischte Deputation aus  
vier Stadträten und fünf Stadtverordneten gebildet. Die Wahl der  
Lehrer wird sofort vorgenommen und fällt auf die Stadts.  
Cassel, Arons, Mommsen, Rosenow und Schulze.

Von der Deputation für das Fach- und Fortbildungs-  
schulwesen sind neue „Grundzüge“ für die Anstellung,  
Annahme und Befolgung des Lehrpersonals an diesen Schulen  
ausgegeben. Die Versammlung wird vom Magistrat um ihre Zu-  
stimmung ersucht. Es kommen in Betracht 1. die mit Staats-  
zuschüssen bedachten Anstalten: Baugewerkschule, höhere Weberschule,  
1. Handwerkerschule; 2. die von der Stadt allein betriebenen und  
unterhaltenen höheren Fachschulen (1. Handwerkerschule, Tischler-  
schule, Gewerkschule), Pflicht- und Fortbildungsschulen.

Stadtschulrat Widjais: Ein Gesamtorganisationsplan kann  
Ihnen heute noch nicht vorgelegt werden, aber doch ein nicht un-  
wichtiger Teil, nämlich diese „Grundzüge“, um deren freundliche  
Aufnahme ich bitte. Die Raumfrage für die Fach- und Fort-  
bildungsschulen ist ihrer Lösung in den letzten beiden Jahren sehr  
viel näher gekommen. Die schwierige Auffstellung der Lehrpläne  
ist noch nicht abgeschlossen, da sich das Bild der Gliederung noch  
ständig verändert; wir haben vorerst nur Planentwürfe. Diese  
können wir Innungsvorständen nicht ausantworten; in einem Falle  
hat eine öffentliche Innungsverammlung einen solchen Entwurf  
bedauerlicherweise dem allgemeinen Hohn und Spott preisgegeben.  
Solches Vorgehen kann die Sache nicht fördern; Lehrpläne werden  
überhaupt nicht in öffentlichen Versammlungen gemacht. In den  
Wahlfortbildungsschulen ist ein Versuch mit der Zuziehung des  
weiblichen Geschlechts gemacht worden, ein Versuch, der sich aus-  
gezeichnet bewährt hat. Im Fachschulwesen hat sich das seltsame  
Ereignis zugetragen, daß die von uns nach dem Wunsche des In-  
nungsvorstandes vorgeschlossene Auflösung der Schneiderfach-  
schule und von der Fachzeitung und auch von der Handwerkskammer  
zum Bortwurf gemacht wird.

Stadt. Stöfelau (H. L.) beantragt Ausschuhberatung der Vor-  
lage, da der Magistrat in derselben nicht die freundliche Haltung  
gegenüber den Lehrkräften eingenommen habe, die seine Freunde  
einstimmig wünschten. Es seien nur die Honorare für Berlin zu-  
gebilligt worden, die der Staat in den Provinzialfortbildungs-  
schulen zahle.

Stadt. Dr. Arons (Soz.): Im Ausschuh wird ganz besonders  
die Befoldungsfrage für die dauernd anzustellenden Lehrer aufs  
gründlichste geprüft werden müssen. Um mit diesen Schulen wirk-  
lich tüchtiges zu leisten, brauchen wir Lehrer, die pädagogisch und  
technisch besonders qualifiziert sind. Mit der Stala des Magistrats  
(3600—4850 M.) ist dieses Ziel aber auf keinen Fall zu erreichen.  
Der Magistrat bleibt damit hinter den Vorschlägen der Deputation  
weit zurück, während eine Reihe von Kommunen sowohl im Anfangs-  
wie im Endgehalt über diese Vorschläge erheblich hinausgeht. Für  
jewe niedrigen Sätze an diesen Schulen zu wirken, würde selbst für  
die jetzigen Gemeindeführer keinen Reiz mehr haben. Spar-  
samkeit auf diesem Gebiete wäre die größte Verschwendung.

Stadt. Wehring (Fr. Fr.) spricht sich im Anschluß an die  
Ausführungen des Stadt. Arons ebenfalls für Ausschuh-  
beratung aus.

Stadt. Dr. Wehl (Soz.-fortsch.): Da auch hier wieder kein  
Widerspruch erfolgt, so vermute ich nach meinen Erfahrungen, daß  
der Ausschuh das Gegenteil beschließen wird! (Heiterkeit und Oho!)

Nachdem auch noch Stadt. Rosenow (H. L.) Ausschuhberatung  
empfohlen hat, wird diese beschlossen.  
Für die Straßenreinigung sollen 14 neue Gentschische  
Straßenwägen à 3000 M. angeschafft und 7 Spreng-  
wagen mit Mülerrischen Patentdräusen à 500 M. versehen werden.  
Der Umbau der letzten Wagen soll durch die H. V. für Feld- und  
Kleinbahnbetrieb (vormals Orenstein u. Koppel) erfolgen.  
Die Vorlage wird angenommen.

Für die Grundstücke Friedrichstraße 98—108 soll eine neue  
Hausfrontlinie festgesetzt werden, die im wesentlichen mit der  
jenigen der Nr. 104 (Kamische Oper) zusammenfällt.

Auch diese Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.  
Der Entwurf für die Brücke über den Landwehrkanal im  
Ruge der Köhlerer Straße, der abgeänderte Entwurf für die  
Brücke über den Spandauer Schiffahrtskanal im Ruge der Köhlerer  
Straße und der Entwurf für die Hafnbrücke zwischen Plensburger  
und Dechowbrücke sind vom Magistrat vorgelegt.

Stadt. Aorte (Fr. Fr.) beantragt Ausschuhberatung.  
Die Vorlage wird darauf einem Ausschusse überwiesen; die  
beiden anderen Entwürfe werden genehmigt.

Der Magistrat teilt die Ferienordnung für die  
Gemeindefschulen pro 1908 mit.

Stadt. Dr. Arons: Die Berliner Volksschulen haben bisher  
82 Ferientage jährlich gehabt; diese sind jetzt auf 70 herab-  
gesetzt worden und zwar durch eine vom Minister Stadt  
bereits 1904 erlassene Verfügung, die aber erst drei  
Jahre später, zwei Tage vor seinem Ausscheiden, in Kraft  
gesetzt wurde. Erfreulicherweise hat eine ganze Reihe von Herren  
kurzlich im preussischen Abgeordnetenhaus energisch Protest gegen  
diese Verfügung erhoben. Hamburg z. B. hat seine Ferien  
von 70 auf 85 Tage verlängert; allein Bremen hat  
sie verkürzt. Ich beklage das durchaus, weil eine neue  
soziale Ungleichheit in der Behandlung der Kinder verschiedener  
Bevölkerungsklassen geschaffen wird. Es wäre Aufgabe der großen  
Gemeinde von Berlin, energisch gegen diesen Erlaß auf-  
zutreten. Von Bedeutung ist es, daß der Ministerialdirektor  
Schwarzkopff sich zu seiner Rechtfertigung geradezu auf die Berliner  
Schuldeputation berief. Ich weiß nicht, ob das zutreffend ist, fordere  
aber die Schuldeputation auf, mit aller Energie gegen die Verkürzung  
vorzugehen.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Der Wunsch des Herrn Dr. Arons  
ist bereits erfüllt. Als der Stadt die Weisung bezüglich der  
70 Ferientage zuging, arbeitete sie eine ausführliche Remon-  
stration dagegen aus und ersuchte ausdrücklich darum, diese dem  
Minister zur Kenntnis zu bringen. Daraufhin kam vor ganz  
kurzer Zeit eine Ablehnung in Form einer ziemlich miß-  
sagenden Antwort; auf unsere Gründe war gar nicht eingegangen!  
Die Vororte Berlins haben sich zu einem neuen Protest zusammen-  
getan, und ich werde dem Magistrat empfehlen, sich demselben  
anzuschließen. Zu bedenken ist, daß es dem neuen Kultusminister  
nicht leicht sein mag, den letzten Erlaß seines Amtsvorgängers sofort  
nach seinem Amtsantritt aufzuheben.

Stadt. Dr. Arons: Ich erbitte noch immer Antwort darüber,  
wie der Ministerialdirektor Schwarzkopff sich ausdrücklich auf die  
Berliner Schuldeputation berufen konnte. Diese soll ausgeführt  
haben, daß der größte Teil der Berliner Volksschulkinder ja doch  
keine Sommererholungsreisen machen könne und daß die Ferien eher  
eine Last als eine Freude für die Eltern seien.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Genauer kann ich nicht sagen, jeden-  
falls liegt eine solche Antwort der Schuldeputation sehr lange  
zurück.

Die Ferienordnung wird zur Kenntnis genommen.  
Die Vorlage betreffend die Auswahl der 1908 neu- und  
umzugfesternden Strohen geht an einen besonderen  
Pflasterausschuh.

Auf Antrag Stajf (H. L.) wird der Entwurf zu einer Ent-  
wässerungsanlage für die städtischen Anstalten in Wich  
einem Ausschuh überwiesen.

Die Vorlage betreffend den Bau von Notabläufen  
zur Verhütung von Ueberschwemmungen wird an



genommen, nachdem Stadtb. Lang (A. 2.) auf die Notwendigkeit einer Regulierung der Bank im Verein mit den anderen beteiligten Vororten hingewiesen und Stadtbaurat Krause kurz erwidert hat. Schluß gegen 1/2 10 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

### Ein Kampf um den § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. (Aufrechnung gegen Lohn.)

So ist ein Artikel beiliegend, der am Dienstag, den 25. Februar, in der Abendausgabe der „Berliner Volkszeitung“ enthalten ist.

Der Artikel gibt die Verhandlung wieder, die in einer Tags zuvor abgehaltenen Arbeitgeberversammlung stattgefunden hat. Die Arbeitgeber beklagen sich darüber, daß die Arbeiterbeisitzer nicht ihre Mitbetätigung zur Aufrechnung des Lohnes in Fällen von Diebstahl seitens des Arbeiters hergeben wollten. Sie lassen es so erscheinen, als ob dadurch die Arbeiterbeisitzer den glatten Diebstahl nicht als genügend ansehen würden, um eine andere Stellung zur Aufrechnung einzunehmen als bei anderen Gegenforderungen.

Wenn die Sachlage so wäre, dann könnte man annehmen, die Arbeitgeber wären im Recht.

So liegt der Sachverhalt aber nicht, sondern der eingebrachte Antrag lautete auf: zulässige Aufrechnung bei absichtlicher Schadenszufügung, Diebstahl, Unterschlagung und Sachbeschädigung.

Das ist doch etwas anderes als die Herren Arbeitgeber sagen! Und was kann man darunter nicht alles verstehen und unterbringen?

Alle die Verursachenden, die nach dem alten Grundsatz: „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“ bestehen, werden von findigen Juristen als Diebstahl ausgelegt.

Und bekannte Fälle: Fortnahme einer Zigarre, Waden eines Pfingstfuchens, Verkauf von Abfällen verschiedener Art, sogenanntes „Puscheln“ eines Gegenstandes, Mitnahme von Holzabschnitten usw., alles Dinge, die wir sicher nicht gut heißen wollen, die aber als alte Gebräuche noch bestehen und gegen die die Unternehmer auch nichts einwenden, bis sie eines Tages, durch irgend einen Vorgang verärgert, dies als Grund der Entlassung oder eines Abzuges von der Lohnforderung geltend machen.

Im übrigen bestehen diese nicht schönen Sitten ja ebenso bei den Unternehmern; was wird da nicht alles gemacht!

Aber um wieviel gefährlicher wäre es, die Aufrechnung zugulassen bei Sachbeschädigung.

Bei jeder Stückarbeit die nicht ganz nach dem Geschmack des Meisters hergestellt wird, könnte eingewandt werden, der Arbeiter habe mit böser Absicht den Gegenstand nicht so hergestellt, wie es angeordnet worden ist.

Wieviel Mißverständnisse bestehen des öfteren bei Bestellungen! Wie oft ist der niedrige Preis die Ursache schlechter Arbeit usw. Alle diese Vorkommen werden gewöhnlich bei Differenzen dem Arbeiter als „böswillig“ vorgehalten.

Und zur Ausnutzung solcher Vorfälle im Interesse der Unternehmer sollen die Arbeiterbeisitzer, die die Dinge aus jahrzehntelanger Erfahrung kennen, ihre Zustimmung geben?

Hat doch in einer der Sitzungen ein Kammervorsitzender rund heraus erklärt:

Als Richter und Jurist habe ich nur Recht zu sprechen, unbekümmert um die sozialen Verhältnisse. Ich beurteile die Sache so: Zug um Zug; hier Arbeit, hier Geld.

Also wenn er nicht aufrechnen könne, würde er das Zurückhaltungrecht (§ 273) anwenden, sonst seien die Arbeitgeber im Nachteil!

Ein älterer Vorsitzender mußte erst darauf aufmerksam machen, daß man den Antrag nicht so verstehen dürfe.

Wo kann da noch von Arbeiterschutzgesehen oder von sozialem Verständnis geredet werden, wenn man die wenigen Gesetzesbestimmungen, die im Interesse der wirtschaftlich Schwächeren geschaffen worden sind, einseitig zuungunsten der Arbeiter zu durchlöchern versucht?

Denn um etwas anderes handelt es sich nicht!

Mit Kleinem fängt man an, mit Großem hört man auf! Gleich nach Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs haben die Arbeiter den § 616 B. G. B. zumißt ausgeschaltet und damit den Arbeiter vor die Wahl gestellt: Vogel friß oder stirb!

Und nun geht die Agitation dahin, den längst verhassten § 394 zerbürsten zu durchlöchern und später zu beseitigen.

Von den angeblich in der Sitzung vorgeführten hundert Diebstählen ist den Arbeiterbeisitzern nichts bekannt; dergleichen spukt wohl bloß in Arbeitgeberköpfen. Ein Fall wurde vorgetragen, daß ein Postler 250 000 Mauersteine mehr verrechnet haben sollte als er verbrauchte. Bei der Nachprüfung der Bissen stellte sich heraus, daß die Zahl der Steine den dritten Teil eines mittleren Grundstückes darstellt! Daß so etwas möglich ist, erlauben wir uns billigerweise zu bezweifeln. . . . Wieviel Tausend Bauarbeiter aber dadurch geschädigt werden, daß die Kolonnenarbeiter als Gesellschaft betrachtet werden, somit als einzelne ihren Lohn nicht einklagen können, sondern die Zustimmung aller Kolonnenarbeiter haben müssen, das hat derselbe Herr als seine Rechtsauffassung nicht vorgetragen.

Daß mit dieser Auffassung dem Strohmannertum Tür und Tor zum Betrug geöffnet ist, braucht nicht besonders hergehoben werden; denn der Kolonnenführer braucht unter diesen Umständen nur einen aus dieser Kolonne zu befriedigen, der dann seine Zustimmung zur Klage nicht gibt, dann müssen die anderen erst die Zustimmung des einen einklagen, um alsdann ihren Lohn einklagen zu können.

Daß die Arbeiterbeisitzer den am 10. August eingegangenen Antrag zurückwiesen, wie in der „Berliner Volkszeitung“ behauptet wird, erklärt sich aus folgendem: Erstens war der Antrag ohne jegliche Begründung eingegangen, zweitens völlig unklar — da man sich auf Gesetzesbestimmungen berief, die gar nicht existieren —, drittens war derselbe von den Arbeitgebern aus dem Zusammenhang gerissen, so daß die unterzeichneten Arbeitnehmer ihre Unterschrift nicht geben hätten, wenn aus dem Antrag hervorgegangen wäre, daß die Unternehmer die Beseitigung des § 394 beabsichtigen.

Wir betonen hiermit ausdrücklich, daß in dem ursprünglichen Antrage von dem § 394 nichts erwähnt wurde.

Wenn die Arbeitgeber weiter verlangten, daß zuerst dieser Antrag erörtert werden müsse, ehe andere Anträge beraten würden, so können mit vollem Recht die Arbeitnehmer verlangen, daß ihre vor dem 10. August eingebrachten Anträge auch zuerst zur Verhandlung gelangen.

Der Ausführung der Drohung, daß man sich mit einem der Beisitzer noch in anderen Kreisen beschäftigen werde, weil er gesagt haben solle, daß man den Richtern nicht genügend

Vertrauen entgegen bringen könne, sehen wir mit Ruhe entgegen.

### Der Ausschuh der Arbeitnehmerbeisitzer beim Berliner Gewerbegericht.

Berlin und Umgegend.

#### Die Einigung der Maurer vollendet.

Die bisherigen Mitglieder der „Freien Vereinigung der Maurer“ versammelten sich am Montagabend in der Musterbörse, um eine Reihe von Wahlen vorzunehmen, die durch die Verschmelzung mit dem Verband notwendig geworden sind. Jeglin hielt eine Ansprache, in welcher er auf die jüngsten Ereignisse im Baugewerbe hinwies und die Aussperrungsgelüste der Unternehmer hervorhob. Er begrüßte die gewonnene Einigkeit und machte die Mitglieder aufmerksam auf einige Bestimmungen im Verbandsleben, die von den bisher gewählten in der Freien Vereinigung abweichen. So haben die Arbeitslosen es jetzt leichter als bisher, indem sie in jeder Zahlstelle ihr Votum abstimmen lassen können. Invalidentaxe und Verbandsbuch dient als Ausweis. Die Zahlung der Beiträge beginnt mit der nächsten Woche.

Die Wahlen ergaben das folgende Resultat: 2. Vorsitzender Regle; 1. Schriftführer Jeglin; Revisor Riecke; Mitglied zur Beschwerdelmission Herholz; zur Schiedskommission Pöschel, Senfleben und Bewier; Vertreter zur Gewerkschaftskommission Regle; Delegierte zur Konferenz Gehl und Jeglin.

In warm empfundener Weise gedachten verschiedene Mitglieder, wie Heller, Regle, Gehl und Jeglin, des bisherigen Wirkens und Strebens der „Freien Vereinigung der Maurer“, und sie gaben unter großem Beifall der Hoffnung Ausdruck, daß jeder von nun an als Verbandsmitglied in gleicher Weise wie bisher seine volle Schuldigkeit tun werde und Hand in Hand mit den Verbandskollegen zum Besten der Organisation arbeiten werde.

Die Gesangssektion, zu deren Erhaltung 100 Mark bewilligt wurden, schloß den Abend mit dem Vortrag des Liedes „Empor zum Licht!“ —

Die Maurer waren mit 3310 Mitgliedern die stärkste Gruppe der sogenannten „Lokalistischen“ Gewerkschaften. Hoffentlich reizt ihr Beispiel auch die noch Unschlüssigen zur Nachahmung, namentlich im Bauberuf, wo die Vereinigung mit den Zentralverbänden allgemein beschlossen ist und nur durch einige anarcho-sozialistische Quertöpfe aufgehalten wird, die sich die aus jahrelangen Kämpfen leider noch teilweise vorhandene Bitterkeit zunutze machen. Statt so aber die Gedanken auf rückwärts zu wenden, ist es namentlich im Bauberufe weit notwendiger, die künftigen Kämpfe ins Auge zu fassen, in denen man nur durch geschlossenes Zusammenhalten bestehen kann.

#### Verband der Schneider und Schneiderinnen. (Zentrale Berlin I.)

Bei der gestern erfolgten Wahl eines Kassierers erhielt der Kollege Schulz 148 und der Kollege Kube 118 Stimmen. Somit ist Schulz gewählt.

#### Achtung, Kleber und Bauhandwerker!

Wegen Nichtzahlung der Tarifpreise sind die Unternehmer: Schöps, Bau Charlottenburg, Waißstr. 24; Wichert, Bau Waißstr. 24; Jil, Bau Kurfürstendamm 173/174; Schlen, Bauten Luxemburger Straße 2—5 und Rigaer Straße 27; Helm, Bau Gottschalkstr. 1, für Kleber gesperrt.

Die dort arbeitenden Kleber verrichten Arbeitswilligendienste, und ersuchen wir die Bauarbeiter, dieselben auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen.

#### Freie Vereinigung der Tapezierer.

Bureau und Arbeitsnachweis: Schützenstr. 14, Tel. 1a 5477.

#### Ein Aufruf zur Organisation der Strohhutarbeiterinnen.

Die Strohhutnäherinnen, Putzmacherinnen, Garniererinnen der Damen- und Herrenhutbranche, sowie die Arbeiter dieser Industrie hielten am Mittwoch in den Armienhallen eine öffentliche Versammlung ab, die vor allem der Agitation für die Gewerkschaft, den Zentralverein für alle in der Hut- und Filzbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie der Aufklärung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in jenen Spezialbranchen diente.

„Gewerkschaftlicher Zusammenschluß, eine Notwendigkeit“, lautete der erste Punkt der Tagesordnung. In einem wohlüberdachten Vortrage schilderte die Referentin Fräulein Gertrud Hanna die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren Folgen, die Verelendung der Arbeiterklasse, die immer mehr um sich greifende Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft, die schreckliche Andersondanehung, sowie die gesetzlichen Maßnahmen, die notwendig wurden, um einer gänzlichen Degeneration der Arbeiterklasse vorzubeugen. Sodann sprach die Rednerin über den Einfluß der Gewerkschaften auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in verschiedenen Berufen, die Verbesserungen der Lebenslage, die teils durch Kampf, teils auf friedlichem Wege durch die Macht der Vereinigung errungen wurden, sowie über die anderen schätzenswerten Vorteile, die die Arbeiterorganisationen bieten, die Unterstützungen in Notfällen, wie bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, die ja auch der Zentralverein der Putz- und Kleberinnen gewährt. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

In der Diskussion sprach zunächst eine Strohhutnäherin aus Dresden. In dieser Stadt, wo die Strohhutindustrie stärker entwickelt ist als in Berlin, hat die Organisation auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen schon viel mehr Einfluß gewonnen als hier, obwohl dort die Arbeiterinnen auch erst in den letzten Jahren die Macht, die die Vereinigung der Kräfte gibt, mehr und mehr erkannt haben. Die Rednerin berichtete aus der Fabrik, in der sie selbst beschäftigt ist, daß der Unternehmer jüngst mit Rücksicht auf die Krise die Arbeiterinnenlöhne um 2 M. kürzen wollte. Die Arbeiterinnen sind jedoch organisiert, wurden vorstellig und der Lohnabzug wurde nicht nur rückgängig gemacht, sondern sie erhielten statt dessen eine Lohnerhöhung um 1 M. die Woche. Gute Erfolge wurden auch in anderen Fabriken erzielt, namentlich dadurch, daß die Näherinnen bei Beginn der Musterzeit zusammenkommen und gemeinsam beraten, welche Preise für die neuen Arbeiten mindestens gezahlt werden müssen. Wenn früher die Fabrikanten auch in Dresden die Preise ihrer Waren nur mit Rücksicht auf die Konkurrenz festsetzten und dann die Arbeitslöhne so weit wie möglich herunterdrückten, haben sie sich jetzt, genötigt durch die Macht der Organisation, daran gewöhnt, bevor sie ihre Reisenden hinaus schicken, mit den Arbeiterinnen über die Arbeitslöhne Rücksicht zu nehmen.

In den verschiedenen Fabriken haben die Arbeiterinnen ihre Vertrauenspersonen, die über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wachen und dafür sorgen, daß Mißstände beseitigt werden. Die Rednerin führte weiter aus, daß in manchen Orten, und auch in Berlin, die Putz- und Kleberinnen noch gar nicht begriffen haben, welche Macht sie ausüben können. Für eine Putznäherin findet der Fabrikant nicht leicht Ersatz. Am tüchtigsten zu sein in diesem Beruf, dazu gehört eine Lehrzeit von mindestens zwei Jahren. Wenn die Putz- und Kleberinnen Berlins einmal ernsthaft Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse fordern, sollen sich die Fabrikanten nicht etwa einbilden, daß sie aus Dresden oder aus Lindenberg, dem bayerischen Strohhutindustriezentrum, Ersatz erhalten könnten. In der sächsischen Hauptstadt sind tüchtige Arbeiterkräfte nicht in so großem Ueberschuß vorhanden, und in Lindenberg handelt es sich um eine sehr gesunde, meist an kleinen Grundbesitz gebundene Bevölkerung.

— Die Aufforderung der Rednerin an die Versammelten, sich soweit sie noch nicht organisiert waren, dem Zentralverein anzuschließen, wurde von anderen Diskussionsrednern und Rednerinnen lebhaft

unterstützt. Es wurden denn auch in der Versammlung zahlreiche neue Mitglieder gewonnen. Schließlich wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die versammelten Strohhutnäherinnen, Garniererinnen und Putzmacherinnen erklären sich einverstanden mit den Ausführungen der Referentin und verpflichten sich, soweit sie noch nicht der Organisation aller in der Hutindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen angehören, sich ihr anzuschließen, um eine Besserstellung ihrer Lebenslage zu erreichen.“

#### Eine gelbe Größe.

Zu unserer in Nr. 15 d. J. unter obiger Spitzmarke gebrachten Darstellung läßt Herr Reinke uns eine „Berichtigung“ zugehen, die den gesetzlichen Anforderungen zwar nicht entspricht, von deren tatsächlichen Teil wir aber nichtsbefoweniger Notiz nehmen wollen.

Herr Reinke bestreitet, daß die Versammlung, die ihn ordnete, ordnungsmäßig zustande gekommen sei, und behauptet im einzelnen:

„Es ist nicht wahr, daß ich zwei Mitglieder, weil sie mir angeblich zu scharf auf die Finger gesehen, aus dem Saal entfernen wollte; es ist auch nicht wahr, daß bei den Mitgliedern ein Verdacht gegen meine Rassenführung schlummerte, da ich keine Gelder zu verwahren hatte; es ist auch nicht wahr, daß ich ein Verbandsbuch habe verschwinden lassen wollte. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, dem Verein seien 1000 M. gestiftet worden. Da die Rechnungsprüfer diese Summe in den Büchern nicht fanden und ein Vorstandsmitglied vor kurzem ein Geschäft aufgemacht hatte, so entstand in verschiedenen Köpfen der Verdacht, als habe der Vorstand nicht ehrlich manipuliert. Dieses Gerücht entbehrt jeder Begründung, da dem Verein ein solches Geschenk überhaupt nicht zugewendet worden ist.“

#### Wer will den Streit?

Die von uns schon so oft hergehobene Tatsache, daß bei Differenzen zwischen dem Unternehmertum und den Arbeiterorganisationen es gerade die letzteren sind, denen es ehrlich um eine friedliche Auseinandersetzung zu tun ist, wird durch die statistischen Nachweisungen des Breslauer Gewerbegerichts über seine Tätigkeit als Einigungsamt wieder einmal bestätigt. Es wird dort mitgeteilt, daß zwar die freiwillige Anrufung des Gewerbegerichts, vor allem durch die Arbeiterorganisationen, gegen früher erheblich zugenommen hat, daß aber immerhin noch eine große Zurückhaltung zu beobachten sei, vielleicht in der Befürchtung, durch die Anrufung eine Schwäche zu verraten. In solchen Fällen hat das Gewerbegericht die Vermittlung von Amis wegen angeboten. Hieron ist von den Arbeitnehmern beziehungsweise ihren Organisationen regelmäßig Gebrauch gemacht worden, während die Arbeitgeber verschiedentlich von vornherein abgelehnt haben; in 4 von 18 Fällen mußten auch die Verhandlungen, nachdem sie schon eingeleitet waren, noch abgebrochen werden, weil die Unternehmer sie weiter zu führen ablehnten, unter dem bekannten Vorwand, daß sie die Angelegenheiten der Organisationen nicht als Vertreter der in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter für legitimiert, erachten können. Während es im Baugewerbe üblich geworden ist, ausschließlich von Organisation zu Organisation zu verhandeln und in einem Spezialgewerbe die Arbeitgeber sogar zu weitgehenden Zugeständnissen bereit waren, falls die Arbeiter sich verpflichten wollten, nur bei organisierten Unternehmern zu arbeiten, verhalten sich andere Gewerbezweige immer noch den Tarifverträgen gegenüber ablehnend. Klagen über Verletzung der Tarife durch die Arbeiter sind nur in ganz vereinzelten Fällen vorgekommen.

Wir fragen noch einmal: Wer will also den Streit?

#### Deutsches Reich.

**Achtung, Schleifer!** Am Sonnabend, den 22. d. M., hat die Kölner Metallschleiferei von Liehden sämtliche Schleifer und Bernidler entlassen. Und das deshalb, weil die Schleifer mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in dem Betrieb nicht zufrieden waren und ihre Organisationsleitung beauftragt hatten, für bessere Verhältnisse einzutreten. Liehden erklärte sich bei einer Verhandlung mit der Organisationsleitung bereit, die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzulegen. Als aber dann die Forderungen unter der ausdrücklichen Betonung, daß die Organisation zu Verhandlungen jederzeit bereit sei, eingereicht wurden, entließ Liehden am nächsten Tag sämtliche Arbeiter. Jedenfalls wird die Firma nun, da sie unter den hiesigen Arbeitern schon ziemlich bekannt ist, in auswärtigen Zeitungen Arbeiter suchen; wir möchten deshalb alle Schleifer und auch sonstige Arbeiter dringend davor warnen, auf die Lockangebote dieser Firma hereinzufallen. Weiter verweisen wir darauf, daß in den übrigen Schleifereien hier am Orte auch nicht die rosigsten Zustände bestehen. Die Ortsverwaltung Köln des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

**Glasarbeiter, Achtung!** In Regenhütte bei Zwiesel (Bayr. Wald) sind Differenzen ausgebrochen. Der Fabrikant mahregelte einige Kollegen, worauf die übrigen die Kündigung einreichten. Falls eine Einigung nicht erzielt wird, dürfte ein Streik unvermeidlich sein. Zugang von Glasarbeitern nach Regenhütte ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Glasarbeiter.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Verdächtige Bereitschaft.

Paris, 27. Februar. (B. L. B.) Eine offiziöse Mitteilung über den heutigen Ministerrat besagt, daß, falls General d'Amade Verstärkungen verlangen sollte, die erforderlichen Truppen schon jetzt bereitgehalten werden, damit dieselben ohne Verzug nach Marokko abgehen könnten. Diese Verstärkungen, welche höchstens 2—3000 Mann (I) betragen würden, sollen zu zwei Dritteln den Besatzungen Algeriens und zu einem Drittel den Besatzungen von Tunis entnommen werden.

### Kroatien wählt oppositionell!

Agram, 27. Februar. (B. L. B.) Heute begannen die kroatischen Landtagswahlen. Bis zum Abend waren 46 Resultate bekannt, von denen 43 auf die Opposition, drei auf die Regierungspartei entfielen.

### Eine Adpenidiade.

Frankfurt a. M. 27. Februar. (B. L. B.) Wie die Blätter aus Mainz melden, hat sich dort in der Montag Nacht am Pulvermagazin 20 vor dem Ringtor ein merkwürdiger Vorfall ereignet. Es erschien zur Kontrolle bei dem Wächtposten ein als Leutnant gekleideter Mensch, in dessen Gesellschaft sich Zivilisten befanden. Der Leutnant forderte von dem Posten, einem Soldaten des 87. Infanterie-Regiments, die scharfen Patronen, die dieser instruktionsgemäß bewachte. Hieron zog der Leutnant seinen Säbel und schlug dem Soldaten die Helmspitze ab, worauf er sich entsetzte. Nun wollten die Zivilisten gegen den Posten vorgehen, dieser wehrte sich aber mit dem gefälltem Bajonett, worauf die Gesellschaft flüchtete. Es wird vermutet, daß es sich um einen inoffiziellen Offizier handelt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.



Reichstag.

110. Sitzung vom 27. Februar, 1 Uhr nachmittags.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, die in der Hauptsache den sog. kleinen Befähigungsnachweis bringt.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Was die Vorlage bringt, ist Ihnen schon seit April v. J. bekannt. Es handelt sich in der Hauptsache um den sog. kleinen Befähigungsnachweis. Ich möchte Sie aber bitten, diese Vorlage nicht mit anderen Materien zu verquicken und die Vorlage schnell zu erledigen. In der Vorlage ist der Grundsatz aufgestellt, daß nur der Lehren soll, der etwas gelernt hat, und dies nachweisen kann. Mit zünftlerischen Vorkerbungen hat diese Frage nichts zu tun. Sie liegt lediglich auf erzieherischen Gebiete. An der Heranbildung eines guten Nachwuchses hat die Allgemeinheit ein ebenso großes Interesse als der Handwerkerstand selbst. Der Grundsatz völliger Lehrfreiheit führt zu einer Verschlechterung des Nachwuchses, wie die Zeit des Laissez faire, laissez aller gezeigt hat. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nach der ganzen Vorgeschichte des Entwurfs brauche ich jetzt wohl auf die Einzelheiten des Entwurfs nicht einzugehen. Das kann eventuell im Laufe der Debatte geschehen.

Abg. Kalkewich (L.): Wir wünschen, daß der Nachfolger des Grafen v. Tolstoj das große Werk der Revision der Gewerbeordnung vorbereiten möge, ein Werk, das der Vereinheitlichung und Vereinfachung der sozialpolitischen Gesetze würdig an die Seite zu stellen ist. Den Staatssekretär möchte ich fragen, ob die Nachricht, die heute in der Deutschen Mittelstands-Korrespondenz stand, daß eine Instanz geschaffen werden soll, welche in Zukunft über die Zugehörigkeit zum Handwerk oder zur Fabrik entscheiden soll, zutrifft. Das Handwerk hat den kleinen Befähigungsnachweis, den die Vorlage bringt, als ersten Schritt zur Verbesserung der Lage des Handwerks auf. Wir freuen uns, daß der Gedanke des kleinen Befähigungsnachweises bis weit nach links Freunde gefunden hat, freilich bis zu einer gewissen Grenze; die Sozialdemokratie wird nicht einer Vorlage zustimmen, von der wir eine Stärkung des Handwerks erwarten, denn die Sozialdemokratie wünscht, daß das Handwerk so bald wie möglich vom Erdboden verschwinde. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie das bestritten, verzeihen Sie eine große Unkenntnis dessen, was Ihre eigene Partei will. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber bis in die Kreise des „Berliner Tageblatts“ erwärmt man sich jetzt doch schon für den kleinen Befähigungsnachweis, bringt doch das „Berliner Tageblatt“ anlässlich des Falles Friedberg den Vorschlag der Einführung eines Befähigungsnachweises für das Bankiergewerbe. (Heiterkeit.) Freilich meinen manche, daß gerade Friedberg diesen Befähigungsnachweis erbracht habe, da er bewiesen habe, daß er vorzüglich verstand Schäum zu schlagen, die Kunstschöpf einzuseifen und über den Köffel zu barbieren. (Heiterkeit.) Auf Einzelheiten gehe ich nicht ein, beantrage vielmehr, um die Vorlage möglichst bald zu erledigen, sie an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen. (Bravo! rechts.)

Abg. Euler (Z.): Die Wünsche der Handwerker, daß nur der Lehren soll, der selbst etwas gelernt hat, haben mit der Zeit in den weitesten Kreisen Anklang gefunden. Die Forderung des allgemeinen Befähigungsnachweises ist vorläufig von den Handwerkern als unerschwinglich zurückgestellt worden; um so energischer muß aber der kleine Befähigungsnachweis gefordert werden. Redner geht näher auf die Wünsche ein, welche auf den Tagungen der Handwerker zum Ausdruck gebracht worden sind. Die äußerste Linke freilich meint, auch der Handwerker sei Arbeiter und solle das je eher desto besser erkennen. Wir aber wollen feste Werkzeuge einführen, wo der Lehrling aufhört und der Gehülfe anfängt, wo dieser aufhört und der Meister anfängt; das hat einen großen idealen Wert zur Hebung des Standesbewußtseins. Das Handwerk hat immer noch seinen goldenen Boden und wir hoffen, daß diese Vorlage geeignet ist, ihm den goldenen Boden zu erhalten.

Abg. Lind (natl.): In früheren Jahren trat die national-liberale Partei nicht für den kleinen Befähigungsnachweis ein, freilich war das Handwerk damals in dieser Frage selbst geteilt. Der wirtschaftliche Niedergang des Handwerks beruht auf vielen Ursachen; aber die mangelnde Ausbildung des Nachwuchses ist eine der Hauptursachen. Deshalb wird die Uebertragung der Lehrlingsausbildung an geprüfte Meister ein wesentliches, wenn auch nicht das einzige Mittel zur Stärkung des Handwerks sein. Wir halten das Handwerk, im Gegensatz zur Sozialdemokratie, auch heute noch für notwendig in unserem Wirtschaftsleben und für lebenskräftig.

Kleines feuilleton.

Anatole France „Pinguine“. Ueber sein neues Buch: „Die Pinguine“ hat Anatole France einem Mitarbeiter des „Arbenaum“ nachstehende Mitteilungen gemacht. „Die Pinguine“ lebten, in ihrer Unschuld glücklich wie Adam und Eva, auf der einsamen Insel Alca und wußten nicht, daß im Nachbarland etwas Böses liegt. Eines Tages aber wurden sie von einem heiligen Rausch in Menschen verwandelt und getauft, und von Stund an begann ihr Unglück. Dem Heiligen tat die auf seine Veranlassung geschehene Verwandlung der Pinguine bald leid. Er kam mit einem seiner Jünger an die Küste der Insel, auf der sich die Pinguine befanden. Die Vögel gingen ihren gewohnten Beschäftigungen nach; die schönsten Weibchen waren von ihren Liebhabern umgeben, die den nicht bescheidenen und verführten Schönheiten der Weiber durchaus keine besondere Aufmerksamkeit schenkten. Der Heilige aber war ob so vieler Nacktheit empört und kam auf den Gedanken, die Pinguine zum Anstand zu erziehen und ihnen zu zeigen, wie man sich kleidet. Er nahm sich einen Haufen von Häuten und Felln vor, um aus diesem Kleidungsstücke für die Pinguindamen herauszufinden; in diesem Augenblicke trat sein Jünger zu ihm und sprach: „Weshalb wollt Ihr die Pinguine kleiden? Sie werden dadurch nur eitel werden. Mit der Kleidung und dem dazu gehörigen Schmuck werdet Ihr den Frauen eine fürchtbare Waffe geben, und es wird daraus großes Unheil entstehen. Ich will es Euch bald beweisen.“ Und der Jünger wandte sich an die hübschste Pinguinmutter und lehrte sie die Kunst, die die Fehler der Natur verbessert. Die Pinguinmutter konnte jetzt ihre natürlichen Mängel unter den harmonischen Falten eines roten Gewandes verbergen und wußte mit der Hand ein Gedächtnis ihres Gewandes elegant und verführerisch in die Höhe zu heben. Dann klopfte sie sich die Hüften und das Haar, setzte einen Hut auf und ging am Strande spazieren. Als die Pinguine sie sahen, stiegen sie einen Schrei der Bewunderung aus; sie verließen sofort die nackten Weibchen und folgten dem bescheidenen. Leider ließ sich auch der Jünger des Heiligen verführen. Aber der Heilige bekannte sich trotzdem nicht als bestigt und lehrte den Pinguinen nach wie vor, wie man die Nacktheit zu bedecken habe. Die Pinguine bildeten schließlich einen Gesellschaftsverband und hatten nun alle Trübsal, die die Menschen haben. Anatole France hat nicht gesagt, wie die Pinguine von ihrer ursprünglichen Reinheit zu der tiefen modernen Korruption gelangt sind; die Pinguine sollen schließlich ihre Insel mittels eines Explosivstoffes in die Luft sprengen.

Musik.

Das Gefühl des Fremden, das manche vor der Musik erfährt, entspringt wohl größtenteils dem Gedanken daran, daß

Die schwerste Zeit des Handwerks, glauben wir, liegt hinter ihm. Nur Mitarbeit an geschicklichen Maßnahmen, dem Handwerk sein Wiederaufleben zu erleichtern, ist die national-liberale Partei gern bereit. (Bravo! bei den National-Liberalen.)

Abg. Albrecht (Soz.):

Die Vorredner haben sich einmütig mit der Vorlage einverstanden erklärt, aber angedeutet, daß von unserer Seite eine Zustimmung nicht erfolgen wird. Allerdings habe ich die Absicht, gegen die Vorlage zu sprechen. Aber nicht etwa deswegen, weil wir, wie Sie meinen, Feinde des Handwerks sind, und darauf warten, daß das Handwerk zugrunde geht, und die Handwerker dann zu uns kommen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß dieser kleine Befähigungsnachweis dem Handwerkerstande nicht den Vorteil bringen wird, den sich verschiedene Herren und die Regierungen davon versprechen. Auch er gibt nicht die Garantie für einen besseren Nachwuchs des Handwerks, und dafür, daß kein Pfuscher ins Handwerk hineinkommt. Mit dieser Meinung stehen wir nicht allein. Herr Euler meinte allerdings, wir seien prinzipielle Feinde des Handwerks. Da will ich ihn doch aufmerksam machen auf einen Artikel im Deutscher Arbeiter 1907 der Monatschrift „Soziale Kultur“, die von seinem Parteifreund Prof. Dike redigiert wird. In diesem Artikel sagt ein Herr Georg Reuhaus, als er die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung in Preußen bespricht: „Aber die Zurückdrängung der kleinen und Mittelbetriebe durch die Groß- und Riesbetriebe hat in vielen Branchen sehr zugenommen. Ob man das nun, wie es zu geschehen pflegt, bedauern soll, ist doch noch die Frage. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur dann kann man hierauf eine objektive Antwort geben, wenn man vorzugsweise das Wohl der Gesamtheit, nicht das der einzelnen, ins Auge faßt. Wird wirklich billiger und mindestens ebenso gut vom Großbetrieb produziert, wie vom Kleinbetrieb, so mag dieser schlafen gehen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier hat wohl Herr Reuhaus dem Prof. Dike ein Auktus ins Netz gelegt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen, es gibt auch außer uns Sozialdemokraten Leute, die auf dem Standpunkt stehen, daß die heutige Wirtschaftsweise, der kapitalistische Großbetrieb, den Kleinbetrieb ruiniert, und die sich sagen, wenn der Kleinbetrieb nicht mehr existenzfähig ist, und der Großbetrieb billiger und besser produziert, so müssen wir damit vorlieb nehmen, auch wenn uns die einzelnen leid tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind ja auch nicht so schlechte Menschen, sind wir ja doch zum größten Teil selbst Handwerker. Drei Viertel meiner Fraktionsgenossen sind Handwerker. (Widerspruch rechts und links: Einmal gewesen!) Warum wir jetzt nicht mehr Handwerker sind, ist leicht zu sagen. Der kleine Handwerker, der heute als kleiner Handwerker existieren will, muß drei Grundforderungen erfüllen. Zunächst muß er einem patriotischen Klimbimverein angehören (Heiterkeit), dann muß er einen sehr schmiegsamen Rücken haben und sich beugen können, dann muß er

auf Kommando Spalier bilden

und auf Kommando hurra! hurra! hurra! schreien. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das ist der beste Befähigungsnachweis für den kleinen Handwerker in der heutigen Gesellschaft. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man heute eine selbständige Meinung hat, kann man als Handwerker nicht existieren. Bei einem Sozialdemokraten läßt kein Angehöriger der bürgerlichen Parteien arbeiten, die meisten selbst bei einem freisinnigen nicht. Heute kann es der kleine Handwerker zufolge der konservativ-liberalen Paarung allenfalls noch riskieren, liberal zu sein. Freilich auch nicht in den Gebilden Ost- und Westpreußen, wo Herr Kalkewich wohnt. (Abg. Kalkewich: Da wohne ich ja gar nicht! Heiterkeit.) Wir Sozialdemokraten haben eine eigene Meinung und wagen es auch, sie zum Ausdruck zu bringen, und deshalb haben wir als Handwerker keine Existenz. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Euler hat auf den goldenen Boden des Handwerks hingewiesen und behauptet, er solle durch die gegenwärtige Vorlage nicht herbeigeführt, sondern erhalten werden. Herr Euler sieht also heute noch einen goldenen Boden des Handwerks. Wir tun das nicht. Wir sehen heute vielmehr, wie das Handwerk einen Kampf auf Tod und Leben gegen das private und das kollektive Großkapital führt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und dabei geht es zugrunde, weil es materiell nicht kräftig genug ist. Ich behaupte sogar, daß es überhaupt niemals einen goldenen Boden des Handwerks gegeben hat. (Oh! rechts.) Nur für einzelne wenige war dieser vorhanden. Aus der Geschichte des Handwerks können Sie lesen, mit welchen Käufern das Handwerk sich umgeben hat, so daß es eben so schwer war, Meister zu werden, als eine höhere Stelle im Staate einzu-

nehmen. Meister konnte nur werden, dessen Vellern am Ruder waren; für den größten Teil der Handwerker aber gab es keinen goldenen Boden. Der größte Teil blieb „alter Stromer“. Vor einigen 30 Jahren, als ich die Welt am Wanderstabe durchmaß, gab es noch solche alten zünftigen Gesellen, die man als „alte Stromer“ verhöhnte, und denen man spöttisch zurief, sie hätten das Heiraten verpaßt. (Heiterkeit.) Nun ist ja die Frage des Befähigungsnachweises in diesem hohen Hause keine neue. So lange die Gewerbefreiheit existiert, ist ja von einem Teil der Handwerker danach gestrebt worden, das Zunftwesen wieder herbeizuführen. Der Herr Staatssekretär hat bestritten, daß die Vorlage mit dem Zunftwesen etwas zu tun hat. Ich werde später darauf zurückkommen, daß es doch der Fall ist. Schon im Jahre 1886 wurde hier von den Abg. Adermann, Diehl und Genossen ein Gesetzentwurf eingebracht, der den Befähigungsnachweis verlangte. Damals sprach mein verstorbener Freund Grillenberger dagegen und führte aus: „Wenn wir Sozialdemokraten wohlfühlpolitisch treiben wollten, müßten wir für den Gesetzentwurf eintreten, um Ihnen zu beweisen, daß das Gesetz dem Handwerkerstande nichts nützen kann.“ Denselben Standpunkt muß ich heute im Einverständnis mit meiner Fraktion diesem Gesetzentwurf gegenüber einnehmen. Würden wir Wohlfühlpolitik treiben, so würden wir dafür stimmen. Was könnte uns wohl davon abhalten; unsere Wähler, die Arbeiter, würden uns sicherlich keinen Vorwurf daraus machen. Aber wir können nicht dafür stimmen, weil wir wissen, daß in der Vorlage eine zünftlerische Tendenz enthalten ist, und sie nur den

Anfang zu weiteren zünftlerischen Schritten

bildet. Und weil wir ferner wissen, daß dem Handwerkerstande mit dieser Vorlage nicht geholfen werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Begründung der Vorlage gewinnt es den Anschein, als ob die Einführung des kleinen Befähigungsnachweises nur deshalb durchgeführt werden müßte, um einen sachlich und sittlich besser ausgebildeten Nachwuchs für das Handwerk zu gewinnen. Indirekt sagt man, daß die ganze heutige Krise im Handwerkerstand darin zu suchen ist, daß der Handwerkerstand weder sittlich noch sachlich auf der Höhe steht. (Widerspruch im Zentrum.) Wir Sozialdemokraten sind nicht dieser Meinung. Wir sind vielmehr überzeugt, daß der Handwerkerstand, auch der Teil, der unter der Gewerbefreiheit großgezogen ist, sittlich und technisch vollkommen auf der Höhe steht. Wenn man sich die Vorstellungen der Handwerker ansieht, so muß man sagen, es wird heute bedeutend mehr geleistet von Seiten des Handwerks als vor 30 und 40 Jahren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich bin im Handwerk aufgewachsen und lange darin tätig gewesen. Ich habe noch bei alten Zunftmeistern als Geselle gearbeitet, oder vielmehr als Gehülfe, denn Geselle ist bei Ihnen ja eine höhere Kulturstufe. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Von vielen dieser alten Zunftmeister habe ich nichts lernen können, sondern viele haben von mir etwas gelernt. (Heiterkeit.) Es ist ja in der Vorlage gesagt, heute werden höhere Anforderungen an das Handwerk gestellt. Das Handwerk ist aber auch imstande, diesen höheren Anforderungen heute zu entsprechen, und deshalb meine ich, ist es auch imstande, Lehrlinge auszubilden und für einen tüchtigen Nachwuchs zu sorgen. Ich beantrage die Vorlage als einen

Eingriff in die Gewerbefreiheit.

Der Vorredner bestritt das allerdings, und auch die verbündeten Regierungen suchen sich zu salbieren, indem sie in der Begründung behaupten, daß man sich mit den bedauerten Grundätzen der Gewerbefreiheit nicht in Widerspruch setzen soll. Aber durch den Befähigungsnachweis soll doch ein Privileg für diejenigen geschaffen werden, die sich der Meisterprüfung unterzogen haben, sie sollen das Privileg bekommen, Lehrlinge auszubilden. Und das ist allerdings ein Eingriff in die Gewerbefreiheit. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Gewerbefreiheit ist durchaus nicht unser Ideal. Wir können uns etwas Besseres denken, nämlich die sozialistische Produktion und Distribution der Güter. Aber zehnmal lieber ist uns doch noch die Gewerbefreiheit als das Zunfttum, wie es von manchen Handwerkern wieder erstrebt wird, dafür danken wir doch. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Heute hat man ja wenig davon gesprochen, meine Vorredner sind nicht darauf eingegangen, daß sie mit der Vorlage nicht recht zufrieden sind und daß ihre Forderungen bedeutend weiter gehen. Auch die Regierung sagte in der Begründung, man solle nicht glauben, daß in der Bezeichnung „kleiner Befähigungsnachweis“ ein Nachgeben gegenüber der Forderung des sogenannten „großen oder allgemeinen Befähigungsnachweises“ oder gar ein Schritt auf dem Wege zu seiner Einführung zu finden sei. Sie hätte sich das sparen können, denn das glauben wir ihr nicht, und die Zünftler sind ebenso schlecht wie

Als „stiller Gelehrter“ forschen und finden, Doch „taktvoll“ schweigen und nichts verstanden. Gerüsteten, vornehm sein und wedeln, Das ist nach euerem Herzen — — — Ihr Edeln!

Ich aber liebe den prachthollen Mann da Am stärksten für seine Propaganda, Denn ärgert sich auch Schmidt und Schulz, — Das Herrlichste bleibt: der Impuls.

(Peter im „Tag“.)

Notizen.

— Theaterchronik. Im Lessing-Theater kommt am nächsten Mittwoch Arthur Schnitzlers Einakter „Lebendige Stunden“ neuinstudiert zur Aufführung. — Das Hebbel-Theater hat mit der Leitung der Neuen Freien Volksbühne die Vereinbarung getroffen, die Sonntagsnachmittagsvorstellungen den Mitgliedern der Volksbühne zu reservieren.

— Vom Variété. Im Linden-Kabarett (Unter den Linden 29) tritt am Sonntag, den 1. März, der Sittenschilderer Hans Hyan zum ersten Male auf.

— Die Literatur im „Kientopp“. Mit Hilfe des Kinetographen soll es möglich gemacht werden, die künstlerischen Leistungen berühmter Schauspieler und Schauspielerinnen weitesten Kreisen vorzuführen, gerade so wie es der Phonograph mit der Kunst berühmter Sänger und großer Musikvirtuosen getan hat. Eine französische Kinetographenfirma hat sich an eine Reihe hervorragender französischer Bühnenschriftsteller gewandt, damit sie für ihr Unternehmen kurze Stücke und Skizzen entwerfen, in denen dann hervorragende Bühnenkünstler zu Reproduktionen für den Kinetographen sich darstellen sollen. Die Szenen dürfen natürlich keinen Dialog enthalten, sondern sind allein auf die pantomimische Vorführung angewiesen. Alfred Capus hat sich bereit erklärt, einige Bilder aus dem täglichen Leben, eine Scheidung, eine Verhaftung, eine Gerichtsverhandlung usw. zu skizzieren. Unter den dafür gewonnenen Schauspielern befinden sich Sarah Bernhardt, die Réjane und De Vargy.

— Eine neue Fundstelle des Radiums. Das Joachimsthaler Bergwerk in Böhmen hatte bisher ein natürliches Konopol in der Erzeugung des Radiums, das aus dem dort gefördertem Uranpech gewonnen wird. Inzwischen ist aber auch, wie die „Frankf. Zig.“ erzählt, die fabrikmäßige Gewinnung von Radium in dem deutschen Kurorte Kreuznach unternommen worden. Die städtische Salinenverwaltung gewinnt starke Radiumsalze aus den Niederschlägen der Soolquellen, die wie die meisten Heilquellen stark radioaktiv sind.

Humor und Satire.

Haedel.

Wir dulden zwar Haedel, den Großfien, Doch nie den Steinisten und Propagandisten! . . . Sich bucken und bucken, Und ja nicht mucken, Alles erforchen mit heißem Gemüß'n Und bloß die Konsequenzen nicht zieh'n, Verstoßen flüsternd: „Heut liegt der Fall so.“ Doch niemals beizujagen: „Ja — also!“



Sie und glauben es ihr auch nicht. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage ist vielmehr eine Stufe zur Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises. (Ruf rechts: Warten Sie es doch ab!) Das wird allgemein in Handwerkerkreisen behauptet. Auf dem westfälischen Handwerkerkongress, wo auch Herr Euler anwesend war, wurde eine Resolution gefaßt, die klar ausdrückt, daß die Vorlage lediglich als

#### Abfchlageszahlung

nicht von der Hand zu weisen sei, daß aber auf den allgemeinen Befähigungsnachweis nicht verzichtet werden dürfe. (Sehr richtig im Zentrum.) Auf dem allgemeinen deutschen Innungs- und Handwerkerkongress in Eisenach im August v. J. haben wir ganz ähnliche Äußerungen gehört, unter anderen auch von Herrn Euler, und bei den Verhandlungen des deutschen Handwerker- und Gewerbetages im September 1907 sprach auch Herr Kalkewitz genau im selben Sinne. Der Herr Staatssekretär kann also überzeugt sein, daß diese Herren die Vorlage nur als einen Schritt auf dem Wege zum allgemeinen Befähigungsnachweis ansehen. Ich komme nun zum eigentlichen Zweck der Vorlage. Die Regierung sagt, der Zweck soll sein, eine bessere Ausbildung der Jugend herbeizuführen und dadurch für einen besseren Nachwuchs zu sorgen. Bei diesem Streben werden Sie und Sozialdemokraten immer auf Ihrer Seite finden. Es ist falsch, wenn behauptet wird, wir hätten kein Interesse daran, daß die jungen Leute etwas Nützliches lernen. Uns das entgegenzusetzen, ist das Verfehlteste, was es gibt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben vielmehr ein lebhaftes Interesse daran, daß die jungen Leute etwas Nützliches lernen, denn in unseren Reihen können wir keine Pfuscher gebrauchen, weder auf gewerkschaftlichem Gebiet, noch in der Partei. Ein Pfuscher ist nicht fähig, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, nur der tüchtige Arbeiter ist dazu imstande. Aber dafür, daß die jungen Leute etwas Nützliches lernen, bietet uns der sogenannte Befähigungsnachweis nicht die allergeringste Garantie. Dafür gibt es ganz andere Mittel: eine gute allgemeine Volksschule, eine gute obligatorische Fortbildungs- und Fachschule, und vor allem die

#### Beseitigung der Lehrlingszuchterei.

Trotz der Beschränkungen durch die Handwerkskammern wird die Lehrlingszuchterei noch in allerhöchster Weise betrieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Lehrlingszuchterei müßte vor allem beseitigt werden. Ein Meister, der zwei oder drei, ja noch mehr Lehrlinge hat und keine Gehälter, gibt, und wenn er zehnmal den Befähigungsnachweis erbringt, keine Garantien, daß er dem Lehrling etwas beibringt. Der Meister muß oft außerhalb arbeiten und dann sind die Lehrlinge allein in der Werkstatt. Da liegen die Dinge doch im Buchdruckgewerbe erheblich besser. In dem Tarifvertrag zwischen Buchdruckergehülften und Prinzipalen ist eine genaue Lehrlingskala aufgestellt. Diese Skala sollten sich die Herren Handwerker als Muster nehmen. Aber ich weiß, wenn wir diese Skala Ihnen hier vorlegen würden, dann würde der größte Teil von Ihnen darauf danken und lieber auf den ganzen Befähigungsnachweis verzichten, als die Lehrlingszuchterei aufzugeben. Es sind jetzt rund hundert Jahre her, daß Hardenberg den Zwangsweg beseitigte und eine Art Gewerbefreiheit einführte. Diese Vorlage ist ein Schritt rückwärts in das alte Kunstwesen,

und wenn wir diesen Schritt tun, dann werden wir dasselbe erleben, was man in Oesterreich mit dem Verwendungsnachweis erlebt hat. Der Verwendungsnachweis in Oesterreich ist ungefähr dasselbe, was der Befähigungsnachweis für Deutschland werden soll. Ein Augsburger Handwerkskammer-Syndikus hat eine längere Reise durch Oesterreich unternommen, und die auf dieser Reise gemachten Erfahrungen niedergeschrieben. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß sich die Wünsche, die österreichischen Handwerker von dem Verwendungsnachweis erhofft haben, nicht verwirklicht haben, so daß sich die österreichischen Handwerker heute nach den deutschen Zuständen geradezu sehnen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß in den Jahren von 1888—1900 in Oesterreich von den zuständigen Behörden über Grenzstreitigkeiten mehr als 8000 Entscheidungen gefaßt werden mußten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Steuern wir in diese Gesetzgebung hinein, dann werden wir dieselben Verhältnisse wie in Oesterreich bekommen, und dann werden auch bei uns die Grenzstreitigkeiten unter den Handwerkern entstehen. Aus allen diesen Gründen schließen wir uns dem Antrage auf Kommissionsberatung an, können im großen und ganzen aber nur erneut erklären, daß wir uns weder für den großen noch für den kleinen Befähigungsnachweis erwärmen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Garstens (fr. Sp.): Die Sozialdemokraten lassen auch die harmloseste Vorlage nicht passieren, ohne Kritik an dem zu üben, was sie kapitalistische Gesellschaft nennen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Albrecht hat behauptet, der Handwerker genieße in der heutigen Gesellschaft keine Freiheit. Das ist doch grobe Ueberschätzung. Terrorismus seitens der äußersten Rechten mag manchmal vorkommen: aber nirgends wird doch schlimmerer Terrorismus geübt, als von Seiten der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen und Rechts.) Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Albrecht leugnet die Handwerkerfreundlichkeit der Sozialdemokratie, aber der frühere sozialdemokratische Abgeordnete v. Elm hat auf dem Genossenschaftskongress in Hannover die Handwerker als eine absterbende Klasse bezeichnet. (Hört, hört! rechts.) Wir stehen der Vorlage sympathisch gegenüber und werden für sie stimmen. Die Identität der Abstammung bedeutet aber nicht Identität der Motive: wir stimmen nicht, wie Konservative und Zentrum, für die Vorlage, weil wir Eingriffe in die Gewerbefreiheit wünschen, sondern umgekehrt, weil wir im kleinen Befähigungsnachweis keinen Eingriff in die Gewerbefreiheit sehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner wendet sich gegen den großen Befähigungsnachweis, für den die Freisinnigen nie und nimmer zu haben sein werden, und bestreitet, daß der vorliegende Entwurf etwas mit der Wadepolitik zu tun hat. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Bins (Sp.) begrüßt die Erwähnung der Freisinnigen in der Handwerkerfrage. Wenn Herr Albrecht handwerkerfreundlich ist, so steht er völlig isoliert in seiner Partei da. Das Handwerk kennt seine Freunde und seine Feinde. Handwerk und Sozialdemokratie verhalten sich wie Feuer und Wasser. (Wahr! bei den Konservativen und Freisinnigen.) Die Sozialdemokratie ist die gefürchtete Feindin des Mittelstandes. (Wahr! bei den Freisinnigen und den Konservativen.) Wir betrachten die Vorlage nur als Abfchlageszahlung, aber wir begreifen sie als einen Schritt zur Beseitigung der schlimmsten Auswüchse der Gewerbefreiheit. Ein großer Teil des Handwerks fordert den allgemeinen Befähigungsnachweis. Wir haben uns in dieser Frage noch nicht festgelegt, betrachten die Frage aber mindestens als diskutabel. Der Mittelstand, der Königsreue, muß gefördert werden. (Wahr! rechts.) Eine Reihe Abänderungsanträge, die namentlich Einschränkung der diskretionären Befugnisse der Verwaltungsbehörden zugunsten der Handwerkskammern und Innungen betreffen, behalte ich mir für die Kommissionsberatung vor. (Beifall rechts.)

Abg. Nieseberg (Wirtsch. Sp.): Herr Albrecht hat kindisch gesprochen. Herr Albrecht hat die Handwerker erniedrigt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Albrecht hat die Handwerker beschimpft, weil sie national und Königsreue sind. — Die Queblinger Sozialdemokraten haben achtmal meinen Väterchen geküßt. Die Sozialdemokraten haben selbst den Befähigungsnachweis und lassen jeden fliegen, der nicht auf die Füßer schaut. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten ruinieren durch Gefesseltangung und Warenhausbegünstigung das Handwerk.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter hat die tödliche Handwerkerfeindschaft seiner Partei betwiefen, indem er

während der heutigen Verhandlungen schief. (Hört! hört! bei den drei bis vier anwesenden Antifeministen beider Fraktionen.) Aber auch zu den höher stehenden Kreisen haben die Handwerker kein Vertrauen mehr, weil sie sie von oben herab behandeln. Aber man hat bei den letzten Reichstagswahlen die nationalen Stimmen der Handwerker schätzen gelernt und deshalb sucht man jetzt mehr handwerkerfreundlich zu sein. Die Sozialdemokratie allein hebt gegen die Handwerker. Sie bezeichnet in den Flugblättern an die Jugend die Meister als Heuchler und Ausbeuter und zitiert dann solche Verse wie „Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder.“ Ich habe noch kein Brot wachsen sehen. (Heiterkeit.) Wir arbeiten alle schwer darum, aber eine solche Jugend zu erziehen, macht keinen Spaß. (Sehr wahr! rechts.) Hoffentlich gibt endlich dieser Gesegentwurf den Handwerkern, was ihnen von Gottes und Reichstages zuzumutet. (Wahr! rechts.)

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar teilt mit, daß ein Gesegentwurf zur Schaffung einer Instanz zur Unterscheidung von Fabrik und Handwerk nicht vorbereitet werde.

Abg. Kulerski (Pole) beschränkt, daß auch diese Vorlage dem Vernichtungskampf Preußens gegen die Polen dienen werde, behält sich aber die endgültige Entscheidung seiner Fraktion noch vor.

Abg. Wieland (Dtsch. Sp.): Für die bestmögliche theoretische Ausbildung des Handwerkerslandes bin ich durchaus; ich verwickle mich aber nicht den Bedenken gegen die neue Einrichtung der Gewerbechulen, durch deren Besuch seitens der Lehrlinge gerade ihre praktische Ausbildung beim Meister und auch das Geschäft des Meisters leiden kann. — Der kleine Befähigungsnachweis wird eine gewisse gute Wirkung haben, indem die Handwerksmeister genötigt werden, sich eine bessere praktische und theoretische Durchbildung anzueignen, nicht nur um konkurrenzfähig zu bleiben, sondern auch, um das Recht der Lehrlingsausbildung zu erhalten, was für viele Handwerker unbedingt notwendig ist. — Der Abgeordnete Albrecht, der ja selbst Handwerker ist, hat die Handwerker mit Liebeshändeln bedacht, für die sie ihm nicht dankbar sein werden; in der Achtung aller objektiven Menschen hat er sich dadurch selbst am meisten geschadet. — Für die Handwerker hoffe ich, daß die Wünsche, die sie an die Einführung des kleinen Befähigungsnachweises knüpfen, sich erfüllen möge. (Wahr! bei den Freisinnigen.)

#### Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Alle Redner erwarten von der besseren Lehrlingsausbildung eine Hilfe für das Handwerk. Einen Teil der Handwerker halten Sie nicht mehr für fähig, Lehrlinge auszubilden. Daß die Handwerker sich so sehr darum reizen, Lehrlinge auszubilden, ist um so merkwürdiger, als sie ja behaupten, sie bilden sie nur für die Großindustrie aus. Aber die Lehrlingsausbildung fällt eben in den meisten Fällen zusammen mit der

#### Lehrlingsausbildung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist auch eine falsche Voraussetzung, daß nur der Befähigte sei, Lehrlinge auszubilden, der selber etwas vom Handwerk versteht. Handwerksmäßige Fähigkeit eignet man sich durch Übung an. Wenn der Unternehmer nicht die entsprechende Arbeit hat, kann der Lehrling nicht von ihm lernen, und wenn er zehnmal den Meistertrick hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die theoretische Ausbildung soll ihm nicht der Meister geben, der oft dazu nicht imstande ist, sondern die Fachschule. Die praktische Ausbildung kann er nur durch die Übung erhalten. Denken Sie sich zum Beispiel einen Maler, der ein vorzüglicher Schilderstreicher ist, der aber nur Häuser anzustreichen hat. Hier wird der Lehrling jedenfalls das Schilderstreichen von dem Meister nicht lernen. Ueberhaupt lernen die Lehrlinge die praktische Ausbildung des Gewerbes nicht von den Meistern, sondern von den Gesellen. Der Abg. Vätermeister Nieseberg bestreitet, daß unter den Handwerkern, speziell unter den Vätermeistern Lehrlingszuchterei herrsche. Wenn in irgend einem Gewerbe Lehrlingszuchterei zu Hause ist, dann bei den Vädern. Nach einer Statistik des deutschen Verbandes ergibt sich, daß in Berlin trotz aller Werbeaktivität, die gerade hierfür entfaltet wird, auf hundert Gesellen 20 Lehrlinge kommen. In der kleinen Stadt Dornburg dagegen kommen

#### auf hundert Gesellen 186 Lehrlinge.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Stettin ist die Zahl der Lehrlinge und Gesellen gleich. In den kleinen Orten überwiegen durchweg die Lehrlinge. So arbeiten in einem kleinen Orte Sachsen 31 Lehrlinge und nur 10 Gesellen, in Pirna 171 Lehrlinge und 55 Gesellen, in Ehlingen 62 Lehrlinge und 60 Gesellen, da ist es also schon etwas besser; in der Großstadt Mannheim, wo mehr Industrie vorhanden ist, arbeiten nur 93 Lehrlinge bei 253 Gesellen, in der kleineren Stadt Bruchsal dagegen 145 Lehrlinge bei 121 Gesellen. Nach dem Durchschnitt der Statistik ist im Väterberuf jeder Geselle nach sieben Jahren überflüssig, er ist dann vollständig erfert. Deswegen finden wir auch in allen Fabriken ehemalige Vädern als Arbeiter. Was soll einem solchen Manne die Prüfung, der im Durchschnitt bereits im 25. Lebensjahre aus dem Beruf ausscheidet. Die miserablen Löhne, die bei den Vädern gezahlt werden, sind ja bekannt. Zu welchen Widerwärtigkeiten es führen muß, wenn nur geprüfte Meister Lehrlinge ausbilden dürfen, dafür gibt es viele Beispiele. Wir haben uns früher oft über die Abgrenzung der Berufe in Oesterreich lustig gemacht, doch haben wir kaum noch dazu Anlaß. In Passau hatte ein Vorbier zwei Geschäfte. Er arbeitete mit einem Gesellen und zwei Lehrlingen, so daß in dem einen Geschäft ein Geselle und ein Lehrling war. Die Handwerkskammer schickte nun, daß der eine Lehrling zu entlassen sei, da der Geselle ihn nicht ausbilden dürfe. Dagegen wurde remonstriert und die Stadtverwaltung hat sich mehrere Male mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Schließlich wurde die Entlassung des Lehrlings verweigert, als ihm noch zwei Monate an seiner Lehrzeit schieden. Jetzt aber verfügte die Handelskammer, er müsse von der Zeit an noch lernen, von der die erste Verfügung ergangen sei, nicht von der Zeit, wo sie rechtskräftig geworden sei. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Statt zwei Monate hätte der junge Mann noch 1 1/2 Jahre zu lernen gehabt. Ein halbes Jahr davon wollte man ihm gnädig erlassen, aber seine Lehrzeit hätte dann doch immer noch vier Jahre statt drei Jahre betragen. Seine Mutter, eine arme Witwe, und er selbst erklärten, er sei bereit, sein Gesellenstück machen. Das wurde aber nicht angenommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun, der junge Mann hat daraufhin seinen Beruf an den Nagel gehängt und ist Fabrikarbeiter geworden. Sie sehen also, wir haben gar keine Veranlassung, uns über die Zustände in Oesterreich lustig zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg hat gemeint, diese Vorlage sei eine ganz unpolitische Vorlage. Wir sind wesentlich anderer Meinung. Wenn hat auch in dieser Debatte die Behauptung, die durch Wiederholung nicht richtiger wird, nicht gefaßt, daß die Sozialdemokratie die Handwerker terrorisiere. (Gegen diese Behauptung lege ich Verwahrung ein. Da nun einmal vom Terrorismus die Rede ist, so möchte ich doch ein paar Feststellungen treffen. Die „Germania“ vom 1. März 1907 berichtet aus Duisburg, daß dort die nationale Vereinigung der Handwerker, die sich dem Zentrum zurechnen und die in der Stichwahl für den Sozialdemokraten gestimmt haben sollen, reichlich hofottet hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und das „Forster Tageblatt“ schrieb während der Wahlbewegung, man solle besonders diejenigen Handwerker und Geschäftsleute unterstützen, die der nationalen Fahne treu geblieben seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In manchen Dörfern meines Kreises Wiesbaden hat man Arbeiter, die in der Stadt Wiesbaden arbeiten, aber draußen auf dem Lande wohnen und von denen man annahm, daß sie die wenigen sozialdemokratischen Stimmen in den betreffenden Dörfern abgegeben hätten, in der ungeheuerlichsten Weise drangsalirt. Man ist sogar so weit gegangen, den Familien

die Milch zu vertoxigern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie erschien an diesen wenigen Beispielen, die ich verzeihlichen könnte, wo Terrorismus zu finden ist. Dann hat sich Herr Kalkewitz im Bräutchen der Ueberzeugung für den allgemeinen Befähigungsnachweis ins Zeug gesetzt. Gerade er hätte das nicht nötig gehabt, denn es ist gerade ein Jahr her, daß hier von der Tribüne des Reichstags von einem meiner Parteifreunde konstatirt werden konnte, daß Herr Kalkewitz seine Prüfung als Buchdruckermeister noch nicht abgelegt hat. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dagegen ist der frühere Abgeordnete Herberich, der ebenso wie Herr Kalkewitz in Stettin wohnt, sogar Prüfungsmeister. Herr Kalkewitz muß sich also mit der Ablegung der Prüfung sehr beeilen, wenn er noch Lehrlinge ausbilden will. Ich meine, es macht doch einen recht merkwürdigen Eindruck, wenn man hier mit so großem Nachdruck für den Befähigungsnachweis eintritt, sich selbst aber hütet, die Prüfung abzulegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf die übrigen Ausführungen des Abg. Kalkewitz und auch auf die Verdächtigungen des Abg. Nieseberg gehe ich nicht ein. Es gibt eben eine Kampfweise, die man nicht annehmen kann. (Lachen rechts.) Wenn man seinen politischen Gegner verächtlich herunterreißt, wie das Herr Nieseberg getan hat, so dient das sehr wenig zur Klärung der Ansichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Meinung, daß diese Vorlage nur gemacht ist zu dem Zweck, das Handwerk, das mehr und mehr von der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgedrängt wird, konkurrenzfähiger zu machen und um das Handwerk zu beruhigen. Es gibt denjenigen Handwerkern, die ein beugames Maßkrat haben, ein Privilegium, wird aber auch ihnen nichts helfen. Es kommt ja schließlich für die Lehrlinge, die auf eine gute Ausbildung reflektieren, nicht darauf an, daß ihr Meister den Meistertrick haben muß, sondern darauf, daß er ein Charakter ist. Die Vorlage ist diktiert aus der Furcht der Konkurrenz vor der Fabrik, sie hebt die Gewerbefreiheit in einem gewissen Umfange auf, sie ist ein Geschenk an einen Teil des Handwerks, das ihm aber nichts helfen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Althorn (Hosp. d. fr. Sp.): Ich glaube zwar nicht, daß das Handwerk dem Untergang geweiht ist, aber es wird auch, wenn diese Vorlage Gesetz wird, noch nicht von aller Not befreit sein. Das wirksamste Mittel zur Hebung des Handwerks wird immer die Selbsthilfe sein — das erkennen auch die Handwerker immer mehr an — aber die Gesetzgebung muß ihm helfend zur Seite stehen.

Darauf verlagte das Haus die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr. (Während des Gesegentwurfs, betreffend Herstellung von Zigaretten in der Hausarbeit, in Verbindung mit dem internationalen Abkommen über Arbeiterschutz.)

Schluß 1/2 Uhr.

Verichtigung. In dem gestrigen Reichstagsbericht ist in der persönlichen Bemerkung des Genossen Ledebour die Zeitangabe über seine Redakteurätigkeit bei der „Berliner Volks-Zeitung“ verdruckt. Es muß statt 1881—1890 heißen: 1888—1890.

## Herrenhaus.

6. Sitzung, Donnerstag, den 27. Februar, vorm. 11 1/2 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben, Vizekanzler. Nach Erledigung des Gesetzes betreffend die Herstellung einer Eisenbahn-Dampfschienenverbindung zwischen Sagnitz und Trellberg, dessen Annahme Berichterstatter Graf Arnim-Boitzenburg lebhaft empfiehlt, wird die Beratung der Polenenteignungsvorlage (Gesetz betr. Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Posen und Westpreußen) fortgesetzt.

Graf Cypersdorff: Ich spreche nur für meine Person; aber ich halte es für meine Pflicht, als Oberschlesier und Bewohner der Ostmarken meine Meinung über dieses Gesetz zu sagen. Die Regierung beruft sich zu seiner Begründung zunächst auf die Demoralisation des Gütermarktes. Aber als vor einigen Jahren der preussische Handelsminister im anderen Hause erklärte, daß er aus Gründen des öffentlichen Wohles die „Hibernia“ für den Elaat erwerben wollte, da wurde der Kuzenmarkt in genau derselben Weise demoralisiert, und die Regierung griff nicht mit einer Enteignung ein. Als aber die „Hibernia“-Aktien um 40—50 Proz. in die Höhe getrieben wurden und festgelegt waren, da beschloßte im anderen Hause der nationalliberale Abgeordnete Schiffer, die Aktienbesitzer hingen an dem Boden ihrer Koffengruben nicht nur mit ihrem Kapital, sondern auch mit ihrem Herzen. (Heiterkeit.) Die Demoralisation des Gütermarktes kann also die Moral der Enteignungsvorlage nicht begründen. Der zweite Grund im Kommissionsbericht ist das Anwohnen des deutschen Ansiedlerzuges. Ich glaube nicht, daß das als Grund für die Enteignung gemeint ist. Denn dann wäre es Jhannismus, wegen der größeren Raafträge nach Land die Polen davon auszulassen. Nun Lande drängt, am Lande hängt doch alles! Der dritte Grund ist das Abwandern der deutschen Bevölkerung. Aber dann muß die Enteignungsvorlage wirklich damit motivieren, daß selbst die Deutschen nicht länger unter dem Schatten der Ansiedlungskommission wohnen wollen? Der letzte Grund ist das Verhalten des Polentums. Die Polenpolitik ist ja das schwierigste Problem unserer inneren Politik im Osten. Ich möchte den Ministerpräsidenten bitten, zur Lösung des dringenden großen Problems der Polenpolitik eine außerparlamentarische Konferenz einzuberufen. Jetzt erörtern wir getrennt bei den einzelnen Gatt die Schuldenfragen, die Polizeischaarfragen und die Ansiedlungsschaarfragen der Polen. Eine allgemeine eingehende Besprechung in einer solchen Konferenz, ähnlich der irischen Kommission in England oder der Börsenkommission, könnte uns freimachen von dem Credo und dem geronnenen Gerede der Parteimänner. Ich bitte den Ministerpräsidenten wiederholt, meine Anregung freundlich zu prüfen.

Ich komme nun zu den verfassungsmäßigen und rechtlichen Bedenken, die das Kardinalthema unserer Erörterung sein müssen. In den Motiven und auch in dem Kommissionsbericht ist diese wichtige Frage leider zu dürftig behandelt. Wir alle haben die preussische Verfassung beschworen, und wir müssen uns fragen, ob diese Vorlage mit unserem Eide und der Verfassung nicht in Widerspruch steht. Ich habe mich bei der Prüfung dieser Frage von dem Herrn Justizminister nicht überzeugen lassen können. Auch kann ich den Worten des Fürsten Bülow nicht beistimmen, wenn er sagte: „Die Tatsache, vor der wir stehen, ist ein Noth; ohne die Möglichkeit der Enteignung keine zweckmäßige Ansiedlungspolitik, ohne diese verlieren wir unsere Ostmark.“ Beiden Behauptungen muß ich widersprechen. Die Motive des Enteignungsgesetzes aus dem Jahre 1888 sprechen sich über die Fragen der Enteignung und die Bedeutung des Art. 9 der Verfassung dahin aus, daß nur zum „allgemeinen Nutzen, zur öffentlichen Benutzung“ enteignet werden dürfe. Jetzt aber soll die Enteignung all den wechselnden Eirichtungen der Politik der Regierung dienstbar gemacht werden! Auch der Berichterstatter der damaligen Herrenhauskommission, ein Herr v. Röcher, sprach stets mit von „wirtschaftlichen Gründen des öffentlichen Wohles“, auf denen die Enteignung beruhen müßte. Eine preussische Verordnungs-Friedrich des Großen, also noch aus der Zeit des Absolutismus, definiert den Begriff des öffentlichen Wohles zutreffend als „das Interesse der Gesamtheit der Bürger“. Das gilt als Legallinterpretation für den Verfassungssatz Preußen erst recht. Art. 4 der Verfassung bestimmt, daß alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sind. Das gilt auch für den Begriff des öffentlichen Wohles, auf dem dieses Enteignungsgesetz beruht. Ehe wir hier in der Enteignung und vor allem in der Ansiedlung Unterschiede zwischen bestimmten Gruppen von Preußen nach ihrer persönlichen Qualifikation machen, muß die Ver-



**Satzungsmäßigkeit dieser Unterscheidung über allen Zweifel und jedes Gewissensbedenken erhaben sein.** Das ist hier nicht der Fall: die gänzlich neue, „dehnbare“ Auslegung des Begriffes des öffentlichen Wohls kann diese Sicherheit nicht geben, unsere Vorfahren, die ebenso gute Christen wie Juristen waren, hätten sie nicht anerkannt. Die Verfassung ist kein schwebendes Rechtswort, sondern ein festes Gesetz. Sie darf nicht durch die Willkür von Millionen ein schweres Verbrechen werden. Aber selbst wenn Sie die preussische Verfassung ändern, selbst dann können wir diesen § 13 nicht annehmen. Denn das Bürgerliche Gesetzbuch läßt nach Art. 100 E. G. die landesrechtliche Enteignung nur zu, wenn es sich um ein bestimmtes, wirtschaftliches, gemeinnütziges Unternehmen handelt. Hier liegt nicht einmal der Schein eines öffentlichen wirtschaftlichen Interesses vor. Hier handelt es sich nur um die politische Tendenz. (Beifall.)

**Justizminister Bessler:** Der Herr Redner begann damit, er wolle sich auf juristischem Gebiete bewegen. Ich habe aber den Eindruck gewonnen, daß das juristische Gebiet bei seinen Ausführungen zu kurz gekommen ist. (Chor-Rufe.) Auch die Mitglieder der Regierung sind sich voll bewußt, daß sie keine Gesetze verketzern dürfen, die mit der Verfassung in Widerspruch stehen, wir alle sind natürlich verpflichtet, den auf die Verfassung geleisteten Eid zu halten. (Bravo!) Ein Irrtum des Herrn Redners ist es, daß das Landrecht nur von wirtschaftlichen Fragen spricht, es ist vielmehr darin schon der Gedanke zum Ausdruck gebracht, daß auch aus Gründen der „öffentlichen Sicherheit“ die Enteignung geboten sein kann. Beacht man das öffentliche Wohl, so ist im übrigen die rechtliche Konstruktion der Vorlage sehr einfach. Der Artikel 9 der Verfassung spricht davon, daß eine Enteignung nur nach Maßgabe des Gesetzes erfolgen kann, und ein solches Gesetz legen wir Ihnen vor. Die Gesetzgebung von 1874 war durchaus keine abschließende, sie hat nicht etwa eine Deklaration des Artikels 9 der Verfassung gegeben. (Bravo!)

**Fürst Radziwill:** Die Auffassung des Kommissionsberichts und die geistigen Worte von der Ministerbank legen mir die Pflicht auf, Verwahrung einzulegen gegen die dort befindlichen Auffassungen der Staatsbürger meiner Nationalität als preussischer Untertan. Wenn die Regierung hier unserer ganzen Nation den Prozeß macht, so darf ich sagen, daß unsere Rechte in der preussischen Geschichte einen guten Boden haben. Wenn wir angeklagt werden, wir hätten uns ungeschuldig. Die Gefahren, welche für die Sicherheit Preussens und Deutschlands bestehen, werden übertrieben, sind fingiert. Für uns ist eine christliche Obrigkeit, die drückend für alle Untertanen sorgt, nicht vorhanden. (Chor.) Ich verneine in den Reden der Regierung jede Spur ethischen Gefühls für das Wohl und Wehe unseres Volkstammes. In materieller Beziehung erkennen wir die Wohlthaten der preussischen Administration wohl an. Für die geistige Hebung der Polen hat die Regierung aber nicht nur nichts getan (Chor), sondern sie hat ihre ganze administrative Kraft dahin gerichtet, die geistige Entfaltung unserer speziellen Nationalität zu unterdrücken. Unter diesen Umständen mußte sich eine gewisse Selbsthilfe (Große Unruhe) aus den Bedürfnissen der Nationalität heraus ergeben, die die absolute Vernachlässigung unserer Sprache, unserer Geschichte und unseres Volksbewußtseins ausgleichen soll und mit unseren staatlichen Pflichten sehr wohl vereinbar ist. Allerdings haben diese Verhältnisse ein Zusammenwirken in kultureller und sozialer Hinsicht zwischen Deutschen und Polen unmöglich gemacht. 1815, als mein Großvater den König von Preußen huldigte, wurden den Polen ganz andere Versprechungen gegeben, als sie heute auch nur fordern. Es war ein Irrtum des Herrn Landwirtschaftsministers, daß die Folge der milden Behandlung der Polen der Zustand im Jahre 1830 war. Einen solchen Zustand hat es in Preußen im Jahre 1830 gar nicht gegeben. Die einzige revolutionäre Bewegung, auf welche die Regierung mit einem Schein von Recht sehen könnte, wäre der Schulstreik. Ich bitte Sie, die Enteignung abzulehnen, sie ist ein Unrecht in der polnischen Bevölkerung. Das beste Mittel, befriedigende Zustände in den polnischen Provinzen herbeizuführen, ist die Gleichberechtigung der Polen. Wollen Sie etwa Zuständen entgegenstreben, in denen die rechtliche Obrigkeit nicht nur nicht mit der kirchlichen Obrigkeit Hand in Hand geht, sondern wo beide in einer diametral entgegengesetzten Politik sich entgegenarbeiten? Wollen Sie solchen Zuständen vorzuziehen, können Sie die Enteignungsvorlage ablehnen? (Bravo!)

**Landwirtschaftsminister v. Arnim:** Wir müssen den Polen vorwerfen, daß sie rückständig mit allen Mitteln gegen die Deutschen kämpfen; der Boykott und die großpolnische Agitation sind die Ursachen für unser Vorgehen. Was die Versprechungen Friedrich Wilhelm III. betrifft, so sind diese bis auf letzte erfüllt, aber die Polen haben mit Kampf geantwortet. Jetzt sind wir zwar stark genug, der jehigen polnischen Gefahr entgegenzutreten, aber Aufgabe einer vorläufigen Staatsregierung muß es sein, auch für die Zukunft zu sorgen. Die Stein-Forckenbergische Gesetzgebung legte die Gefahr der allgemeinen Enteignung, von der Herr v. Schulenburg gestern sprach, viel näher als die jehige Vorlage. Und doch wird Herr v. Schulenburg nicht mit Wehmut auf das Grab seines damals lebenden Vorfahren gehen, sondern mit Stolz: Da liegt ein Mann, der vor keinem Opfer zurückgeschreckt ist, das ihm das Staatswohl aufzulegt hat! (Beifall.)

**Feldmarschall Graf Daxeler:** hält seine geistigen Ausführungen aufrecht, daß der lebende Ball der Ansiedelung nicht ausweichen werde gegen den inneren Feind, wenn gleichzeitig ein äußerer Feind zu bekämpfen sein werde, daß vielmehr dann doch das Heer die ultima ratio sein müsse.

**Graf Botho zu Eulenburg:** Die Worte, die Friedrich Wilhelm der Dritte zu dem Großvater des Fürsten Radziwill gesprochen hat, beweisen, mit welchem Wohlwollen die preussische Regierung der polnischen Bevölkerung entgegengekommen ist. (Sehr richtig!) Aber was war die Antwort? Aufstände und Boykott! Fürst Radziwill sprach immer von den Rechten der Polen; aber an ihre Pflichten erinnerte er nicht. Zugunsten ist, daß die Entscheidung des Privatigentums dem einzelnen gegenüber eine der einschneidendsten Maßnahmen ist, sie ist aber nach meiner Überzeugung durch die Verhältnisse geboten, um den Zweck der Vorlage zu erreichen, d. h. das Deutschthum gegenüber dem drohenden Polentum zu schützen. Deshalb sind wir zur Enteignung gezwungen. Dira necessitas, oder necessitas! Die Folge von der Enteignung wird vor allem ein Zurückgehen der Güterpreise sein. Was den Umfang der zu gewährenden Enteignung anlangt, so kann sie zweifellos nicht unbeschränkt gewählt werden. Ich halte den Weg, den das Abgeordnetenhaus gewählt hat, für den besten, daß also der Zweck der Ansiedelung genau bestimmt wird und gleichzeitig ein gewisser Umfang für die Ausführung der Enteignung festgelegt wird. (Lebhafte Bravo!)

(Inzwischen ist auf der Tribüne wieder der Kronprinz erschienen, neben dem der Präsident des Abgeordnetenhauses, von Röscher, Platz nimmt. Nach einiger Zeit erscheint auch Fürst Bülow am Ministerisch.)

**Landwirtschaftsminister v. Arnim:** erklärt, daß die Regierung dem Antrag Abides zustimmen werde. Den Bestimmungen dieses Antrages über die Handhabung der Enteignung hätte die Regierung auch Rechnung getragen, wenn sie nicht im Gesetz gestanden hätten. **Schlesischer Generalkonsuldirektor Freiherr v. Tschammer:** Ich erkläre mich als Gegner der Enteignung, schide aber voraus, daß ich mit allen getreuen Vasallen des Königs darin einig bin, daß der Aktur der großpolnischen Propaganda mit den stärksten Mitteln bekämpft werden muß. Enteignung ist eine zweischneidige Waffe. Wenn diese Waffe angewendet wird, wird ein tiefer Schatten auf den preussischen Ehrenhimmel fallen. Abfälle gegen die großpolnische Gefahr ist nötig, läßt sich aber leicht durch entsprechende Bestimmungen im Reichsvereinsgesetz bringen, damit sich die polnischen Vereine nicht Rekruten für eine revolutionäre Armee schaffen. Dazu kommt, daß schon heute jeder, der es unternimmt, Landbesitz von Preußen loszureißen, mit lebenslänglichen Zuchthaus bestraft werden kann. Wenn der Reichs-

langler die Spiben des Blods zu einem Privilegium zitierte und seine außerordentliche dialektische Begabung auf die Herren wirken ließe, so würde er ihnen wohl ihre Pflichten in dieser Beziehung klarmachen können. Denn viel wichtiger als alle Kolonien, deretwegen der Reichstag aufgelöst worden ist, ist die Erhaltung dieser beiden Provinzen. Sollte es dem Fürsten Bülow nicht gelingen, den Reichstag zu überzeugen, so möge er E. M. den Kaiser bitten, eine neue Statue errichten zu lassen. E. M. begünstigt ja die Statuen sehr (Heiterkeit) — und zwar eine Statue am Eingang des Reichstags, auf der stehen müßte: Lasciate ogni speranza (Lasset alle Hoffnung schwinden). (Große Heiterkeit.)

**Professor Schwolke:** In den anormal gestiegenen Bodenpreisen sehe ich einen großen Uebelstand, kann aber nicht glauben, daß die Wechsel, die der vorige Redner auf den Reichstag ausstellen will, irgendwie akzeptiert werden. Die kleinen polnischen Besitz, welche von den polnischen Banken verführt werden, hohe Preise für den Grund und Boden zu zahlen, sind ganz in den Händen der Banken. Das Enteignungsrecht ist notwendig. Ich wünsche auch, daß es niemals zur Anwendung kommt, sondern nur als Druck auf die Bodenpreise wirkt. Ich halte auch ein langwieriges Fortschreiten der Ansiedelungspolitik für notwendig. Wenn die Staatsregierung sagt, sie könne ohne die Enteignung nicht auskommen, dann stimme ich dem Gesetzentwurf zu und bedente, daß noch keine große Reform in der ganzen Welt durchgeführt worden ist, ohne daß man Zeter geschrien hat. Das Herrenhaus untergräbt seine Existenz nicht durch Annahme dieser Vorlage, vielmehr wird sich die ganze öffentliche Meinung gegen das Herrenhaus wenden, wenn es hier versagt. (Chor.) Nehmen Sie die Vorlage der Staatsregierung an. (Beifall.)

**Kardinal Kopp:** Die Staatsregierung fordert ausgedehnte Vollmachten. Das Abgeordnetenhaus hat diese bedeutend beschränkt, und Ihre Kommission hat diese Schranken noch enger gezogen. Wenn ich auch Gegner der Enteignung bin, so werde ich doch für die Widerlungen stimmen, die sich aus den Kommissionsbeschlüssen ergeben. Ich gebe zu, daß die Rechtsauffassung und die Rechtsauslegung in der Form der Umbildung unterworfen sind. Aber es gibt gewisse Anschauungen, die nicht umgebildet werden können, ebensowenig, wie die Naturgesetze abgeändert werden können. Wir wollen dem Kaiser geben, was der Kaiser ist, aber es kommt und hier das Bedenken, daß es sich nicht um eine Notwehr handelt, die ein Ausnahmegesetz mit den allerbedenklichsten Folgen rechtfertigt. Es würde genügen, daß eine andere Partei aus Ruher kommt, die den Großgrundbesitz nicht für notwendig hält, dann werden die Großgrundbesitzer dieselben Reden halten müssen, wie gestern und heute die Gegner dieser Vorlage hier. Ich will wünschen, daß ihre Worte dann mehr Eindruck machen, als ich von den meinigen heute erhoffen kann. (Beifall.)

**Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:** Ich möchte Herrn von Tschammer bitten, und erst zu definieren, was er unter einem national-polnischen Verein versteht. Will er etwa auch alle politischen Turnvereine verbieten? Soweit geht die Regierung nicht, sie ist also liberaler als Herr v. Tschammer. Herr Fürstbischof Kopp hat bestritten, daß eine Notwehr vorliegt. Wollen wir wirklich abwarten, bis der Fall eintritt, daß wiederum die Polen sich mit bewaffneter Hand erheben und wir ihnen ebensoviele entgegenzutreten müssen? Vorbringen ist die erste Aufgabe einer wohlthätig konservativen Politik. Es liegt eine große Aufgabe hier vor, und wir vertrauen fest darauf, daß das Herrenhaus, wie früher, so auch hier uns nicht verlassen wird.

**v. Buch:** Daß ich ein Gegner der Enteignung bin, darüber werden Sie nach meiner ganzen Vergangenheit nicht im Zweifel sein. Aus einer Ablehnung der Vorlage darf aber niemand schließen, daß wir etwa die Polenpolitik der Regierung im ganzen mißbilligen. Wir halten nur dieses ein Mittel für falsch. Sollte die Vorlage angenommen werden, so bitte ich die Regierung, aus den Verhandlungen den Entschluß mitzunehmen, daß sie sich bei dem Erfolge beruhigt und nicht wieder mit einer Vorlage kommt, durch welche die treueren Anhänger der Monarchie in die schwierigste und peinlichste Lage gebracht werden. (Lebhafte Zustimmung.)

**Ministerpräsident Fürst Bülow:** Den Vorwurf, daß die Vorlage im Widerspruch mit Verfassung und Gesetz steht, hat der Justizminister bereits zurückgewiesen. Ich möchte noch folgendes sagen: Die oberste und vornehmste Pflicht eines Staates ist es, sich selbst zu behaupten. So machen es alle anderen Völker, und wenn wir es nicht ebenso machen, so kommen wir unter die Räder. Auf die Autorität des Fürsten Bismarck kann man sich als Gegner dieser Vorlage nicht berufen. Wir stehen vor zwei Evidenzqualitäten: Entweder Sie gewähren uns die Möglichkeit der Anwendung der Enteignung, oder aber unsere Ostmarkenpolitik gerät auf einen toten Strang. Ein Mittel, und aus diesem Dilemma herauszuhelfen ohne die Möglichkeit der Enteignung, ist mir in allen Reden gegen diese Vorlage nicht angegeben worden. Jedesmal, wenn sich ein Redner erhebt, um gegen die Vorlage zu sprechen, sagte ich mir: Nun kommts (Heiterkeit), nun werde ich hören, wie ohne die Enteignung eine konkrete praktische Maßnahme anderer Art möglich ist. Das kam aber nie. (Erneute Heiterkeit.) Ein großer Juxx dieser Vorlage ist auch, jeden Zweifel zu zerstreuen an der Stetigkeit unserer Ostmarkenpolitik. Unsere Ostmarkenfrage läßt sich nicht lösen dadurch, daß wir uns Illusionen über die Soziale machen, daß wir Phantasiegebilde machen, sondern nur durch Stetigkeit und Festigkeit. Durch Illusionen und Phantasien wird der Kampf nur in die Länge gezogen. Wir wollen diesem Kampfe, der sich in den Ostmarken abspielt, durch wirksame Maßregeln möglichst bald ein Ende bereiten. Wir denken nicht daran, die Polen auszurotten zu wollen. Mit großem Recht hat Graf Eulenburg gesagt, daß wäre eine himberdrännte Idee, eine Tollheit und noch dazu eine Barbarei. Nach der festen Überzeugung der königlichen Staatsregierung ist dieses Ziel nur erreichbar durch Stetigkeit und Energie, vor allem durch Stetigkeit. Helfen Sie uns, dieses Ziel zu erreichen durch Annahme des Antrages Abides. (Beifall.)

**Landeshauptmann von Posen v. Dylembowski:** spricht unter großer Unruhe des Hauses für die Beschlüsse der Herrenhauskommission.

Auf Antrag des Oberbürgermeisters Koerte-Königsberg wird die Debatte geschlossen.

In einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird zunächst beschlossen, den Antrag Wedel-Biesdorf (ausgenommen von der Enteignung) und alle seit 1880 in einer Hand oder durch Erbfolge befindlichen Grundstücke zur Abstimmung zu bringen.

Der Antrag Wedel-Biesdorf wird als Eventualantrag mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf kommt der Antrag Abides zur Abstimmung. Diese Abstimmung ist eine namentliche. An der Abstimmung beteiligen sich 254 Mitglieder. Mit „Ja“ stimmen 143, mit „Nein“ 111. Der Antrag Abides ist also angenommen. (Beifall.) Damit sind die §§ 13 und 13a der Kommissionsbeschlüsse mit dem Antrag v. Wedel-Biesdorf erledigt. Gegen den Antrag Abides stimmten u. a. der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der frühere Staatssekretär des Reichs Marineamt v. Hollmann, der Herzog von Trachenberg, Graf Daxeler, Fürst Fürstenberg und Oberbürgermeister Kirschner. Im übrigen stimmen die Bürgermeister und die Professoren in ihrer überwiegenden Mehrheit für den Antrag Abides. Die übrigen Paragraphen der Kommissionsbeschlüsse werden debattelos angenommen, ebenso die Resolution der Kommission auf baldmöglichste organische Umgestaltung der Ansiedelungskommission unter Berücksichtigung des Einflusses der beteiligten Oberpräsidenten und Herbeiführung einer Mitwirkung der Organe der Selbstverwaltung.

In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage dann mit großer Mehrheit angenommen.

## Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

Die Kommission begann am Donnerstag die Beratung des § 7, der nach der Regierungsvorlage bestimmen soll, daß alle Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu führen sind, und daß nur für Ausnahmefälle die Landeszentralbehörde andere Bestimmungen treffen kann. Die freisinnigen hatten hierzu folgenden Abänderungsantrag gestellt, der dazu bestimmt ist, das Sprachverbot der Regierungsvorlage zu retten:

„Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in der Regel in deutscher Sprache zu führen.“

Wenn in einer öffentlichen Versammlung in einer fremden Sprache verhandelt werden soll, so haben die Veranstalter die erforderliche Anzeige mindestens dreimal 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung bei der Polizeibehörde zu erstatten. Bei der Anzeige muß die Absicht, in fremder Sprache zu verhandeln, mitgeteilt werden, und die Bezeichnung dieser fremden Sprache selbst erfolgen.

In Versammlungen, für welche die in Absatz 2 vorgeschriebene Mitteilung von dem Veranstalter nicht erfolgt, ist der Gebrauch einer fremden Sprache nicht erlaubt.

Die Anzeige gemäß Absatz 2 wird durch die öffentliche Bekanntmachung nicht ersetzt.

Ohne die ausdrückliche Einwilligung des Veranstalters oder des Leiters einer öffentlichen Versammlung darf in derselben in einer nichtdeutschen Sprache nicht verhandelt werden.

Die Landesgesetzgebung kann die Einhaltung der Bestimmungen in Absatz 2 bis 4 ganz oder teilweise erlassen.

In der Diskussion begründete zunächst Fürst Radziwill (Polen) den auch von den Sozialdemokraten gestellten Antrag, den § 7 zu streichen. Als Eventualantrag schlug er folgende Bestimmung vor:

„Als deutsch sind alle Sprachen und Mundarten zu behandeln, welche im Deutschen Reich von Reichsangehörigen als Muttersprache gesprochen werden.“

Er protestierte dagegen, daß man die Polen an dem Gebrauch ihrer Muttersprache hindern wolle und warnte vor den tiefgreifenden Folgen, die das für die Staatsstreu der Polen haben müsse. Seine Ausführungen und insbesondere der Eventualantrag wurden von der Mehrheit mit Lachen aufgenommen.

Für das Zentrum belämpfte Graf Opperdorff den § 7 als eine zwecklose Maßregel der preussischen Polenpolitik, die von Niederlage zu Niederlage geilt sei, und nicht noch auf das Reich übertragen werden sollte. Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.) erklärte für alle freisinnigen, daß die Regierungsvorlage für sie unannehmbar sei. Ihr Antrag, der unter besonderen Umständen fremde Sprachen, auch die polnische, in öffentlichen Versammlungen zulassen wolle, sei die Mittellinie, auf der sie beharren müßten. Müller-Reinigen weinte schließlich über die Gefahr, daß das Reichsvereinsgesetz scheitern könne, und erklärte ein über das andere Mal die Bereitwilligkeit der freisinnigen, alles Mögliche zu tun, um eine Verständigung zuzubringen.

Als unbedingter Anhänger der preussischen Polenpolitik, die vor keiner Vergewaltigung zurückbleibt, zeigte sich der freikonserervative Schuldirektor Kolbe, ein Reaktionsär vom reinsten Wasser. Er schilderte die Polen als lauter Hochverräther, deren Versammlungen unbedingt überwacht werden müßten, und denen man nicht erlauben dürste, in ihrer „Heimsprache“ zu verhandeln. Man könne doch nicht allen Deutschen zumuten, polnisch zu lernen! Auf die freisinnigen Kompromißpläne erwiderte der Woddruber von der Rechten mit der brüsksten Herausforderung, daß wenn die freisinnigen nicht den § 7 der Regierungsvorlage unbeschadet schlafen, die Rechte das ganze Reichsvereinsgesetz zum Scheitern bringen werde. Nach diesen Provokationen schloß dieser Gemütsmenschen mit der Aufforderung an die Polen, sich den Deutschen brüderlich anzuschließen.

Abg. Bonbrücher (B.) belämpfte den § 7 im Interesse der Elsaß-Lothringer. Durch so brutale Ausnahmefälle werde die Germanisation in Elsaß-Lothringen für alle Zeiten unmöglich gemacht. Das Deutsche Reich solle sich die Preuß, die die Franzosen früher in Elsaß-Lothringen gehabt hätten, in freisinniger Beziehung zum Muster nehmen. Schon jetzt habe der § 7 in Elsaß-Lothringen die größte Enttäuschung hervorgerufen. Nachdem dann der Pole Dreyß noch einmal namens der Polen diese künstlichen und gewalttätigen Germanisationsbestrebungen abgelehnt hatte, wurde die Weiterberatung mit Rücksicht auf die Herren Radziwill und Opperdorff, die im Herrenhause zur Beratung des Polenenteignungsgesetzes anwesend sein wollten, schon um 12 Uhr auf Freitag vertagt.

## Deutsch-Ostafrika vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 27. Februar.)

Lebedour

nimmt als erster Redner Veranlassung, auf Wiemer zu antworten, der gestern bemerkte, Lebedour müsse mit Dernburgs neuer Kolonialpolitik einverstanden sein. Diese Schlussfolgerung kann nur auf eine gewisse Unachtsamkeit Wiemers zurückzuführen sein. Er habe sehr deutlich dargelegt, worin wir mit dem Staatssekretär differieren und es ist doch nicht notwendig, bei jeder Gelegenheit prinzipielle Erklärungen zu wiederholen. Wir beharren selbstverständlich bei der prinzipiellen Stellung, die wir bisher zur Kolonialpolitik angenommen haben. Unbeschadet dessen werden wir für alles das eintreten, was eine Verbesserung der Verhältnisse herbeiführen kann. — Im weiteren weist Lebedour die Unterstellung Dernburgs zurück, daß er die Kaufleute zu unrecht angegriffen habe. Geht auf Darlegungen Dernburgs über die Triebkräfte des kaufmännischen Wirkens habe er nur Tatsachen konstatiert; er setze selbstverständlich voraus, daß dieses Wirken sich innerhalb der Grenzen der Moral bewegt. Er glaube, die deutschen Kaufleute stehen in dieser Beziehung höher, als andere. Ebenso halte er nicht jeden Plantagenbesitzer für einen Verbrecher, nur zu Erziehern tangen diese Leute nicht. Lebedour bestritt die Möglichkeit einer Harmonie der Interessen zwischen den Eingeborenen und den Weißen. Diese Annahme Dernburgs zeige nur sein Unverständnis in sozialpolitischen Fragen, es wäre vielleicht angebracht, daß er einmal eine Forschungsreise an der Hand eines kundigen Führers durch das Gebiet der Sozialpolitik macht.

Dernburg glaubt unter Hinweis auf den Stuttgarter internationalen Kongreß, daß Lebedours abweichende Haltung gegen die Kolonialpolitik von der sozialdemokratischen Partei nicht gebilligt werde. Lebedour fährt an der Hand der Beschlüsse von Stuttgart und Essen den Nachweis, daß die Partei geschlossen hinter ihm stehe.

Damit ist die Generaldebatte beendet.

Die Kommission geht nun zur Beratung des

Etats für Ostafrika

über. Zunächst die Einnahmen. Die Hüttensteuer soll 1.800.000 M. einbringen; Liebert beantragt, 400.000 M. mehr einzustellen. Lattmann spricht für eine Mehrerhebung der Hüttensteuer, er möchte wenigstens zwei Millionen einstellen. Dernburg wendet sich entschieden gegen die Erhöhung der Hüttensteuer an sich und auch gegen eine höhere Erstattung. Die Eingeborenen zahlen schon sehr viel, prozentual weit mehr als ein deutscher Steuerzahler. Ein Eingeborener mit 200 Mark Einkommen muß z. B. 7,20 Mark Steuer zahlen. Die höhere Erstattung in den Etat werde nur zu Ueberforderungen des Etats führen.

Neudt bezieht den Antrag Liebert, 10 über auch einverstanden, wenn nur 300.000 M. mehr eingestellt würden. Weiterwendet sich



Kredit der Kommunalverwaltung zu, die sogenannten Kommunen erhalten die Hälfte der Steuereinnahmen, welche von den Bezirksämtern fast ausschließlich verwendet werden. Der „Bezirksrat“ ist eine lächerliche Dekoration. Der Voranschlag der Kommunen der Budgetkommission zugänglich machen und die Verteilung der Geldunterstützung an diese Körperschaften dem Gouverneur übertragen, der sie nach Bedürfnis verteilen soll. Kredit wendet sich nun gegen die Vorlage der Gemeindevoranschläge und ihm schließt sich eine Anzahl Abgeordnete an. Dernburg verteidigt nochmals seine Vorschläge und weist darauf hin, daß der Bezirksratmann mit den Weisen allein und nach ihren Interessen über die Gelder, häufig sehr erhebliche Summen, verfügen.

Gibhorn konstatiert die charakteristische Tatsache, daß der Staatssekretär die Rechte der Budgetkommission und des Parlaments gegen Mitglieder des Reichstags verteidigen muß. Wir wünschen selbstverständlich die Vorlage der Voranschläge der Kommunen. Weiter sei zu wünschen, daß in den Kommunen die Selbstverwaltung entwickelt und herausgebildet wird, und insbesondere möge man Eingeborene heranziehen. Für eine Erhöhung der Hüttensteuer oder des Voranschlags können wir nicht stimmen; wir sind Gegner der Hüttensteuer überhaupt, sie muß kulturhemmend wirken. Die Erhöhung des Voranschlags läßt verstärkte Eintreibung befürchten und Brutalitäten, wie wir sie unter allen Umständen verurteilen. Für den Antrag Erzberger, der raschere Vorlage der Rechnungsergebnisse fordert, werden wir stimmen; dagegen steht zu befürchten, daß durch die Verlegung der Abrechnung in die Kolonie der Ordnung nicht gedient ist. Es wird jetzt schon behauptet, u. a. auch von dem Kolonialbeamten Wistuba, daß Rechnungsergebnisse vorkommen und daß Gelder nicht budgetmäßig verwendet werden. Das dürfte schlimmer werden, wenn die Rechnung in der Kolonie bleibt. Auch gegen Bewilligung von Kaufschalen zur Verfügung der Verwaltung müssen wir uns aus budgetrechtlichen Gründen wenden.

Dernburg erklärt, daß in den Kommunen jetzt schon gelegentlich die Eingeborenen zusammengerufen werden und daß man ihnen mitteilt, was mit dem Gelde geschehen soll. Durch die Verlegung der Abrechnung in die Kolonie werde nicht größere Unklarheit, sondern das Gegenteil bezweckt. Heute kann der Rechnungshof nicht prüfen, er muß glauben, was ihm die Verwaltung sagt. In Zukunft sollen Beamte des Rechnungshofes in die Kolonien gehen und sich von den Zuständen an Ort und Stelle überzeugen.

Erzberger ist dafür, daß dem Reichstag eine Einwirkung auf die Verwendung der kommunalen Gelder möglich gemacht werde.

Im übrigen entspinnt sich eine sehr lange und eingehende Debatte über die Frage, ob die Hüttensteuer zu höherem Betrage eingestuft werden soll.

Das Resultat ist die Annahme des Antrags Lattmann, statt 1 800 000 M., 2 000 000 M. Hüttensteuereinnahmen einzustellen. Auf Antrag Erzberger wird beschlossen, daß von dieser Mehreinnahme den Kommunen nichts zuzuführen ist. Die Zölle sollen 2 700 000 M. bringen. Bei den sonstigen Einnahmen teilt Dernburg mit, daß die Einnahmen aus der Forstwirtschaft, die mit 800 000 M. angelegt sind, bedeutend geringer sein werden. Es entspinnt sich darüber eine längere Debatte, in der Dernburg vor zu großen Hoffnungen warnt; Wiemer und Erzberger schließen sich ihm an, während Pasche, Dietrich und Wendt sich Bedeutendes von den Waldverträgen versprechen. Dann wird die Beratung abgebrochen.

## Aus der Partei.

**Bürgerliche Wohltätigkeit auf sozialdemokratische Kosten.**  
Wir berichteten seinerzeit, daß die sozialdemokratische Druckerei in Genf wegen angeblicher Verletzung einiger Dornatadoren durch den „Peuple“ zu einer Jubiläumsgabe von 12 000 Fr. verurteilt und hierauf die Druckerei zwangsweise verkauft wurde. Der Erlös belief sich auf 6406,25 Fr. und diesen Betrag haben die Persönlichkeiten einer Arbeitergenossenschaft verschiedenen Wohltätigkeitsanstalten zugewiesen. Crispin stahl den Reichen das Leder und machte den Armen Schuhe daraus. Diese bürgerlichen Politiker plündern die Arbeiter und frönen mit der Beute ihrer Eitelkeit als „Wohltäter“.

Genosse Hervé ist von seinem Posten als Mitglied des Verwaltungsrates der sozialistischen Partei Frankreichs zurückgetreten und begründete in einem Briefe diesen Schritt nicht nur mit der Unmöglichkeit, während seiner einjährigen Gefängnisstrafe sein Amt ausüben zu können, sondern auch mit seiner Auffassung, daß es nötig sei, die Mitglieder des Verwaltungsrates jedes Jahr zu wechseln.

**Resolution der russischen sozialdemokratischen Duma-Fraktion zur Terrardebate.**  
In der Dumadebatte vom 21. Februar über Unterstützung der Opfer der rüberischen Tätigkeit der revolutionären Parteien, die in eine erregte Auseinandersetzung über den Terror und die Revolution auslief, beantragte die sozialdemokratische Fraktion nachstehenden Uebergang zur Tagesordnung:

„In Verhinderung: 1. daß die Regierung mit aller Kraft bestrebt ist, den organisierten planmäßigen politischen Kampf unmöglich zu machen; 2. daß sie in dem Vernichtungskampfe, den sie im Interesse der Privilegien eines Heerleins von Feudalherren und Blutsaugern gegen das Volk führt, solche ungewöhnliche Kampfmethoden zeitigt und großzieht wie den Terror; 3. daß der Vernichtungskampf, den die Regierung führt die produktiven und kulturellen Kräfte des Landes zerstört, indem er Pogrome, Strafexpeditionen, Hinrichtungen, Deportation der Freiheitskämpfer und Ueberfüllung der Gefängnisse zeitigt; 4. daß das vorliegende Gesetzesprojekt den Versuch darstellt, die provokatorische Politik der Regierung mit allen ihren unheilvollen Folgen zu unterstützen — lehnt die Duma ihre Annahme ab und geht zur Tagesordnung über.“

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Majoritätsparteien der „Dumaduma“ nicht nur diese Resolution ablehnten, sondern auch ihre Verlesung mit dem wildsten Lärm begleiteten.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

### Strafkonto der Presse.

Halle, 27. Februar. (Privattelegramm des Vortwärts.)  
Gegen Verleumdung eines Unteroffiziers wurde Genosse Leopold vom Volksblatt in Halle von der Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Antrag waren sechs Monate.

Die Stadt Strahburg i. E. führt einen gewaltigen Straßendurchbruch mit einem Aufwand von 12 Millionen Mark aus. Der Bürgermeister ersuchte die Strahburger Zeitungen, das Projekt nicht eher zu veröffentlichen, bis er den Zeitungen davon Mitteilungen mache. Alle Zeitungen gaben das Versprechen und hielten es. Nur die „demokratische“ Bürgerzeitung achtete das Versprechen ihres leitenden Redakteurs nicht. Der Bürgermeister mußte, bevor alle Anläufe unter Dach waren, den Vorstellungen der Inhaber der Zeitung nachgeben und der „Bürgerzeitung“ die Veröffentlichung des Projekts erlauben. Daraus ergaben sich Schwierigkeiten beim Ankauf einiger Grundstücke. Dieses Verhalten der „Bürgerzeitung“ wurde in der „Freien Presse“ als Indiskretion und als Wortbruch gekennzeichnet. Hieran schloß sich eine heftige Polemik, in der die „Bürgerzeitung“ den Redakteur der „Freien Presse“ Genosse Peirotes bezichtigt, sein Mandat als Gemeinderat mißbraucht, die Zehler der Stadtverwaltung verführt zu haben usw. Schließlich verklagte das „demokratische“ Organ den Genossen Peirotes und den Genossen Schneider, dessen Impresario ans Versehen unter einer der inkriminierten Nummern der „Freien Presse“ gekommen war, wegen Verleumdung. Genosse Peirotes erhob Widerklage gegen den verantwortlichen Redakteur Riedel der „Bürgerzeitung“. Der Prozeß endete mit der Freisprechung des Genossen Schneider und mit der Verurteilung von Peirotes

und Riedel zu je 100 M. Geldstrafe. Peirotes erhielt noch 20 M. Geldstrafe wegen Verleumdung des seinerzeitigen Chefredakteurs der „Bürgerzeitung“ Dr. Namroth.

Bezeichnend für den Charakter der „demokratischen“ „Bürgerzeitung“ ist es, daß der Privatkläger durch seine Vertreter gegen Peirotes und Schneider Gefängnisstrafe beantragen ließ.

## Aus Industrie und Handel.

### Einschränkung der Kohlenproduktion.

Wie dem „B. L.“ aus Essen gemeldet wird, will der Ausschuh des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbundes in seiner heutigen Sitzung eine Fördereinschränkung von 10 Prozent beantragen. Daß man gleich eine 10prozentige Einschränkung vornehmen will, kann wohl als Beweis für ein erhebliches Nachlassen des Bedarfs der Eisenindustrie angesehen werden.

**Nachgang des Reingewinnes bei der Hapag.** Der Jahresabschluß der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft weist einen Reingewinn von 25,2 Millionen gegen 32,8 Millionen Mark im Vorjahre auf. Die Verwaltung schlägt die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahre vor. Für Abschreibungen und Reserveverpflichtungen sollen 17,8 Millionen gegen 21,8 Millionen Mark im Vorjahre zur Verwendung gelangen. Nach der Behauptung der Verwaltung soll der Nachgang des Reingewinnes in der Hauptsache eine Folge der Krise in den Vereinigten Staaten und der durchgeführten Tarifkämpfe sein. Angeblich haben die hohen Kohlenpreise und die unsinnigen Kämpfe gegen die Arbeiter nur sehr minimal auf das Ergebnis eingewirkt. Ob das so ganz richtig ist?

**Die Herrenkonfektionsfirma E. Süßkind u. Co. in Berlin,** deren Passiven zirka eine halbe Million Mark betragen, hat, wie der „Confectionair“ mitteilt, den Konkurs angemeldet.

**Krisis in Spanien.** Der „Sozialista“ meldet aus Spanien, daß der Eisenpreis wieder beträchtlich gesunken ist. In febrilischer Tätigkeit hat man in letzter Zeit gearbeitet und England, der Hauptkonkurrent spanischen Eisens ist weit über den Bedarf hinaus mit Eisen aus Vizcaya und Montana versehen. Die Eisengesellschaften stellen daher auch vielfach den Betrieb ein; eine der größten „Complomentos“ hat es schon getan, andere werden bald folgen und Tausende von Arbeitern werden dadurch wieder brotlos. Was soll aus den Leuten werden? Nur einige wenige können auf kurze Zeit im Lande selbst für die Landwirtschaft verwendet werden und die anderen haben nur die Wahl, zu verhungern oder auszuwandern, d. h. wenn sie noch so viel besitzen, um die Ueberfahrt decken zu können. In Chile, Argentinien usw. werden sie mit Freuden aufgenommen und wenn sie auch dort nur die Materie sind, mit der der Kapitalismus sich satt macht, so haben sie immerhin die Aussicht, selber auch wenigstens das tägliche Brot zu erhalten. Wenn wir dabei bedenken müssen, daß für Spanien eine Menge sozialistischer Elemente verloren geht, so ist doch andererseits wieder die Hoffnung da, daß gerade durch die Auswanderer der Sozialismus über die ganze Welt verbreitet werde und schließlich auch in den zurzeit noch rückständigsten Ländern die Oberhand gewinnen kann.

### Vom amerikanischen Eisenmarkt.

Die Tatsachen haben leider denen recht gegeben, die eine tiefgreifende Industriekrise in Amerika voraussahen. Die stark die Einschränkung im gewerblichen Leben ist, läßt der Roheisenmarkt erkennen. Im Oktober 1907 wurden in den Vereinigten Staaten 2 374 000 Tonnen Roheisen erzeugt, im Januar 1908 war die Produktionsmenge auf 1 062 253 Tonnen zurückgegangen und steht damit der deutschen Erzeugung, die im Januar 1 062 152 Tonnen betrug, ziemlich gleich. Nach den Angaben der „Iron Age“ waren am 1. Februar 1908 nur noch 142 Hochofen im Betriebe gegen 151 am 1. Januar dieses Jahres. Daß die deutsche Erzeugung an die der Vereinigten Staaten heranreicht, ist eine Erscheinung, wie sie seit Jahrzehnten nicht mehr zu verzeichnen war.

## Aus der Frauenbewegung.

### Protest gegen die Rechtslosigkeit der Diensthöfen.

Arbeiterfrauen, Diensthöfen, Hausangestellte, Auswärtigen, Wäscherinnen und Reinmachefrauen, ihr habt alle das gleiche Interesse an dem Zustandekommen eines Vereinsgesetzes, das Staatsbürger und -bürgerinnen gleichstellt. Bei der Vertretung eurer Interessen vertritt ihr die Rechtslosigkeit, den Hemmschuh der neuen gesetzlichen Bestimmungen. Die Zustände, die der neue Entwurf den Frauen macht, sind nur mangelhafter Art, und der Fortschritt ist ein unbedeutender. Die Beratungskommission hat es nicht der Mühe wert gehalten, näher auf die Unhaltbarkeit und Unzumutbarkeit des § 16 des Entwurfs einzugehen, durch welchen den Dienenden nach wie vor die Staatsbürgerrechte vorenthalten bleiben. Uns stehen gegen deraartige Aushandlung der Menschenrechte nur öffentliche Proteste zur Verfügung. Zu dem Zwecke findet am Sonntag, den 1. März, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, abends 6 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Bloch über das Thema: „Der Vereinsgesetzentwurf und die Forderungen der Diensthöfen“ referieren wird. Genossinnen und Genossen, sorgt für guten Besuch, fordert Bekannte und Verwandte, die sich in dienender Stellung befinden, zum Besuch der Versammlung auf, damit sich der Protest wirkungsvoll gestaltet.

### Verein für die Interessen der Hausangestellten.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, den 2. März, im „Neuen Klubhaus“, Kommandanten-Strasse 72, Vortrag: Wally Repler „Zur Geschichte der Frau“.

Berlin, Dienstag, den 3. März, 8 Uhr, zwei öffentliche Versammlungen, in der „Urania“, Brangel-Strasse 9, und im „Noabiter Gesellschaftsraum“, Wicel-Strasse 24. Vortrag: „Was tut die reiche Stadt Berlin für die hungernden und unbeschäftigten Kinder?“ Genossin Clara Rehl und Genosse Stadiv. Wurm.

Wilhelmsruh, Montag, den 2. März, 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im „Feldschloßchen“. Vortrag des Genossen Aubig.

## Gerichts-Zeitung.

### Eingeschlafene Einbrecher.

Eine kurose Diebstahls Geschichte, wie sie wohl noch nicht oft passiert sein mag, gelangte gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung. Aus der Untersuchungshaft wurden die 21- bzw. 24jährige Wilhelm Schindts und Vincent Remus vorgeführt, welche sich wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls verantworten mußten. — Der Kaufmann Löwinsohn betreibt in dem Hause Wilmersdorfer Strasse 115 zu Charlottenburg ein Posamentier- und Tricotgeschäft. Ein an den Laden angrenzendes Zimmer hat ein nach dem Hofe führendes Fenster. Am Morgen des 21. Dezember v. J. wurde Herr L. eine ungewöhnliche Ueberwachung zuteil. Gegen 6 Uhr morgens kam sein Dienstmädchen unter allen Anzeichen eines erlittenen Schreckens in das Schlafzimmer und erzählte, daß auf einer hinter dem Verkaufsräume stehenden Chaiselongue zwei „Kerle“ lagen und fest schliefen. In dem Laden herrschte eine große Unordnung, da alle Kästen durchwühlt waren, außerdem wäre ein Fenster demoliert worden. Herr Löwinsohn überzeugte sich sofort von der Richtigkeit der Angaben seines Dienstmädchens und fand tatsächlich die beiden Diebe in friedlichem Schlummer auf der Chaiselongue liegen. Er holte sogleich einen Schutzmann herbei, durch welchen die schlafenden Inzeratenteil veranlo: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Einbrecher etwas sehr unsonst aus Vorheus Armen gerissen wurden. Es waren die beiden Angeklagten Schindts und Remus, welche sich am Abend vorher nach einer Anekdote in einem benachbarten Lokal in das Lische Geschäft eingeschlichen hatten. Schindts kannte die örtlichen Verhältnisse in dem Hause sehr genau. Nachdem sie die Fensterscheibe zertrümmert hatten, stiegen sie in das Zimmer ein und durchwühlten alle Behältnisse. Aus einer erbrochenen Holzschleife entwendete Schindts 2 M. und einige Pennige. Das Gefühl der Sicherheit war bei den jugendlichen Einbrechern so groß, daß sie sich um von der „Arbeit“ auszurücken auf die Chaiselongue legten und einschliefen. — Vor Gericht schoben sich die Angeklagten gegenseitig die Schuld zu. Erst auf die gütlichen Ermahnungen des Landgerichtsdirektors Klusemann ließen sich die Angeklagten zu einem Geständnis bewegen. Staatsanwalt Dr. Haber beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs bzw. vier Monaten. Das Gericht sah die Sache milder an und erlante gegen Schindts auf vier Monate und gegen Remus auf drei Monate Gefängnis, unter Anrechnung von zwei bzw. einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft.

### Augenwohl-Schwindel.

Vor Jahresfrist erschien in mehreren bürgerlichen Zeitungen, u. a. auch in der Ehemaligen „Allgemeinen Zeitung“ ein Inserat mit der Ueberschrift: 6000 Flaschen Augenwohl gratis! Nach dem Inhalte des Inserats sollte jede Person, die schwache Augen habe, bei Aufgabe ihrer Adresse eine Flasche gratis erhalten. Gleichzeitig wurde das Augenwohl in marktfeierlicher Weise angepriesen, nicht nur als dauernde Stärkung gegen schwache Augen, sondern auch als „einzige unvergleichliche Heilung“. Zum Ueberflus wurde noch behauptet, daß beim Gebrauch von Augenwohl Augengläser überflüssig würden und daneben waren zwei Männer abgebildet, die ihre Augengläser wegwerfen. Auf diesen Rumpstich ist eine große Reihe Dummer hineingefallen. Gegen den Geschäftsführer der Augenwohl-Gesellschaft Haering in Berlin wurde wegen Uebertretung der sächsischen Ministerialbestimmung vom 14. Juli 1903 betreffend marktfeierliche Heilingerate ein Strafverfahren eingeleitet, das zur Verurteilung des Angeklagten führte, weil nach dem Sachverständigenurteil Augenwohl ein ganz minderwertiges Fabrikat ist, den die angepriesenen Eigenschaften abgeben und bei dessen Gebrauch die versprochenen Wirkungen ausblieben. Das Dresdener Oberlandesgericht verwarf die Revision.

Die Ansicht des Gerichts, daß die Ministerialverordnung rechtsgültig sei, teilen wir nicht, weil unseres Erachtens nur ein Reichsgesetz präventive Schranken errichten darf. Solche partikularcharakterliche Verordnungen sind, auch wenn sie hier und da ein marktfeierliches Inserat treffen, für die Prechtfreiheit gefährlich und können auch antändliche Annoncen usw. treffen. Die Verordnung selbst ist aber auch überflüssig und bedenklich, weil sie die Gefahr nahelegt, solche gemeingefährlichen Fälle wie den Augenwohl-Schwindel lediglich als Uebertretung zu bestrafen, wiewohl auf deraartige Inserate unseres Erachtens die schärferen Strafbestimmungen über Betrug und unlauteren Wettbewerb zutreffen. Betrüglichen Quacksalber-Insertaten kann man mit den allgemeinen Strafbestimmungen weit besser zubei gehen, als durch wohl gut gemeinte Ministerialverordnungen, die im letzten Grunde doch nur sich selbst als wirkungslose Salben gegen deraartige die Gesundheit von Menschen gefährdenden, gemeingefährliche Manipulationen erweisen. Der Kampf gegen solche Schwindel-Insertate wird leider fast nur ausschließlich seitens der sozialdemokratischen Presse durch strikte Ablehnung der Aufnahme all solcher Inserate geführt.

### Zum Tode verurteilt.

Das Ratiborer Schwurgericht beurteilte am Mittwoch den Kaufmann und Gutbesitzersehn Ernst Beher aus Sauerwitz wegen Mordes zum Tode mit den üblichen Nebenstrafen. Der Verurteilte hatte am 22. November d. J. die unverschämte 24jährige Wirtschaftlerin Anna Wilmann ermordet.

## Versammlungen.

Berichtigung. Genosse Ledebour ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen:

„Dem Berichterstatter sind bei der Wiedergabe meiner Rede in der Generalversammlung des sechsten Wahlkreises vom 25. d. M. einige Mißverständnisse unterlaufen, von denen ich wenigstens berichtigen muß, daß ich nicht, wie der Bericht sagt, nach dem Bericht Schippels gleichfalls auf Wort verzichtet habe, dann aber, da eine peinliche Situation zu entstehen drohte, doch noch eine Rede gehalten habe. So etwas wäre geschäftsordnungsgemäß ja überhaupt gar nicht möglich gewesen. Ich erklärte vielmehr: „Unter diesen Umständen verzichte ich nicht auf Wort“ und hielt demgemäß die von dem Berichterstatter skizzierte Rede. Daß eine peinliche Situation drohte, weil auch ich auf Wort verzichtet hätte, hat sich also der Berichterstatter nur eingebildet, weil er meine einleitenden Worte offenbar mißverstanden hatte.“  
G. Ledebour.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Eine verlorene Weisheit. — Karollos und die Kolonialpolitik Frankreichs. Von Ch. Kappoport (Paris). — Der Arbeitskammern-Gesetzentwurf. Von Gustav Hoch. — Die ökonomische und soziale Entwicklung von Amerika im sechzehnten und im ersten Viertel des siebzehnten Jahrhunderts. Von Dr. W. van Rossum (Amsterdam). — Dauernavigation. Von Heinrich Sulow. — Zum Entwurf des schweizerischen Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes. Von A. Wöb. — Literarische Rundschau: Dr. Steppinger, Zur Methode der Volkswirtschaftslehre. Von J. D. Köster. — Zeitschriftenkranz.

## Verband der Sattler Ortsverwaltung Berlin.

Die nächsten 156/10  
**Branchen-Versammlungen**  
finden an nachfolgenden Tagen statt:  
**Geschirrbranche:** Mittwoch, den 4. März 1908.  
**Treibriemenbranche:** Montag, den 2. März 1908.  
**Taschen, Koffer- und Galanteriebranche:** Donnerstag, den 5. März 1908.  
**Militärbranche:** Samstag, den 29. Februar 1908.  
**Pinolenmeyer und Teppichnäher:** Donnerstag, 5. März 1908.  
**Wagenbranche:** Donnerstag, den 5. März 1908.  
**Eisenmöbel- u. Lederfußpofterer:** Donnerstag, den 5. März 1908.  
**Sektion Charlottenburg:** Montag, den 2. März 1908.  
Die Kollegen werden ersucht, diese Branchenversammlungen recht zahlreich zu besuchen.  
Die Ortsverwaltung.

### Rixdorf.

**Zentral-Krankenkasse der Maurer etc.**  
„Grundstein zur Einigkeit.“  
Sonntag, den 1. März, vorm. 10 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151/152:  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Anträge zur General-Versammlung. Wahl der Delegierten.  
Pflicht jedes Rassenmitgliedes ist es, zu dieser Versammlung zu erscheinen.  
(14/4)  
Die örtliche Verwaltung.  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! In Gr.-Westen, L.-B., hat der Inhaber des bisher einzigen freien Lokals, Restaurant „Walhalla“, Herr S. Meiner, seine Unterschrift zurückgezogen, so daß nunmehr dortselbst alle Lokale gesperrt sind. Das Verkehrslokal ist: G. Schmidt in Kl.-Westen.

Am Sonnabend, den 7. März cr., hält der Lotterieverein „Bachvogel“, gegr. 5. 3. 06, im „Restaurant zum Bürgerheim“, Alte Schönhauser Straße 23/24, sein zweites Stiftungsfest ab. Da genanntes Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, sind alle dortigen Veranstaltungen zu meiden.

Der „Ausschuß zur Veranstaltung von Volksaufführungen“ veranstaltet am 5. März cr. im großen Saale der „Philharmonie“ sein „87. Konzert“. Da man hierbei auf einen großen Villetumsatz in Arbeiterkreisen rechnet, verweisen wir auf den feinerzeit von den Parteigenossen Groß-Berlins gefaßten Beschluß, wonach die „Philharmonie“ auch für den persönlichen Verkehr gesperrt ist und machen auf die eventuellen Folgen eines Vorkommnisses aufmerksam.

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 1. März, abends 6 Uhr: Versammlung mit Frauen in der „Lebensquelle“, Kommandantenstraße 20. Vortrag des Stadtverordneten Waldes Wanders über: „Vom Daseinskampf zur Daseinsfreude“. Nachdem: Gesellschaftliches Beisammensein und Tanz. Eintritt mit Garderobe und Tanz 20 Pf. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, 1. März, abends 6 1/2 Uhr: Versammlung mit Frauen im Lokal von Rabe, Fichtestr. 20. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Sebering: „Vielelei“. Nachdem: Gesellschaftliches Beisammensein und Tanz. Zur Deckung der Unkosten findet Kellerbesichtigung statt. Garderobe 10 Pf. Um zahlreiche Beteiligung ersuchen Die Abteilungsleiter.

Rigsdorf. Die Mitglieder des Wahlvereins werden hiermit noch besonders darauf hingewiesen, daß Sonntag, den 1. März, vormittags von 11 bis 12 Uhr im Lokal von Thiel, Bergstr. 162 und Koppe, Hermannstr. 49, die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin stattfindet. Die Stimmzettel erhalten die Mitglieder bei Vorzeigung des Mitgliedsbuches am Eingang zum Lokal. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Kummelsburg. Zur Gemeindevorstanderversammlung am Dienstag, den 3. März, findet am Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Um recht rege Beteiligung aller Parteigenossen wird dringend ersucht. Das Wahlkomitee.

Ober-Schönweide. Aus Anlaß der bevorstehenden Gemeindevahlen werden die Genossen auf die heute abend 8 1/2 Uhr im „Wilhelmshof“ stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Referent ist der Stadtverordnete Genosse Paul Dupont. Da die Auffstellung der Kandidaten in dieser Versammlung erfolgt, ist es Pflicht aller Wähler, zu erscheinen.

Sonntag, den 1. März, früh 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale aus statt. Die Genossen werden ersucht, vollzählig ihre Schuldigkeit zu tun. Der Vorstand.

Witz-Budow. Sonntag, den 1. März, abends 6 Uhr, Wahlvereinsversammlung in Budow, Chausseestraße 12, bei H. Klein. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen W. Konrad: „Schul- und Gemeindepolitik“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Besuch, auch von Frauen und Gästen, erwartet Der Vorstand.

Zeuthen. Die Parteigenossen werden dringend ersucht, sich heute Freitag, abends 1/2 7 Uhr, im Bezirkslokale einzufinden zwecks glatter Durchführung einer Handzettelverbreitung. Der Bezirksführer.

Ermer. Heute, Freitagabend 8 Uhr, findet bei Degebrodt eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, welche sich mit der Auffstellung der Kandidaten zu dem am 5. März stattfindenden Gemeindevorstandswahl zu beschäftigen hat. Es ist notwendig, daß alle Genossen erscheinen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß am Sonntag früh 8 Uhr eine Flugblattverbreitung und nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Wählerversammlung stattfindet. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen und Umgebung. Den Parteigenossen aller zum Wahlverein Königs-Wusterhausen gehörigen Ortschaften zur Kenntnis, daß am Sonntag den 1. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Königs-Wusterhausen im Lokale des Herrn Wedhorn eine außerordentliche Wahlvereinsversammlung stattfindet. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Schütte-Verein über: Nationalismus und Internationalismus; Auffstellung der Kandidaten der verschiedenen Orte zu den Gemeindevorstandswahlen und zur Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin; Verschiedenes. Es wird ersucht, daß alle Genossen an dieser Versammlung teilnehmen. Der Vorstand.

Hohen-Neuendorf und Stolpe. Am Sonntag, den 1. März, morgens 9 Uhr, findet im Lokale der Witwe Vergemann der Jahrtag des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gemeindevorstandes Genossen Max Neumann über die bevorstehenden Gemeindevahlen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich.

Weißensee. Am heutigen Freitag, abends 8 Uhr, veranstaltet das Gewerkschaftslokale in Verbindung mit dem Wahlverein im Saal des Weihenke einen Lichtbildervortrag über: „Eine Wanderung durch das Weltall“, gehalten von Herrn Arsenbold, Direktor der Treptow-Sternwarte. Da der Vortrag für jeden Parteigenossen von größtem Interesse ist, wird ersucht, sich an demselben zu beteiligen. Eintrittspreis ist 40 Pf. Billetts sind in den auf Plakaten bekannt gemachten Stellen zu haben.

Berliner Nachrichten.

Der Stadtfreisinn „schützt die Familie“!

In unserer Stadtverordnetenversammlung waren bei der freisinnigen Mehrheit früher die Debatten über den „Zukunftstaat der Sozialdemokratie“ sehr beliebt. So oft die sozialdemokratische Fraktion etwas anregte, was einen Fortschritt auf dem Gebiet kommunaler Sozialpolitik bedeutete, erhoben sich die Wortführer des Freisinn und warnten vor dem „Schritt ins dunkle Land des Zukunftstaates“. Mit der Zeit kam dann dieses kindische Spiel der unentwegt Freisinnigen ein bißchen aus der Mode. Gestern aber wurde gegen den Antrag unserer Genossen, der die Frage der Schaffung von Gemeindefindergärten und Gemeindefrippen in ihrer Lösung näherbringen wollte, vom Stadtfreisinn wieder mal mit Argumenten gekämpft, wie wenn wir noch mitten in jener Blütezeit rathäuslicher Zukunftstaatsdebatten ständen.

Der Ausschuß, dem der Antrag überwiesen worden war, empfahl glatte Ablehnung — und die Versammlungsmehrheit

beschloß so. Sie beschloß so, obwohl ihre Wortführer an sachlich beachtenswerten Gründen rein gar nichts vorzubringen gewußt hatten. Was wollte denn der Antrag? Mit seiner Annahme hätte ja die Versammlung sich noch lange nicht dahin ausgesprochen, daß sie Gemeindefrippen und Gemeindefindergärten wünscht. Es sollte nur erst mal der Magistrat erjucht werden, in einer gemischten Deputation mit der Versammlung diese Frage zu beraten. Mehr wurde nicht verlangt und weniger konnte kaum verlangt werden — aber selbst dieses Wenige war den Unentwegten um Cassel, Jacobi und Konsorten schon zu viel.

Die Rückständigkeit des Kommunalfreisinn, die in dem Ablehnungsbeschluß des Ausschusses sich kundgab, wurde von unserem Genossen Wurm mit verdienter Schärfe gekennzeichnet. Die Ausschlußmehrheit hat ihren Standpunkt zu begründen gesucht mit Ausführungen, die eine dreifache Berunglimpfung der Berliner Arbeiterbevölkerung in sich schließen. Wurm wies diese Angriffe nachdrücklich zurück, sie wurden aber in der Versammlung von einigen Rednern des Freisinn wiederholt, namentlich vom Stadtverordneten Galland, dem der Chor der Hausagrarier jubelte. Die Arbeiter geben willig ihre Beiträge für die Gewerkschaften und zu Streikfonds her, wollen aber die Sorge für ihre Familie der Gemeinde überlassen — das ungefähr war der freisinnigen Reden Sinn. Schlagfertig erwiderte Genosse Wurm, daß die „Selbsthülfe“, auf die der Freisinn die Arbeiterklasse verweist, beileibe nicht bis zu einem Kampf um bessere Löhne gehen darf; von solcher „Selbsthülfe“ will der Freisinn nichts hören, weil sie ihm un bequem werden kann.

Die Mehrheit beschloß, wie der Ausschuß es vorschlug: sie lehnte den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ab. Abgelehnt wurde aber auch der während der Debatte von unseren Genossen eingebrachte andere Antrag, der Erhebungen darüber forderte, in welchem Umfang eine Fürsorge der Stadt durch Findergärten und Krrippen nötig ist. Der Stadtfreisinn will nicht einmal feststellen lassen, wie groß das Bedürfnis ist. Die freisinnige Mehrheit hat, wie Genosse Wurm sagte, geradezu Angst davor, daß solche Feststellungen vorgenommen werden. Sie will nicht hineinkleuchten lassen in die „Familie“, die „von der Sozialdemokratie zerstört werden soll“ und vom Freisinn „geschützt“ wird.

Stadtgemeinde und Große Berliner.

Die Generalversammlung der Großen Berliner befaßte sich gestern auch mit dem Verhältnis zur Stadtgemeinde sowie mit den Tunnelprojekten. Erheblich Neues ist von der Verwaltung dieser Verkehrs-Gesellschaft nicht gesagt worden. Entgegen dem klaren Wortlaut des Vertrages mit der Stadt Berlin präziserte der Regierungsrat Köhler die Stellung der Großen dahin, daß, falls der Bahnkörper mit Jubel im Jahre 1920 unentgeltlich in den Besitz der Stadtgemeinde übergehen sollte, von einem Abtreten des Bahnkörpers in natura nicht die Rede sein könne, sondern nur eine Wertregulierung nach sachverständiger Schätzung stattfinden könne, weil der Gesellschaft bis zum Jahre 1950 das Betriebsrecht verbleibe. Diese Meinung ist natürlich ganz absurd und vollkommen haltlos.

Was die Tunnelprojekte der Großen Berliner betrifft, so berief sich Herr Wiede darauf, daß der verlassene Minister v. Budde die Anregung zu den Projekten gegeben habe und daß der jetzige Minister der öffentlichen Arbeiten die Interessen dieser privaten Erwerbungs-Gesellschaft gleichfalls fördere. Herr Wiede gab aber zu, daß die Projekte allerdings mit einer Tarifierhöhung verbunden seien, vergaß aber hinzuzufügen, daß natürlich diese beabsichtigte Tarifierhöhung in logischer Folge eine Erhöhung der Fahrpreise auf den Riveaubahnen mit sich bringen. Werden also die Tunnelprojekte der Großen trotz der vielen ablehnenden Gutachten von Sachverständigen ausgeführt, so kann sich die Berliner Bevölkerung auf eine empfindliche Schröpfung ihres Geldbeutels gefaßt machen.

Das Bad am Wannsee soll vergrößert und am Müggelsee soll ein neues Freibad eingerichtet werden. Es erhält den Nordstrand mit seinem reinen Sandboden und seinem von Schilf und Säulungspflanzen freien Wasser. Der Badestrand wird sich von der Försterei Müggelsee westwärts bis ungefähr zur Mitte des Erlensbüsches erstrecken und etwa 600 Meter lang sein. Der Försterei zunächst liegt das Herrenbad. An dieses schließt sich das Familienbad an. Dann kommt das Damenbad. Zum Aus- und Ankleiden sind Zelte vorgesehen. Dazu kommen Korffireklosetts und Bänke für sechs bis acht Wärter, die auch im Rettungszweck ausgebildet werden. Die Wärterbuden enthalten auch verschließbare Schränke für Uhren, Geld und sonstige Wertgegenstände und zur Aufbewahrung der Kleidung, für die 10 Pf. zu zahlen sind. Für Damen und Herren ist ein Badeanzug vorgesehen. Die Direktion erhält ein besonderes Verwaltungshaus. Der ganze Badestrand wird eingezäunt.

Minderliches. Die Soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland hat an den Minister des Innern v. Nolke eine Eingabe gerichtet mit der Bitte um Aufhebung des Freiendes Bannes, solange dort nicht für gefasste Aus- und Ankleidegelegenheit und Bedürfnisanstalten gesorgt ist. In der Eingabe heißt es: „Es ist notwendig, daß die meisten Besucher dorthin nicht, um zu baden, sondern um die Aus- und Ankleidegelegenheit zu beobachten, kommen. Es ist zu erwarten, daß mit Eintritt der wärmeren Zeit dies in gleicher Weise wiederum geschehen wird. Es ist seitens des Herrn Reichskanzlers in letzter Zeit ein Aufstreben an die zuständige Behörde ergangen, im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit bei Erörterung geschlechtlicher Vorgänge die Öffentlichkeit auszuschließen. Im gleichen Interesse des öffentlichen Anstandes und der Schamhaftigkeit liegt es, daß nicht derartige Aus- und Ankleidegelegenheiten vor den zusehenden Massen erfolgen. Dementsprechend ist, daß eine künstlerische Darstellung des Nackten sittlich vollkommen bedenkenfrei sein kann, so ist es doch ein elementares Erfordernis der öffentlichen Sittlichkeit, daß nicht an öffentlichen Orten sich nackte Personen umherstreifen dürfen. Zumal in der Nähe einer Großstadt, die mancherlei sittlich niedrige Elemente aufzuweisen hat, kann ein solches Familienbad nicht als erwünscht bezeichnet werden, solange nicht ausgiebige Gelegenheiten zum An- und Auskleiden geschaffen ist, und die Badebenutzung von der Benutzung dieser geschlossenen Räumlichkeiten abhängig gemacht wird. Ebenso müßte die Errichtung ausgiebiger Bedürfnisanstalten zur Vorbedingung einer weiteren Benutzung des Freibades gemacht werden, sofern die Erhaltung desselben überhaupt zweckmäßig erscheint.“

Wenn erst der Berliner Freibäderverein seine Tätigkeit aufgenommen haben wird, so wird ohnehin das Freibad in der bisherigen Form verschwinden und auch die Ruder werden, wenn auch nur teilweise, befristet werden. Mit der schwarzweißen Badehose wird sich schließlich der Frömmel verabschieden.

Wen trifft die Zuwachssteuer? Stadtrat Boldt in Dortmund hat eine sehr lehrreiche Uebersicht über die praktischen Ergebnisse der Wertzuwachssteuer aufgemacht: In Dortmund wurden in den ersten vier Monaten erhoben insgesamt 74 499,68 M., also rund 75 000 M. Davon betrafen den „bescheidenen“ Wertzuwachs von 10 bis 60 Proz. noch nicht 5500 M., dagegen den Zuwachs um 60 bis 85 Proz. fast 8000 M., aber den mehr als 80 Proz. Zuwachs 61 253,44 M.! In Prozenten ausgedrückt, wurden 81,7 Proz. des gesamten Zuwachssteuerertrages von den abnormen Grundstücken gewonnen mit mehr als 80 Proz. Wertzuwachs geliefert und nur etwas über 7 Proz. von den Gewinnen mit 10 bis 50 Proz. Wertzuwachs. Mit dieser Sprache der Erfahrung vergleiche man, so schreibt selbst die „Tägliche Rundschau“, nun die Sprache der Grundeigentümerpresse, die nicht müde wird, den „kleinen“ Hausbesitzer zur Verteidigung seines „bescheidenen“ Gewinns aufzurufen!

Von einer Wagenbeißel durchbohrt. Ein schrecklicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgange hat sich Mittwoch abend auf dem Nordbahnhof zugegetragen. Der 25 Jahre alte Gustav Schröder aus der Fegeler Straße 27, der bei seinem Vater in einer Lampenfabrik beschäftigt war, hatte eine Ladung fertiger Fabrikate nach dem Nordbahnhof gebracht. Um das Fahrzeug etwas näher an die Adlabefestheranzufahren, stellte er sich vor die Pferde hin und zog sie rückwärts schiebend, an den Jägeln vor. Er hatte nicht bemerkt, daß hinter ihm ein Kohlenwagen stand, und mit voller Gewalt stieß er gegen das Gefährt. Er wurde gegen die Seitenwand gedrückt und die Deichsel des eigenen Fahrzeuges bohrte sich ihm tief in die Brust ein. Arbeiter brachten den Bedauernswerten sofort nach der Rettungswache, aber dort konnte nur noch der Tod festgestellt werden. Sch. war bereits im vergangenen Jahre auf der Nordbahn das Opfer eines ähnlichen schweren Unglücksfalles geworden.

Auf der Fahrt nach Berlin erkrankt ist der Schiffer Kroll aus Müldersdorf, der sich mit seinem Fahrzeug auf dem Wege nach Berlin befand. Am Dämmerig-See hatte K. seine Risse festgelegt und die selbe verlassen, um eine Beförderung zu machen. Als er sich abends wieder nach seinem Kahn begeben wollte, ist K. vermutlich bei Ueberfahren der Laufplanke ausgeglitten und in das Wasser gefallen. Sein Aufschwimmen wurde von dem Bedienungspersonal gehört, das jedoch vergeblich den Schiffer zu retten versuchte. Bei der auf dem Gewässer herrschenden Dunkelheit war es nicht möglich, den Körper des K. zu landen.

Selbstmordversuch eines Landgerichtsdirektors. In einem Anfall tiefster Verzweiflung über ein schweres körperliches Leiden hat Mittwochnachmittag Landgerichtsdirektor Geh. Justizrat Georg Leonhardt seinem Leben ein Ende zu machen versucht. Geheimrat Leonhardt, der im 65. Lebensjahr steht, war vor längerer Zeit an einem Herzleiden erkrankt, das sich in den letzten Monaten sehr verschlimmert hatte. Seit Weihnachten konnte er keine Amtsgeschäfte beim Landgericht nicht mehr wahrnehmen. Mittwoch vormittag um 1/2 12 Uhr verließ Landgerichtsdirektor Leonhardt seine Wohnung in Charlottenburg, Courbielstraße, um sich zu seinem Arzt nach Berlin zu begeben. Als er von diesem Besuche um 3 Uhr nachmittags noch nicht zurückgekehrt war, ließ seine Besorgte Gattin bei dem Arzte anfragen, ob sie hierher kommen durfte, um sich über den Verbleib ihres Mannes zu erkundigen. Gegen 5 Uhr nachmittags traf bei der Familie die Nachricht ein, daß Geheimrat Leonhardt durch einen Sprung in den Grunewaldsee am Jagdschloß Grunewald sich habe das Leben nehmen wollen. Angefesselt des Restaurants Paulsdorn hatten den Lebensmüden rechtzeitig bemerkt und aus dem Wasser gezogen. Der alte Herr war zwar bewußtlos, gab aber doch noch schwache Lebenszeichen von sich. Mittels eines rasch requirierten Krankenwagens wurde Landgerichtsdirektor Leonhardt nach seiner Wohnung gebracht. Sein Zustand gibt zu ersten Beforgnissen Anlaß.

Leonhardt kam vor etwa 12 Jahren aus dem Westen nach Berlin. Zuerst war er in der Strafkammer tätig. Sein Name wurde damals viel genannt, als es sich um eine Reihe von Anklagen gegen Genossen Stadthagen handelte. Stadthagen hatte Leonhardt abgelehnt, wurde unter seinem Vorsitz erst zu einer Ordnungstrafe von drei Tagen Haft und dann zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hob die Urteile auf; das Strafmaß wurde nach jahrelangen Verhandlungen — unter Vorsitz anderer Richter — auf fünf Monate und 300 M. Geldstrafe herabgesetzt. Leonhardt ließ sich nach etwa einjähriger Tätigkeit als Vorsitzender der Strafkammer an die Zivilkammer versetzen.

Gegen den verhafteten Fälscherjohn Wilt Schwarzstein, der verdächtigt ist, am Müggelsee seinen Vater ermordet zu haben, findet am 6. März vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II eine Verhandlung wegen Urkundenfälschung und Betruges statt. Dieses Strafverfahren ist von der Hauptanfrage wegen Mordes abgetrennt worden. Es handelt sich um Darlehne von 80, 60 und 20 M., die sich der Angeklagte unter falschen Vorpiegelungen von Vettern seines Heimatsortes verschafft hat.

Gegen einen Leuchtgasvergiftung wurde die Feuerweh nach der Schönhauser Allee 172 gerufen. Als die Wehr erschien, war eine Frau Rauff schon den Folgen der Vergiftung erlegen. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff waren vergeblich.

Aus der Untersuchungshaft verschentlich freigelassen sind dieser Tage fünf Geldstrafenklauer, die bereits acht schwere Einbrüche zu gestanden hatten. Es besteht die Hoffnung, daß die Haft von Zeit zu Zeit verlängert wird. Im vorliegenden Falle soll die Verurteilung vom Richter verlesen worden sein, so daß die Gefängnisverwaltung die Leute freiließ. Einer ist bereits wieder ergriffen worden.

Gegen die Zigarrenbanderolesteuer! Der Verein aller Tabakinteressenten Deutschlands hatte zu Mittwoch abend eine ordentliche Generalversammlung in dem großen Sitzungssaal des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, Jägerstr. 22, einberufen, um zu der Frage: „Ist die Gefahr der Einführung einer Bänderolesteuer auf Zigarren als endgültig beseitigt zu betrachten?“ Stellung zu nehmen. Nach einem Referat des Vereinspräsidenten Dr. Jonas wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der Verein aller Tabakinteressenten Deutschlands erklärt sich einmütig gegen jede Steuerbelastung der Tabakbranche, insbesondere gegen die geplante Bänderolesteuer, welche Tausende von Arbeitern brotlos, einen großen Teil der selbständigen Kleinbetriebe und des Händlerstandes vernichten, der Konzentration des Großbetriebes Vorschub leisten und demnach im eminenten Sinne mittelstandsfeindlich wirken würde. Der Verein wendet sich energisch gegen die fortwährende Beunruhigung durch die Steuerprojekte, welche die Branche nicht zur Ruhe kommen lassen und eine gedeihliche Fortentwicklung unmöglich machen.“

Brandstifter an der Arbeit. Am Mittwoch haben die Brandstifter ihre Werk fortgesetzt und die Güter Pflanzstraße 1, Ede Courbielstraße und Friedenstraße 74, Ede Fegelerstraße angezündet. Damit erhöht sich die Zahl der Brandstiftungen seit Montag auf sechs. Am Mittwoch nachmittags die Feuerweh in der Pflanzstraße ankam, brannte das Vorderhaus des Eckgrundstückes bereits an zwei Stellen. Mit mehreren Dampfsprigen mußte die 2. Kompanie längere Zeit Wasser geben, um den Brand zu löschen. Da die Aufgänge schon verqualmt waren, mußte die Wehr zwei mechanische Leitern zum Vorgehen benutzen. Der Dachstuhl ist natürlich vernichtet. In der Friedenstraße 74 brannten Bodenverbrüche und deren Inhalt. Die Qualmentwicklung war hier so enorm, daß die Pflanzstraße Brandlösungsapparate beim Wassergeben benutzen mußten. Von den Brandstiftern fehlt auch heute noch jede Spur. Der Schaden ist in beiden Fällen bedeutend.



In der Generalversammlung des 6. Wahlkreises am 25. Februar bei Wollschmied, Wadst. 16, ist ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Dasselbe kann der Besitzer in Empfang nehmen im Bureau des Wahlvereins, Ravenstr. 6.

Zu rekonoszieren. Am 21. Februar, nachmittags gegen 6 1/2 Uhr fiel in der Königstraße unter der Stadtbahnüberführung am Bahnhof Alexanderplatz, aufstehend infolge Herzschlag, ein etwa 45 Jahre alter, dem Arbeiterstande angehöriger Mann plötzlich um und verstarb auf dem Transport nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Der Verstorbene hat graumeliertes Haar und Schurrbart und ist bekleidet mit Winterjoppe, schwarzer Hose und schwarzen Stiefeln. Hemd und Strümpfe fehlten an der Bekleidung. Er ist viel auf Krennpfählen gesehen worden. Die Leiche befindet sich im Leichenschauhause. Mitteilungen über die Person des Verstorbenen werden in jedem Polizeirevier sowie im Zimmer 324 des Polizeipräsidenten zu 1207 IV/89 08 entgegen genommen. — Am 21. Februar ist am Wilhelmstrand bei Ober-Schöne-Weide in der Nähe des Bootshauses „Sturmvogel“ eine männliche Leiche angeschwemmt worden. Beschreibung: 1,65 Meter groß, 30—35 Jahre alt, dunkeelblond, volles Gesicht. Bekleidung: grüne Joppe, schwarzes Jackett, gleiche Weste und Hose, weißes, O gegrandetes Hemd, Stiefeln mit weißem Selbstbinder, schwarze Schürschuhe, schwarze Socken, graue Handschuhe, weiß- und blaugestreifte Polsträger. Personen, welche über die Person des Verstorbenen Angaben machen können, werden gebeten, dies schriftlich oder mündlich im Polizeipräsidenten, Zimmer 329 oder in einem Polizeirevier zu den Akten 1554 IV. 26. 18 zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Zur Gemeindevahlbewegung.

#### Steglitz.

Die feindlichen Brüder — vor der Hauptwahl. „Das große Sündenregister der Hausbesitzerpartei wurde in vollem Umfang entrollt“, berichtet die „St. L.“ aus einer Mietervereinsversammlung. „Es wurde ihr verdienstlich alles vorgehalten, was sie auf dem Gebiete der Kommunalpolitik veräumt hat, wie sie nur ihre eigenen Interessen verfolgte und allen Wünschen der Minderheit ihr brutales „Rein“ entgegenstellte. Die Gewalttätigkeit der Privilegierten kennzeichnete Herr Weinhäuser ebenso treffend wie die Unfruchtbarkeit und Bedeutungslosigkeit des Kommunalvereins.“ Herr Oberst a. D. Gädle sprach von „rückwärtigem Egoismus der Majorität“, von kommunalpolitischer Minderwertigkeit der Verwaltung und nannte die Herren der Meierei städtische Agrarier und Junker. Das Hausbesitzerorgan, der „St. L.“, kennt jedoch seine Pappenhäuser und nimmt die Sache nicht sonderlich kümmen. Es schreibt, daß die Reden nicht ernst zu nehmen seien, und ist so hochhaft, den kampfstarken Mietervereinen zwischen den Zeilen zu verstehen zu geben, daß sie bei einer eventuellen Stichwahl mit den Sozialdemokraten ja doch auf die Hilfe eben dieser „brutalen Gewalttäter“ angewiesen seien. So war es bisher ja stets. Kam es zur Stichwahl zwischen Mieter und Sozialdemokraten, dann wurde das blecherne Kriegsobeliskleumt eingebuddelt, der patriotische Schimmel aufgezputzt, die Karze mit dem Transparent „Mit Gott für König und Vaterland“ geschnitten und mit „Hurra!“ ging es mit Hilfe des Hausbesitzer- und Kommunalvereins durch den vorher mit wahrer Wollust aufgewählten Schlamm dem Siege entgegen. — Untere Parteigenossen haben es in der Hand, diesem „lieblichen“ Spiel ein Ende zu machen. Unterstützen sie das Wahlkomitee mit aller Kraft, dann wird der Kampf schon am 2. März endgültig zu unseren Gunsten entschieden.

#### Schmargendorf.

In einer öffentlichen Gemeindevahlerversammlung referierte am Sonntag Genosse Zubeil über „Sozialdemokratie und Gemeindepolitik“. In zweifelhafter Rede entwarf er ein Bild einer von sozialem Geiste geleiteten Kommune. Er schilderte an der Hand seiner reichen Erfahrungen, wie die Sozialdemokraten in den örtlichen Parlamenten stets die vorwärtstreibende Kraft gewesen sind, wie erst mit dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Gemeindevertretungen der nackten Interessenpolitik der bürgerlichen Vertreter ein Ziel gesetzt worden ist. In ausführlicher Weise ging er auf die Verpflichtungen der Gemeinden auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge, des Schulwesens, der Waisen- und Armenfürsorge und der kommunalen Arbeiterfürsorge ein, welche letztere z. B. den privaten Unternehmungen als Vorbild dienen sollte. Der Referent forderte nicht nur die Anstellung von Schulärzten, die Untersuchung der Kinder vor der Einschulung und auch die regelmäßigen Untersuchungen während der ganzen Schulzeit, sondern auch die Herstellung von Schulbädern für unsere Gemeindegemeinschaften. Die bürgerlichen Vertreter, die so in Schmargendorf ohne Ausnahme Hausbesitzer sind, schicken ihre Kinder ja nicht in die Volksschule, und so ist es erklärlich, daß sie nur für die Sünden ihrer Kinder das meiste Geld bewilligen. Nach einer kurzen Diskussion wurde der Versuchung der Kandidat der Sozialdemokratie, Schlosser Paul Gutzler, Hundesleherstraße 12, vorgestellt, der in einer Ansprache die Notwendigkeit nachwies, daß auch in unser Dorfparlament endlich ein Pech in den Korpsefisch eingiebt und eine rege Agitation bis zur Gemeindevahl forderte, damit diesmal der Sieg auf unserer Seite ist.

#### Ober-Schöne-Weide.

Gemeindevahlen. Recht kraft tritt das Dreiklassenwahlrecht in unserem Industrieort in Erscheinung. Die Wählerliste weist für die erste Klasse zwei Wähler, für die zweite Klasse 200 Wähler auf, denen über 8000 Wähler der dritten Klasse gegenüberstehen.

Nachdem unsere Genossen bislang nicht in der Lage waren, genügend Hausbesitzer als Kandidaten stellen zu können, wird diesmal dieser Bedingung Genüge geschehen.

Die vereinigten bürgerlichen Parteien haben für die dritte Klasse den Hausbesitzer Schramm aufgestellt.

Ob auch die Katholiken — wie früher — mit Kandidaten aufwarten werden, steht noch dahin.

#### Weihensee.

Warum müssen Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung? lautet das Thema, über das Genosse Koblenzer-Verein in einer im Vereinshausen tagenden öffentlichen Wählerversammlung referierte. In seinem mit großem Beifall aufgenommenen zisla zweifelhafigen Vortrag zeigte der Redner, daß nur die Sozialdemokratie für Verbesserungen auf kommunalem Gebiete im allgemeinen Interesse kämpft.

Im Gegensatz zu den bürgerlichen Vereinen, die ihre Kandidaten hinter verschlossenen Türen ernennen, wurden, wie üblich, unsere Kandidaten zu den kommenden Wahlen von der öffentlichen Versammlung aufgestellt. Für den 1. Bezirk kandidieren die Genossen Seifert und Raftel, deren Mandate jetzt ablaufen, für den 3. Bezirk, an Stelle des ehemaligen Gemeindevertreters Ported, der Genosse Otto Ferng. Sämtlich für die dritte Wählerklasse. Diese drei Kandidaturen können nur durch Hausbesitzer besetzt werden. Für die zweite Wählerklasse wurden die Genossen Kohl, Ohley und Teuber aufgestellt. Mit der Aufforderung, tatkräftig in die Wahlkulation einzutreten, fand die Versammlung ihr Ende.

#### Weinenddorf.

Im Mittelpunkt des Interesses der am Dienstag stattgefundenen Mitgliederversammlung des Wahlvereins standen die bevorstehenden Gemeindevahlen.

Eine rege Debatte entfaltete sich über den Bericht der Gemeindevorteiler. Besonders in der Frage der Verbesserung der Lehrer-

gehälter stellten sich alle Genossen einmütig auf den Standpunkt, daß die Gehälter der Lehrer schon aus dem Grunde aufgebessert werden müßten, weil dadurch die Lehrer, frei von Nahrung Sorgen, sich eifriger mit der Selbstbildung befassen könnten, was in letzter Linie den Kindern des Proletariates zugute kommt.

Darauf wurden die Genossen Krüder und Kühn für die dritte Klasse und Genosse Schöndberg für die zweite Klasse als Kandidaten zur Gemeindevortretterwahl aufgestellt, worauf Genosse Schöndberg die Versammlung mit einem Appell zur regen Agitation zur Gemeindevortretterwahl schloß.

#### Charlottenburg.

### Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Auf der wieder sehr umfangreichen Tagesordnung der Sitzung vom Mittwoch stand als erster Punkt die Beratung des Antrags Dr. Krüger und Genossen (freiz.). „Der Magistrat wird ersucht, sich mit dem gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft in Groß-Berlin zum Zwecke der Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle in Charlottenburg in Verbindung zu setzen. Die Versammlung ist bereit, dem Magistrat zugunsten des Vereins hierfür jährlich 3000 M. und die erforderlichen Lokalitäten zur Verfügung zu stellen.“ Da die Antragsteller selbst die Vorkonferenz in einem Ausschuß beantragten, konnte sich der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Flemming auf wenige Bemerkungen beschränken. Er erinnerte an das Schicksal ähnlicher Anträge aus früheren Jahren, wies auf die starke Mißbilligung der gewerkschaftlichen Rechtsauskunftsstellen hin und betonte unter alzeitiger Zustimmung die Notwendigkeit, den Kindern der Volksschule Unterricht in der Gesehskunde zu erteilen, anstatt sie mit Religion zu überfrachten. Bedenken gegen den Antrag wurden nicht nur von den Vertretern des Magistrats, sondern auch von einem Ritterkreuzbesitzer desselben, dem Stadtv. Holz geltend gemacht. Der Antrag wurde schließlich einem Ausschuß überwiesen, in dem unsere Fraktion durch die Genossen Flemming und Will vertreten ist.

Von der Mitteilung des Magistrats, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung bei Einbürgerungsgesuchen nicht erforderlich ist, und daß deshalb derartige Gesuche in Zukunft der Versammlung nicht mehr zur Beschlussfassung vorgelegt werden, nahm die Versammlung Kenntnis mit dem Ersuchen an den Magistrat, sie zu benachrichtigen über die einlaufenden Einbürgerungsgesuche durch Auslegung und über die erledigten Gesuche durch Mitteilung in mindestens dreimonatlichen Zwischenräumen.

Zur Annahme gelangte nach Vorprüfung durch den Ausschuß die Vorlage betr. den Zuschuß zum Bau eines Personenbahnhofs an der Berlin-Hamburger Anschlussbahn südlich des Kaiserdammes. Der Zuschuß von 200 000 M. wurde unter der Bedingung bewilligt, daß der Betrieb auf der neuen Station im Jahre 1909 eröffnet wird und daß vom Tage der Eröffnung ab sämtliche Vorortzüge von und nach Spandau zur Aufnahme von Jahrsgästen dazwischen halten.

Weiter nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß der Magistrat dem Beschluß über die Errichtung einer Schulakademie mit der Maßgabe beigetreten ist, daß das Gehalt des leitenden Lehrers während des Probejahres 4500 M. beträgt und wenn er sich bewährt hat, nach Ablauf dieser Frist auf 6000 M. erhöht wird, und daß ferner der zweite Assistent bzw. Assistentin erst eingestellt wird, wenn die Schulakademie im Laufe des Jahres so stark in Anspruch genommen wird, daß für den zweiten Assistenten ausreichende Beschäftigung vorhanden ist.

Hierauf brachte der Rämmerer Scholz den Etat ein, dessen wichtigste Positionen wir bereits mitgeteilt haben. Redner wies darauf hin, daß alle Ressorts erhöhte Ansprüche gestellt haben und daß eine Balanzierung nur möglich wurde durch Anspannung der Einnahmen und durch Erschließung neuer Steuerquellen.

Stadtv. Kaufmann (liberal) erklärte, daß der Zuschuß von 100 Proz. zur Einkommensteuer für seine Freunde kein noli me tangere (kein Rühr-mich-nicht-an!) sei, daß man aber zu diesem Schritt nur in Gemeinschaft mit Groß-Berlin übergehen könne. Öffentlich werde der preussische Landtag eine stärkere Progression bei der Einkommensteuer beschließen. Der Wertzuwachssteuer ständen seine Freunde wohlwollend gegenüber, aber der jetzige Moment sei der allerungünstigste für ihre Einführung. Von der Einbringung ihres Antrags auf Freilassung der Einkommensteuerrufen von 800 bis 1200 M. hätten seine Freunde Abstand genommen, da sie sich überzeugt hätten, daß das gesetzlich unzulässig sei.

Stadtv. Dr. Stadthagen (nail.) äußerte sich in ähnlichem Sinne und regte unter anderem die Schaffung eines besonderen Krankenhauses erster und zweiter Klasse für den Mittelstand an.

Stadtv. Hirsch (Soz.) erklärte sich mit den Steueranschlägen des Magistrats einverstanden, hätte aber gewünscht, daß der Magistrat nicht auf halbem Wege stehen geblieben, sondern eine Wertzuwachssteuer beantragt hätte. Mit dem Wohlwollen der Liberalen gegenüber dieser Steuer sei nichts erreicht, der Moment zu ihrer Einführung werde wohl solange als der denkbar ungünstigste bezeichnet werden, bis die Mehrheit der Versammlung aus Sozialdemokraten bestehe. Unbegreiflich sei es, wie der Stadtverordnete Kaufmann seine Hoffnung auf das Dreiklassenparlament setzen könne, auf dies Parlament bezogene Beschlüsse würden nicht honoriert. Die Liberalen hätten sich von der Ungeschicklichkeit ihres beabsichtigten Antrages vor den Wahlen unterrichten müssen; statt dessen aber hätten sie in einem Flugblatt die Freilassung der Steuerstufe von 800 bis 1200 M. versprochen und dadurch die Wähler täuscht. Zu den einzelnen Etats übergend, verlangte Redner endlich die Revision der Ruhegehaltsordnung für städtische Arbeiter sowie Lohnaufbesserungen für die Arbeiter und Gehaltsbesserungen für die unteren Beamten. Auch die Armenärzte, der Arzt des Bürgerhauses und die Ärzte der Lungenfürsorgestellen bezögen viel zu niedrige Entschädigungen. Eingebender beschäftigte sich der Redner mit dem Etat der Armenverwaltung, er erkannte die Tätigkeit des Magistrats auf dem Gebiet der Bekämpfung der Tuberkulose an, forderte aber die völlige Beseitigung dieses Gebietes von der Armenverwaltung, damit niemand seines Wahlrechts verlustig gehe. Die Unmöglichkeit auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge tabelte unser Fraktionsredner scharf. Schließlich wies er noch darauf hin, daß die Regierung zwar die Polizeikosten erhöhe, aber ihrer Pflicht in bezug auf die Sicherheit in den Straßen Charlottenburgs nicht nachkomme, nicht einmal an solchen Tagen, wo nichts los sei, wo weder höfliche Festlichkeiten noch Wahlrechtsdemonstrationen stattfänden, sei eine ausreichende Zahl von Sicherheitsbeamten vorhanden.

Nach einer kurzen Erwiderung des Bürgermeisters Matting und des Rämmerers Scholz wurde der Etat dem Ausschuß überwiesen, dem von den sozialdemokratischen Stadtverordneten die Genossen Zietsch, Rüd., Hirsch und als Ersatzmänner Paritz, Liche und Vogel angehören.

Die von unserem Genossen Zietsch begründete Interpellation über den Gerüstesturz auf der Charlottenburger Brücke wurde von dem Stadtbaurat Wredtschneider dahin beantwortet, daß lediglich der außergewöhnlich heftige Sturm den Unfall herbeigeführt habe; künftig würden ganz besonders starke Gerüste angefertigt werden.

In geheimer Sitzung wählte die Versammlung dann noch die Mitglieder der Schuldeputation, darunter auch unseren Genossen Dr. Vorchardt.

#### Rigdorf.

Die Kaufmannsgerichtswahlen finden heute nachmittags von 12 bis 5 Uhr statt. Ein denkender Handlungsgeselle, der den Interessengegenstand zwischen kapitalistischem Unternehmerium und Angestellten erkaunt hat, kann den rücksichtigen bürgerlichen Harmonievereinen seine Stimme nicht geben, sondern nur die Liste B 6, die Liste des auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverbandes wählen. Die Wahl bietet Gelegenheit, einmal zu protestieren gegen die soziale Rückständigkeit

im Handelsgewerbe, gegen die übermäßige Prinzipalität, die die Handlungsgesellen als Hehler behandelt. Die Wahl ist geheim; lasse sich niemand abhaken, in seinem eigenen Interesse seine Stimme für die Liste B 6 in die Wagtschale zu werfen.

#### Wilmersdorf.

Für Sonnabend, den 7. März, ist vom Wahlverein die Veranstaltung eines humoristischen Unterhaltungsaunders vorsehen. Getreu unserem bisherigen Prinzip, sind auch diesmal keine Kosten gescheut, um künstlerische Leistungen bieten zu können. Wir erwarten daher die rege Beteiligung aller Genossen. Der Preis der Karte ist auf 50 Pf. pro Person bemessen und sind solche bei den Bezirksführern sowie in der Vorwärts-Expedition, Berliner Straße 48, zu entnehmen.

#### Tempelhof.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Wegen Erkrankung des Genossen Jul. Vorchardt muß der Unterricht am Montag, den 2. März, ausfallen, derselbe soll nach Vereinbarung später nachgeholt werden.

#### Ober-Schöne-Weide.

Arbeitslosenunterstützung durch die Gemeinde. Die von der Gemeindevertretung zu diesem Zweck eingesetzte Kommission hat über 137 Gesuche zu befinden gehabt, welchen in der größten Mehrzahl stattgegeben worden ist.

Eine weitere Anzahl Personen hat sich neben diesen in die Arbeitslosenliste eintragen lassen, um bei den auszuführenden Gemeindegewerken Beschäftigung zu finden.

Die Kommission hat bei ihren Recherchen vielfach überaus traurige Verhältnisse ange getroffen.

#### Birkenwerder.

Einer der schneller lief als der — Gendarm. Telephonisch verfolgt wurde ein Fahrradmarder, der dem Handlungsbreisenden Dornald ein Zweirad stahl. D. befand sich in Oranienburg und ließ während er einen Kunden besuchte, seine Maschine auf der Straße stehen. Ein Spighube bemächtigte sich des Rades und jagte in der Richtung nach Berlin davon. Die Oranienburger Polizei benachrichtigte telephonisch die Ortsbehörden der in der Richtung nach Berlin besieglenen Borsorrie und die Chaußee wurde daraufhin durch Gendarmarie besetzt. Bei Birkenwerder wurde der Dieb angegriffen. Als ein Gendarm ihn aufzuhalten versuchte, stürzten beide zu Boden. Der Fahrradmarder sprang auf, und nun entpant sich eine wilde Jagd. Der Spighube flüchtete über Bäume, durch Gärten, über Wiesen hinweg, immer verfolgt von dem Gendarm, dann ging es weiter über Hecken und Wiesen, bis es dem Dieb schließlich gelang, in der Waldung bei Hermsdorf zu entkommen. Obwohl die Vorortbahnhöfe sorgfältig überwacht wurden, gelang es nicht mehr, den Diebes habhaft zu werden.

#### Potsdam.

Der wohlwollende Empfang der Arbeitslosen-Deputation durch den Oberbürgermeister berechtigte zu Hoffnungen, die Antwort des Magistrats auf die schriftliche Eingabe um Koststandsarbeiten war aber ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterschaft. Eine „besondere“ Arbeitslosigkeit wurde nicht anerkannt, aber eine Arbeitsvermittlung durch den städtischen Arbeitsnachweis angeboten. Es meldeten sich dem auch in wenigen Tagen über 200 Arbeitslose, von denen einem Teil der Verarbeiteten städtische Arbeit bei der Feuerwehrverwaltung nachgewiesen wurde. Als man ihnen aber hier einen Tagelohn von 1,75 M. (eine Mark fünfundsiebzig Pfennig) bot, also noch eine Mark unter dem ortsüblichen Tagelohn, hatten sie genug von der Arbeit im städtischen Betrieb. Der Lohn von 1,75 M. pro Tag wurde bisher den Invaliden, den alten und gebrechlichen Leuten, die als Straßenleger Verwendung finden und sonst ausschließlich der städtischen Armenpflege zur Last fallen, gezahlt. Das Magistratsorgan, das „Potsd. Int.-Bl.“, verurteilt nun diese armselose Bezahlung zu rechtfertigen und redet den Arbeitslosen, die sich geweigert haben, für solchen Bettelsohn zu arbeiten, die schlimmsten Dinge nach. Die Arbeitslosen mühen sich doch einsehen, daß ihnen kein so „hoher“ Lohn wie der ortsübliche Tagelohn gezahlt werden könnte, sie sollten froh sein, Gelegenheit zu haben, wenigstens etwas zu verdienen und ihre Zeit in nützbringender Arbeit hinzubringen; denn „Nähiggang ist aller Kaiser Anfang! Schön gelang, die Arbeiter sollen ihre Zeit in nützbringender Arbeit hinbringen; dann gehört es sich auch, daß die Kommune für nützlich geleistete Arbeit einen Lohn bezahlt, mit dem der Arbeiter seine Familie ernähren kann. Mit 1,75 M. ist er jedoch bei der gegenwärtigen Teuerung zum Hungern verurteilt.“ Dieser Vorgang zeigt wieder einmal, was die Arbeiterschaft von der heutigen kapitalistischen Gesellschaft zu erwarten hat.

## Vermischtes.

Strafgericht. Nach einer Meldung aus Steffin ist der vom dortigen Schwurgericht am 27. September v. J. wegen Mordes zum Tode verurteilte Arbeiter Friedrich Hagan gefahren früh auf dem Hofe des Landgerichtesgelängnisses durch den Scharfrichter Schwieg hingerichtet worden. Hagan hat den Hörtler Krüger, der ihn im Mai vorigen Jahres beim Wäldern überfallen, durch Schüsse und Schläge mit dem Hinterschutzen getötet.

Frau v. Schönebed für geisteskrank erklärt! Wie aus Alenstein berichtet wird, ist Frau v. Schönebed wegen Geisteskrankheit nicht für verhandlungsfähig erklärt worden.

Schiffszusammenstoß. Zwischen dem Torpedoboot „Turco“ und dem Dampfer „Emile Henri“ fand eine Kollision auf der Cane von Folge, gestern ein Zusammenstoß statt, wobei beide Schiffe erhebliche Havarien davontrugen. Der Dampfer „Turco“ wurde auf Grund gefahrt, um nicht zu sinken.

Sturmschäden. Nach einer Meldung aus Bent fürzte infolge des vorgestrigen starken Sturmes in Weirabeel zwei im Bau befindliche Wohnhäuser ein. Ein Fuhrmann wurde auf der Scheldebücke durch einen plötzlichen starken Windstoß von seinem Wagen herab in den Fluß geworfen und ertrank. Auch aus anderen Ortschaften laufen Meldungen über angerichtete Schäden ein.

Künstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Marktrage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft langsam, Preise für Kalbfleisch ansehend, sonst unverändert. Milch: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise bescheiden. Schlachtvieh: Zufuhr ansehend, Geschäft wenig lebhaft, Preise gut. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert, für Hechte nachgehend, Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise nachgehend. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, besonders in Blumentofel; Geschäft sehr still, Preise gedrückt.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		
	26. 2.	25. 2.	26. 2.	25. 2.	
Remesl, Müst	268 <sup>9</sup>	265 <sup>9</sup>	Saale, Großschk	262	263
Regel, Ansternburg	208 <sup>9</sup>	207	Saale, Spandau <sup>7</sup>	154	151
Weiße, Thorn	244 <sup>9</sup>	242	Kathenau <sup>9</sup>	164	162
Ober, Ralidor	240	237	Sprea, Sprenberg <sup>9</sup>	200	202
" Kronen	257	254	Beeslön	207	0
" Frankfurt	269	267	Weiser, Ribben	179	181
Wärthe, Schrimm	299	297	" Ribben	206	206
Landsberg	226	0	Rhein, Müllersandau	480	480
Neye, Jordanum	124	124	" Raub	362	362
Eide, Reimberg	171	171	" Ribn	483	483
" Dresden	140	0	Reslar, Hellbrohm	198	198
" Bode	378	378	Rain, Wertheim	341	341
" Wangsburg	320	320	Rosel, Zier	286	286

<sup>7</sup> + bedeutet Hoch, — fall. — <sup>9</sup> Unterpegel. — <sup>9</sup> Orkan-  
Gestrichen.



Der den Inhalt des... übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, 28. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Der Evangelist.  
Königl. Schauspielhaus. Meißner Mattheus. Der zerbrochene Krug. Deutsches. Was ihr wollt. Kammerstücke. Erdgeist. (Anfang 8 Uhr.)  
Berliner. Förster-Christel.

Anfang 8 Uhr.  
Leffing. Nora.  
Neues. Simson.  
Königl. Schauspielhaus. Panne.  
Neues Schauspielhaus. Wolkenkrieger.  
Schiller. O. (Schiller-Theater.)  
Der Revisor.  
Schiller Charlottenburg. Kaiser und Gallier.  
Königliche Oper. Der Hedermaus. Kleines. 3x2=5.  
Friedrich-Wilhelmsstädt. Schauspielhaus. Lokomotivführer Claussen.

Heidel. Frau Warrens Gewerbe. Weiten. Ein halbes Dutzend. Vorlesung. Der Troubadour. Reichens. Bibi. Der seltsame Ozean. Zentral. Ein seltsamer Fall. Kuffen. Der eingebildete Kranke. Thalia. Immer oben auf. Trianon. Baron Loto.  
Theater an der Spree. Ausgewiesen.  
Bernhard Rose. Der Kaufmann von Venedig.

Neurolog. Das muß man seh'n!!  
Wolke. Mitilaw der Moderne. La belle Alexia. Beim schönen Anton. Volles Caprice. Jeunesse dorée. Paraphrase 343. Mal was anders.  
Gebr. Herrfeld. Papa und Genossen.  
Wolke. Solomonisches Urteil. Bürgerl. Schauspielhaus. Haus Lenz.  
Kosmo. Die Freuden der Häuslichkeit.  
Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten.  
Wagner. Mlle. Guerrerito. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Gustav Bedrens. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Volles Vergnügen. Spezialitäten. Palast. Lehrgangsstücke. Spezialitäten.

Urausg. Fandorstraße 14/15.  
Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.  
Sternwarte. Invalidenstr. 67/68. Privatdozent Dr. Ristenpart: Saturn, Uranus, Neptun.

**Berliner Theater.**  
Zum ersten Male:  
Gastspiel Hansi Niese:  
Die Förster-Christel.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Ferdinand Sonn als Gast.  
**Simson.**  
Morgen und folgende Tage:  
Simson.

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
2 mal 2 = 5.  
Sonnabend:  
2 mal 2 = 5.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Ein Waldertraum.  
Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:  
Die lustige Witwe.

**Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.**  
Lokomotivführer Claussen.  
Sonnabend: Madame Sans-Gêne.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Nachtschl.  
Abends 8 Uhr: Königliche.

**Lortzing-Oper.**  
Belle-Alliance-Straße 7/8.  
Abends 8 Uhr:  
Der Troubadour.  
Sonnabend 7 1/2 Uhr: Don Juan.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Der Troubadour.  
Abends 8 Uhr: Jar und Zimmermann.

**Residenz-Theater.**  
— Direction: Richard Alexander. —  
8 Uhr. „Bibi.“ 8 Uhr.  
Schwan in 3 Akten von de Corffe und de Marjon.  
Reichens. Richard Alexander.  
Hieraus: Der seltsame Ozean.  
Sonnabend, den 1. März, 3 Uhr:  
Saben Sie nicht zu verzeihen?

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 43/49.  
Abends 8 Uhr:  
Kairo und die Pyramiden.  
Invalidenstr. 67/68.  
Theater abends 8 Uhr:  
Privatdozent Dr. Ristenpart:  
Saturn, Uranus, Neptun.

**Heibel-Theater.** Königlicher.  
Abends 8 Uhr:  
Frau Warrens Gewerbe.  
Drama in vier Akten von E. Scham.

**Luisen-Theater.**  
Reichenbergerstr. 34.  
Abends 8 Uhr:  
Der eingebildete Kranke.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Nischenbrödel. Abends: Unser Doktor.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Ein verlorener Sohn. Abends: Des Räubers Lebensweg.  
Montag: Unser Doktor.

**Theater an der Spree.**  
Adenauer Straße 68.  
Zum letzten Male:  
Ausgewiesen.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen Gastspiel Sborowich:  
Ungültig.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Der Kaufmann v. Venedig.  
Anfang 8 Uhr. Hochtagsspreche.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinderwort: Die Königskinder. Abends 8 Uhr: Teufel.

**Metropol-Theater**  
Abends 8 Uhr:  
Das muß man seh'n!!  
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

**Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Garmand, Massary.**  
— Rauchen überall gestattet. —  
Sonnabend, 1. März, nachm. 3 Uhr:  
Neuestes! Allerneuestes!

**Apollo Theater**  
9 1/2 Uhr. 9 1/2 Uhr.  
Der Operettenschlager d. Saison!  
Mitilaw der Moderne  
Operette von F. Lohar.  
Urausg.: Mlle Werber.  
Ab 8 Uhr: Vorlesung über die gesamten Spezialitäten - Attraktionen mit La belle Alexia.  
Sonnabend, den 1. März, nachm. 3 1/2 Uhr: Familien-Vorstellung.

**WINTERGARTEN**  
Vorletztes Auftreten  
von  
**Otto Reutter**  
und dem  
großen Februar-Programm  
von Publikum u. Presse  
glänzend beurteilt!  
Entrée, Garderobe und Programm  
zusammen 1.— Mark.

**Gebr. Herrfeld-Theater.**  
Allabendlich  
der interessante Prozeß  
wie er stürmischer nie  
belacht wurde:  
**Salomonisches Urteil.**  
Ein Nachspiel zu  
**Papa und Genossen**  
Beide Stücke mit den Autoren  
Anton und Donat Herrfeld in  
den Hauptrollen.  
Sonnabend 3 Uhr: Endlich allein!  
Der Fall Blumensieb.

**Rixdorfer Theater**  
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.  
Sonnabend, den 1. März: Gastspiel des  
Obern-Gesellschafts (Theater d. Westens)  
**Der Waffenschmied.**  
Oper in 3 Akten von Lortzing.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Revisor.  
Aufspiel in 5 Akten v. Nikolaus Gogol.  
Deutsch von E. v. Schabert.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Auf der Sonnenseite.  
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:  
Der Kaiserjäger.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Reiterattacke.

**Schiller-Saal (Schiller-Theater)**  
Charlottenburg  
Freitag 9 Uhr: Vortrag von Dr. M. Burkhart: Charles Gounod.

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
Kaiser und Gallier.  
Belästigendes Schauspiel von Demitri  
Tolstoj. Deutsch von E. Brantje.  
Erster Teil: César's Rückfall.  
Schauspiel in 5 Akten.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Der rote Leutnant.  
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:  
Der Richter von Zalamea.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Kaiser und Gallier.  
Erster Teil: César's Rückfall.

**Deutsche Konzerthallen**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Täglich  
**Deutsch-Amerikanischer**  
**Urbock-Trubel.**

**Zirkus Schumann**  
Heute Freitag, den 28. Februar,  
7 1/2 Uhr:  
Gr. komische Vorstellung.  
Sämtl. Clowns in d. allerneuesten  
komischen Intermezzi.  
Kunstradfahrer-Truppe Klein  
mit dem unerbittlichen Regier.  
Die Centation des Tages!  
**Resisto**  
das elektrische Rätsel.  
Außerdem d. exquis. hochkom. Progr.  
Um 9 1/2 Uhr: Tagesgespräch:  
**AMERIKA**  
Vorstausstellungen - Fantomime.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Das lustige  
Heidelberger. 1 Kind frei, jedes  
weitere halbe Preis.

**XIII. Saison.**  
**Zirkus Busch**  
Freitag abends 7 1/2 Uhr:  
Große Gala-Wohltätig-  
keits-Vorstellung zum  
Besten des Zweigvereins  
vom Roten Kreuz für den  
Landkreis Niederbarnim.  
Novität! Gr. Sensation! Novität!  
**Mr. Lytton!**  
Automobil-Zeltmortalie.  
Aufftr. d. australisch. Polzfäller.  
Ergenen a. d. australischen Busch.  
Der Kommissar Gustav Sten-  
beck, Direktor des Berliner Zatter-  
saal, als Gast.  
Die phän. Aurora-Truppe!  
Bros. Clarkonians.  
Herr Ernst Schumann, Neubreslar.  
Hr. Estelle Pröval, Schulleiterin.  
Um 10 Uhr: Auf der Hallig!  
Gr. Kunst-Vant. des Zirkus Busch  
in 4 Bildern.  
Sturm u. Schiffsuntergang.  
Die Wunder der Tiefsee.  
Vorher: Gala-Programm.

**8 Theater 8**  
**Uhr Fohes Caprice Uhr**  
Neu! Jeunesse dorée.  
Paraphrase 343.  
Mal was Anderes  
Neues mit Gesang in 3 Bildern.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Panne.**

**Ein Triumph**  
der  
Zigaretten-Fabrikation!  
**Selowsky's**  
**Caruso**  
Zigaretten  
nur **3 Pf.**  
per Stück!

**Hat jemand Rheumatismus,**  
Nicht, Gliederreizen, Nervenschmerzen,  
Nichtweh (Schlaf), Gelenkschmerz, Geschwulst etc.  
der gebrauche „Electricum“ (Kleber, Kirschnadel-  
nur Reichels „Electricum“ (Kleber, Kirschnadel-  
ein einfaches und unschädliches Naturprodukt von harter,  
durchgreifender Wirkung. „Electricum“ wirkt  
wie elektrifizierend auf den Körper und nicht wie  
spirituelle Einwirkungen nur momentan und oberflächlich,  
sondern nachhaltig und gründlich. Nr. 1. — und 2. — Die  
Wirkung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reichels Wacholder-  
Extrakt, N. 75 Pf., M. 1,50 u. 2,50. Man nehme nur die echten  
Originalpackungen und achte scharf auf die Marke „Medico“!  
Erhältlich in den meisten Drogerien und zu beziehen durch  
**Otto Reichel, Berlin 48, Eisenbahnstr. 4.**

**Für Zigarrenhändler**  
billigste Einkaufsquelle  
von Zigarren, Zigaretten und Tabaken.  
Alle bekannten eingeführten Sorten zu Original-Fabrikpreisen,  
**BERLIN NO. 18,**  
dicht am  
**Max Ziegenhals, Kolbestr. 20, Alexanderplatz.**  
Telephon: Amt VII, 3047.

**Freiheitliche Bühne.**  
12 Jahre!  
polizeilich  
verboten  
war das soziale Drama  
**„Ausgewiesen“!**  
Nächstes Sonntag 3 Uhr  
wird dieses aus der Zeit des  
Sozialistengesetzes  
stammende packende Schau-  
spiel im  
**Theater an der Spree**  
Köpenicker Straße 63  
zum 10. Male!!!  
aufgeführt.

**Gutschein**  
zum Ausschneiden!  
Vorzeiger dieser Anzeige  
zahlt an der Theaterkasse  
nicht die Kassapreise,  
sondern nur 112/10  
**95 Pfennige**  
für Orchesterlauteuil.  
Gültig für 1-3 Personen  
zu Sonntag, den 1. März 1908.

**Walhalla-  
Variete-Theater**  
Weinbergweg 19/20, Rosenthal Tor.  
Anfang 8 Uhr.  
Das großartige  
Februar-Programm.  
Grandiose, amüsante  
Spezialitäten.  
Lamm: Bockbierfest, Schrammeln  
Regimentskapelle usw.  
Theaterbesuchern freier Eintritt.

**Palast-Theater**  
Burgstraße 24.  
Heute 8 Uhr. Entrée 20 Pf.  
Nur noch bis Sonnabend:  
Der  
Riesen-Februar-Spielplan.  
Ab 1. März:  
Große internationale  
Ringkampf-Konkurrenz  
um den Preis von Berlin in Höhe  
von  
**6000 Mark.**

**Passage-Theater.**  
Letzte Woche!  
**Guerrero**  
Spaniens schönste Tänzerin  
und das kollos. Februar-Madame  
Ab 1. März Gastspiel Madame  
**Manako**  
Japans größte Tragödin mit  
ihrem Ensemble.

**Brunnen-Theater**  
Sobstr. 55. Direkt.: Sarah. Rose.  
Freitag, den 28. Februar 1908:  
**Pfeiffer-Röjel**  
oder:  
Die Frankfurter Messe i. J. 1297  
Schauspiel in 5 Akten (4 Bildern)  
von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
Vorverkauf vom 10-2 Uhr.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Bourgeois. Montag, 9. März:  
Große Benefizvorstellung für Franz  
Stille: Die Elfe vom Eichenhof,  
oder: Schuld und Sühne.

**W. Noacks Theater**  
Direction: Rob. Oll. Orpenstr. 10.  
Die Schule des Lebens.  
Schauspiel in 5 Akten v. E. Raupach.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Sonnabend große Extravorstellung:  
Das Schloß am Meer.

**Sanssouci Kottbusor**  
Straße 6.  
Direction: Wilhelm Reimer.  
Sonnabend, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns Nordd. Säger**  
und  
**Tanzkränzchen**  
Beg. Sonnab. 8. u. wochent. 8 U.  
Der große Saal ist für Sonn-  
abend, 28. März noch frei.

**Happold's**  
Neuer Konzertsaal.  
Jeden Sonntag, Dienstag und  
Donnerstag:  
**Großes Militär-Konzert.**

**Passage-Panoptikum.**  
**Der**  
**größte**  
**Soldat**  
Josef Schippers,  
der lange Kerl.  
Sizilianische Bandenkapelle.  
Alles ohne Extra-Entrée!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Rafino-Theater.**  
Lötzingstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
Hanni weint — Hans lacht  
Reu! Steidl-Duo. Reu!  
Reu! Der urkomische Rügamer. Reu!  
Reu! Kästl Götter. Reu!  
Die Freuden d. Häuslichkeit.  
Sonnabend 4 Uhr: Biederleute.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluß: Reu:  
Musaren-  
Streiche.  
Anfang:  
Bodent. 8  
Sonnab. 7 U.

**Buggenhagen**  
Moritzplatz  
im Theatersaal täglich  
**Albert Böhme**  
und des  
großartige Februar-Programm.  
Entrée 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich  
die allerersten Militär-  
Kapellen: Becker, Bergmann,  
Görlich, Neumann, Offener,  
Vöttig.

**Neue Welt**  
Ostenheide 108-114.  
**Letzte Woche**  
des  
größten und originellsten  
bayerischen  
**Bockbierfestes.**  
Heute:  
Fester Familien-Abend.  
Gratis-Verlosung  
von  
6 goldenen Damenuhren.  
Im kleinen Saal:  
**Tanz-Reunion.**  
Anfang 7 Uhr. Entrée 30 Pf.

**Baustelle**  
290 Quadratrudd. Industriegewerb  
bei Teltow. Baustelle O — drei  
Etagen — Gas, Wasserleitung, zum  
Preis von nur 10 Mk. pro Quadrat-  
rudd zu verkaufen.  
Anzahlung 2500 Mark, Rest mit  
4 1/2 Proz. auf langjährige Doppelst.  
Ocherten unter K 5 an die Ex-  
pedition des „Vorwärts“.

In zweiter, unveränderter Aus-  
lage erschien vor kurzem  
**Sonntage**  
eines großstädtischen Arbeiter in  
der Natur  
von Kurt Grottel.  
Mit einem Vorwort von  
Wilhelm Bölsche.  
Mit Buchdruck und dem Portrait  
des Verfassers.  
Drohpreis 60 Pf., gebunden 1 Mk.  
Die Presse aller Richtungen hat  
das Buch sehr günstig bes-  
prochen. 245/31\*  
Wilhelm Bölsche schreibt in  
seinem Vorwort:  
„Ich glaube, daß es in der  
ganzen Literatur nicht leicht  
wieder so schätzbare Natur-  
schilderungen gibt, mit so scharf  
ausgeprägten Mitteln, wie in  
diesem Buchlein.“

Ferner ist neu erschienen:  
**Unser Wald.**  
Ein Volksbuch von Kurt Grottel.  
Herausgegeben v. Wilhelm Bölsche.  
Mit Illustrationen des Ver-  
fassers.  
Dies Buch dürfte sich gleich  
guter Aufnahme erfreuen als das  
ersterwähnte.  
Der Preis beträgt 2,50 Mk.  
für das gebundene Exemplar 3 Mk.  
**Expedition des „Vorwärts“.**  
Berlin SW. 68,  
Lindenstraße 69, Läden.



# Partei-Expeditionen:

**Zentrum I:** Fritz Linke, Nauenstr. 49.  
**Zentrum II:** Albert Habicht, Auguststr. 50, Eingang Kochmeisterstr. 2.  
**1. Wahlkreis, Westen:** Gustav Schmidt, Kirchhofstr. 14, Hofpartei.  
 Säden und Südwesten: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Laden.  
**2. Wahlkreis:** St. Fris, Prinsenzstr. 31, Hof rechts part.  
**3. Wahlkreis:** Dören: Robert Bengels, Rüdigerdörferstr. 3, am Rühlensplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
**4. Wahlkreis, Südosten:** Paul Böhm, Lauscherplatz 14/15 (Laden).  
**5. Wahlkreis:** Leo Bucht, Ammannweirichstr. 12 (Hof).  
**6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel):** Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.  
**Wedding:** Karl Heike, Rogareichstr. 49.  
**Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Hermann Rasche, Uckerstr. 36, Eingang Anhalterstr. 10.  
**Geau ndbrunnen:** F. Trapp, Steinhilberstr. 10.  
**Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Dybenerstr. 123.  
**Alt-Glienke:** Wilhelm Dürre, Rudowerstr. 83 II.  
**Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Selenheimerstr. 1, Ecke Goethestr. Laden.  
**Wilmerdorf-Balensee:** Georg Heise, Berlinerstr. 46, Laden.  
**Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg:** Otto Seifert, Kronprinzenstr. 50, I.  
**Rummelsburg, Boxhagen:** U. Rosenkrantz, Mi-Boxhagen 56.  
**Grünau:** Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.  
**Reinickendorf und Falkenberg:** G. Pfeiffer, Soehndorf, Gensowenstraße 4b.  
**Rixdorf:** W. Heinrich, Redactstr. 2, im Laden.  
**Schmargendorf:** Gustav Raminski, Gumbstr. 2.  
**Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Rartin Lutherstr. 61, im Laden.  
**Tempelhof:** W. Müller, Berlinerstr. 41/42.  
**Ober-Schöneberg:** Julius Grunow, Edlitzstr. 10, I.  
**Nieder-Schöneberg:** Bonalomsly, Haffelwerderstr. 8.  
**Johannisthal:** Bielde, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.  
**Adlershof:** Erich Steiner, Gadenbergstr. 5, II.  
**Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Lukenwalderstr. 4b.  
**Köpenick:** Friedrich Weid, Rieherstr. 6, Laden.  
**Friedenau-Steglitz-Südende:** G. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Hehr, Düsselstr. 32, und Fr. Schellhals, Wilmstr. 15a.  
**Mariendorf:** Hermann Reichardt, Gausstr. 27.  
**Baumshuloweg:** Stod, Arnstr. 2, II.  
**Treptow:** Rob. Graming, Riechholzstr. 412, Laden.  
**Neu-Weißensee:** Kurt Rudmann, Sedanstr. 105, parterre.  
**Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** G. Gursch, Propyläenstr. 92 (Eingang Gellnerweg).  
**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Hochstraße, Rühlstr. 10.  
**Pankow-Niederschönhausen:** G. Freiwaldt, Rühlstr. 73.  
**Bernau-Röntgenal:** Heinrich Broje, Gohsestr. 74, part.  
**Eichwalde, Zeuthen, Mierdorf und Hankels Abt:** Wittsche, Eichwalde, Gumbstr. 19.  
**Teltow:** Wilhelm Kehler, Hohersteinweg 7.  
**Nowawes:** Wilhelm Jappe, Priesterstr. 46.  
**Spandau:** Köppen, Jagowstr. 9.  
**Rahlsdorf und Kaulsdorf:** Scheide, Mahlsdorf, Bahnhöfstr. 1.  
 Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.  
**Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.**  
 Bitte ausschneiden. 215/1\*

# Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 1. März 1908, abends 7 Uhr:  
**Vortrag des Reichst.-Abg. Emil Eichhorn-Karlsruhe**  
 im Königstädtischen Kasino, Holzmarktstr. 72  
 (Ecke Alexanderstraße).  
 Nach dem Gemütlichen Beisammensein und Tanz.  
 Eintritt 20 Pf. Garderobe frei.

# Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgen. Deutschlands.

Filliale Groß-Berlin II (Zahlstelle Berlin).  
 Sonntag, den 1. März 1908, vormittags 9 Uhr:  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**  
 im Lokale Senfeld Weisale, Invalidenstr. 1a.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Wahl des Arbeitsnachweisers (Wahlzeit 10-11 Uhr). 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Bericht des Parteilegitimierten und Neuwahl desselben. 4. Wahl der Delegierten zu der am 22. stattfindenden Generalversammlung. 5. Verhandlungsangelegenheiten. — In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen notwendig.  
 Der Vorstand. J. u. C. Adam.

# Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
 Sonnabend, den 29. Februar 1908, nachmittags von 4-8 Uhr:  
**Wahl des 1. Vorsitzenden der Zahlstelle Berlin**  
 in folgenden Lokalen:  
 Süd-Osten: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 2 und 3.  
 Süd-Westen: Restaurant Vercht, Ritterstr. 75, Hof.  
 Nord-Osten: Schmidt, Lindenstr. 3, 2. Hof.  
 Nord-Westen: Feind, Weinstr. 11.  
 Norden: Sachs, Lindowstr. 26.  
 Wählbar sind nur Lokalbeamte. — Die Wahl erfolgt gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. — Wahlberechtigt sind nur Mitglieder, welche nicht länger als 6 Wochen mit ihrem Beitrage im Rückstande sind.  
 Stimmzettel liegen in den Wahllokalen aus.  
 Die Ortsverwaltung.

# Tischler-Verein zu Berlin.

(G. G. Nr. 80.) 193/5  
 Morgen, Sonnabend, den 29. Februar:  
**Großes Sommerfest**  
 im festlich dekorierten neuen großen Saale der Arminshallen, Kommandantenstraße 55/59.  
**Verlosungen x Vorträge x Ueberraschungen.**  
 Die Teilnehmer werden möglichst erachtet, möglichst in Sommerletzte zu erscheinen. Billets a 50 Pf. bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. Anfang 8 1/2 Uhr.  
 Der Vorstand.  
 Die Krankenfaschenbeiträge werden am 29. Februar bis 9 Uhr Reichstr. 15 entgegengenommen.

**Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Stralauer Viertel). Bezirk 328 Teil III.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Genirt **Wilhelm Kühn** (Karlgrasendamm 32) gestorben ist. 216/19  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Februar, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Grunau-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.  
 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.**  
 Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler **Wilhelm Lampe** verstorben ist. 14/3  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes, Bornitzstraße, aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet.  
 Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Formier **Max Burghardt** am 25. d. M. an Schwindelstich gestorben ist. 112/17  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet.  
 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Wilhelm Lampe** am 24. Februar gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht.  
 Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1209. Charlottenstraße 2. Hof III. Amt 3, 1937.  
**Sonntag, den 1. März, vormittags 10 Uhr, Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend in Meiers Festsälen, Sebastianstr. 39.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Wahl der Agitationskommission. 4. Branchenangelegenheiten. 112/16  
 Kollegen! In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse in unserem Beruf und mit Rücksicht auf die letzten Vorkommnisse, welche unsere Organisationsverhältnisse betreffen, ist es Pflicht eines jeden von Ihnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
**Heute Freitag, vormittags 10 Uhr, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29:**  
**Versammlung der arbeitslosen Verbandsmitglieder.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Die gewerkschaftliche Krise und ihre Wirkung. Referent: Genosse Dupont. 2. Diskussion und Verschiedenes.  
**Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:**  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

# Einsetzer.

**Sonntag, den 1. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Branchen-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Bericht von der Gaukonferenz. 2. Wie wünschen die Kollegen die Arbeitsvermittlung zu regeln. 3. Abrechnung des Winterertrages. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Kollegen! Erscheint zahlreich und pünktlich.  
 Die Branchenkommission.

# Achtung! Werkzeugmacher.

**Sonntag, den 1. März 1908, vormittags 10 Uhr, bei Pannecke, Manteuffelstr. 47:**  
**Branchen-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Die Lage in unserer Branche. Referent: Kollege Langhammer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 80/11  
 Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend notwendig.  
 J. u. C. D a m p e l

# Maschinenarbeiter.

**Montag, den 2. März, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:**  
**Branchen-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Kollegen Leopold über: Unsere Lage und unsere Kämpfe. 2. Diskussion. 3. Die Beschlüsse der Vorkonferenz und unsere Branche. 4. Branchenangelegenheiten.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Die Branchenkommission.

# Bäckerei-Genossenschaft „Berlin“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
**Sonntag, den 8. März, mittags Punkt 1/2 Uhr, bei Krone, Liegnitzerstr. 18:**  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:** 1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. 2. Genehmigung der Bilanz und Beschlußfassung über den Reingewinn. 3. Reuanstellung des Statuts. 4. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 5. Anträge. 6. Verschiedenes. 103/19  
 Der Vorstand. Georg Meißner. Ludwig Grill

**Trionon-Theater.**  
 8 Uhr. Baron Toto. 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein Jolette — meine Frau.



**Gustav Behrens-Theater.**  
 Berlin W., Goltzstr. 9.  
 Nur kurze Gastspiel des berühmten Kopfküßers vom Royal-Palast in London (derelbe erregte durch seinen Streifenkopfschnitt in allen Großstädten herbei. Aufsehen) sowie 16 erstklass. Spezialitäten. Tuschewitograph. Anfang 8 Uhr, Sonntag 8 1/2 Uhr. Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung: Familienfrühen bei freiem Tanz.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Eier-Spezial-Handlung**  
 en-gros en-detail  
**Goltzstraße 25,**  
 am Winterfeldtplatz, empfiehlt frische Eier zum billigsten Tagespreise. Spezialität: **Krücker** täglich frisch: von einer Hand an jede frei ins Haus. Telefon: Amt 6. Nr. 8609. 20332\*  
 Rabatmarken.

**Beste Bettenfüllung**  
 sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen **Monopoldaunen**  
 (grüßl. geschützt) Pfund RM. 2,85. 3-4 Pfund je nach 1 gr. Oberheit. Best. gep. Nachnahme. Verpackung frei.  
**Gustav Lustig**  
 Berlin S. 300 Prinzenstr. 48  
 Gedr. d. Deutscher-Expedition

Soeben erschienen ist in zweiter, durchgesehener Auflage:  
**Referenten - Führer**  
 von Eduard David.  
 Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationstätigkeit nötigen Wissens und Könnens. Preis 1,50 RM.  
**Expedition des Vorwärts,**  
 Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

**Organ Rheumatismus** gut Zarembo Burgunder Pochpflaster. Drogerie Weinbergweg 1. direkt am Rosenthaler Tor.

# Peek & Cloppenburg

Gertraudenstr. 25, 26, 27 Berlin C. Roßstraße 1 und 1a  
**Spezialgeschäft für moderne Herren- u. Knaben-Bekleidung**

# Besonders preiswert: Sacco-Anzüge

- 18237. Kleinkariert dunkler Cheviot, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz M. 15.-
- 18258. Grau melierter Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 4 Knopf . . . . . M. 15.-
- 18050. Dunkel mel. Cheviot mit schwarzen Streifen, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz . . . . . M. 19.-
- 18238. Modebrauner Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz . . . . . M. 19.-
- 18054. Dunkel kariert halbwooll. Kammgarn, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz . . . . . M. 24.-
- 18323. Grau mel. Cheviot mit grünen und blauen Streifen, Sacco auf 3 Knopf mit Schlitz . . . . . M. 24.-
- 18303. Modebrauner Cheviot mit blauen Streifen, Sacco 2reihig auf 2 Knopf . . . . . M. 26.-
- 18264. Hellgrauer fischgrät. Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig, Fassung „Amerika“ . . . . . M. 27.-
- 18327. Kleinkariert. grauer Cheviot m. blauen u. grünen Streif., Sacco auf 2 Knopf, vorn eckig, Fassung „Amerika“, m. Aermel-Aufschlag M. 27.-
- 18328. Modebrauner Cheviot mit farbigen Streifen, Sacco auf 2 Knopf, Fassung „Amerika“ . . . . . M. 27.-
- 18343. Hellgrauer fischgrät. Cheviot m. farb. Effektstreifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig, Fassung „Amerika“, m. Aermel-Aufschlag M. 27.-
- 18223. Dunkel mel. halbwooll. Kammgarn mit farbigen Streifen, Sacco auf 3 Knopf . . . . . M. 32.-
- 18433. Mittelgrauer Cheviot mit braunen und grünen Streifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig . . . . . M. 32.-
- 18435. Modebrauner Cheviot mit braunen und grünen Streifen, Sacco auf 3 Knopf, vorn eckig, Fassung „Amerika“ . . . . . M. 32.-
- 18483. Hellgrau-brauner Cheviot mit blauen Streifen, Sacco 2reihig auf 2 Knopf, Fassung „Amerika“ . . . . . M. 34.-

**Vorzüge unserer Anzüge:**  
 Richtige Paßform | Gute Futtersachen  
 Haltbare Stoffe | Niedrige Preise



### Ein Hochverratsprozeß.

Leipzig, 27. Februar 1908.

(Telegraphischer Bericht.)

Vor dem Vereinigten zweiten und dritten Strafsenat begann heute früh unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Freiherrn v. Bülow ein neuer Hochverratsprozeß, bei dem es sich wieder wie bei dem Prozeß Liebknecht um die antimilitaristische Propaganda handelt. Angeklagt ist der vor einigen Tagen auch von der Berliner Strafkammer wegen Aufzuredung zum Ungehorsam gegen die Gesetze mit 1 1/2 Jahren Gefängnis bestrafte Former und Redakteur des „Freien Arbeiters“ Rudolf Destréich wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens. Der im Jahre 1878 in Berlin geborene Angeklagte ist wegen Fahnenflucht, mehrfacher Aufzuredung, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze vorbestraft. Infrimiert ist ein Artikel des „Freien Arbeiters“ vom September 1907 „Anarchismus und Militarismus“, der sich mit den Beschlüssen des Amsterdamer Anarchistenkongresses, speziell mit jenen gegen den Militarismus, beschäftigt. „Wir glauben“, heißt es dann, „daß in unseren Reihen Männer bereit sein werden, diese Beschlüsse in die Tat umzusetzen und damit eine der verderblichsten Einrichtungen der heutigen Gesellschaftsordnung, die die Ursache der Armut ist, zu beseitigen.“

Der Angeklagte erklärt sich für nichtschuldig. Sein anarchistisches Ideal hoffe er durch Aufklärung zu erreichen. Auf die Frage, ob er die Gewaltanwendung billigt, erklärt der Angeklagte: „Jeder einzelne soll handeln, wie er es für richtig findet“. Im übrigen handele es sich in seinen Artikeln nur um theoretische Erörterungen.

Sodann wird ein Artikel des „Revolutionär“ verlesen, in dem bemängelt wird, daß Liebknecht die Kaserneagitation und Insurrektion verworfen habe. Der Verteidiger, Dr. Viktor Frankl-Werlin, erklärt, daß bei dem Erscheinen dieses Artikels der Angeklagte schon im Gefängnis saß und daß er im schärfsten Gegensatz zu dem Artikel und zur ganzen Haltung des „Revolutionär“ stehe.

Darauf wird der Polizeikommissar Kunze-Vorlin als Zeuge vernommen. Er bestätigt, daß in dem „Freien Arbeiter“ die Amsterdamer Resolution des Dr. Friedberg abgedruckt worden sei, die die aktive Aktion und Messing empfiehlt. Auf Befragen des Reichsanwalts gibt Zeuge dann weiter an, daß in den letzten zehn Jahren mehrfach Handlungen Berliner Anarchisten vorgekommen sind, die in das Gebiet der Propaganda der Tat fallen, so der Fall Kosschmann (der Attentatsversuch gegen den Polizeioberst Krause, an dem eine Bombenruhr geschickt wurde). Der Anarchist Schwabe erhielt 13 Jahre Zuchthaus, weil er auf einen Polizeibeamten mit dem Revolver geschossen hatte. In der letzten Zeit habe auch eine Durchsuchung (!) bei einem Anarchisten stattgefunden, in dessen Weste eingeklebt gefunden wurde ein tadellos neues Exemplar der „Revolutionäre“, „Revolutionsären Kriegswissenschaft“. — Vert. Frankl: Haben Sie Anhaltspunkte, daß der Angeklagte mit diesem Anarchismus irgend etwas zu tun hatte? — Zeuge: Nein, das kann ich nicht sagen.

Es wird dann als Sachverständiger der von der Verteidigung geladene außerordentliche Professor für Staatswissenschaften an der Kaiser-Maxime-Akademie, Dr. Adde, vernommen. Es gäbe verschiedene Arten der Taktik in der anarchistischen Bewegung. Allerdings sei die früher im Vordergrund gestandene Propaganda der Tat seit Beginn dieses Jahrhunderts immer mehr zurückgegangen. An ihrer Stelle überwiege jetzt die direkte Aktion, die durch sorgfältige Streiks die Massen zu sich herüberziehen und dann durch den Generallstreik die Uebernahme der Produktionsmittel bewirken wolle. Mit der direkten Aktion ist in allen Ländern die antimilitaristische Bewegung verbunden. Der „Freie Arbeiter“ stehe nicht auf dem Standpunkte der Propaganda der Tat und will nicht durch den Terror die Massen aufwiegen, sondern auf dem Boden der direkten Aktion. Sodann beginnen die „Falschungen“.

Reichsanwalt Nagel führt aus: Der Angeklagte behauptet, daß er bei Abfassung des Artikels noch nicht Kenntnis von dem Satz in der Amsterdamer Resolution hatte, die auf die Empfehlung von Empörung, Dienstverweigerung, passiven und aktiven Ungehorsam und Insurrektion hinausläuft. Es ist ihm aber nicht Glauben zu schenken. Aber auch der Gedanke des Generallstreiks ist ja nicht ohne Gewalt durchzuführen, wie es in der belgischen (!) Broschüre: „Ueber den Generallstreik“ heißt. In dem Artikel wird klipp und klar die Gewalt an die Spitze gestellt. Es heißt weiter darin: „Damit ist dem Staat das Todesurteil ausgesprochen. Wir wollen dieses Todesurteil ausführen.“ Das Todesurteil kann nur durch Gewalt ausgeführt werden. Weiter heißt es in dem Artikel: „Es wird sich darum handeln, daß von den Genossen die Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden. Wir glauben, daß in unseren Reihen Männer sind, die dazu entschlossen sind. Der beste Staat soll auf diesem Wege zur Vernichtung gebracht werden.“ Das ist doch nichts anderes als die Aufforderung zur Vergehung von Gewalttätigkeiten auf einzelne Teile des Militarismus. Nun ist noch fraglich, ob juristisch konstruierbar die Vorbereitung zum Hochverrat hier vorliegt. Es ist nicht richtig, daß die Aufforderung für ferne Zeiten gedacht ist. Es heißt: „Die Morgenröte der Freiheit steht bevor. Ehe man sich denken kann, kann der beste Staat zertrümmert sein usw.“ Bei der Strafzumessung kann angesichts eines derartigen gefährlichen Treibens keine Milde am Plage sein. Es ist nur die Frage, ob auf Festung oder Zuchthaus erkannt werden soll. Auf Zuchthaus kann nur erkannt werden, wenn man der Ansicht ist, daß der Angeklagte in ehrloser Gesinnung gehandelt hat. Der Ehrbegriff ist unter allen Umständen ein Begriff, der dem Mensch dar-

stellt der uns beherrschenden Grundzüge der Gesellschafts- und Rechtsordnung. Wenn jemand den Bestand jeder Rechtsordnung negiert, dann kann er auch nicht Anspruch haben auf den Ehrbegriff dieser Rechtsordnung. Dem Staate würde zugemutet werden, sich als ethisch minderwertig anzuerkennen. Der Angeklagte hat es unternommen, das Vaterland unter allen Umständen bloßzustellen. Das ist mit unseren Anschauungen von Ehre und Pflicht nicht vereinbar. Es handelt sich bei all diesen Presseaufreizungen, die vom sicheren Hafen der Redaktion (!) ausgegangen waren, darum, unreife jugendliche Köpfe zu Handlungen anzuregen, deren Tragweite sie nicht übersehen können. Dieser Handlungsweise muß unter allen Umständen der Stempel der ehrlosen Gesinnung aufgedrückt werden. Ich beantrage aus allen diesen Erwägungen eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und fünf Jahre Ehrverlust.

Vert. Dr. Frankl: Der Gerichtshof wird anerkennen müssen, daß der Angeklagte den Eindruck einer glaubwürdigen Persönlichkeit macht, die von dem, was sie sagt, wenn es auch noch so verkehrt ist, ehrlich überzeugt ist. Der Angeklagte trete für den Generallstreik ein, der durchaus nichts ungesetzliches, sondern durch die Gewerbeordnung gewährleistet sei. Die wenigen blutrünstigen Sätze seien doch nur rhetorische Phrasen, auf die kein Gewicht zu legen sei. Der Angeklagte handelte nicht aus niedrigen Motiven. Er erhielt für seine Stellung keinen Pfennig Bezahlung, er handelte aus dem Motiv der Ueberzeugung, aber nicht aus ehrloser Gesinnung. Wenn der Gerichtshof dennoch zu einer Verurteilung kommen sollte, könnte er nur auf Festungstrafe erkennen.

Reichsanwalt Nagel: Ueber den Anarchismus als Weltanschauung haben wir nicht zu richten, denn Gedanken sind zölsfrei. Anders aber steht es mit der Propagierung von Gewaltmitteln. Der Reichsanwalt beruft sich auf die Verurteilung Rots zu fünfzehn Monaten Zuchthaus in England und auf den Ausschluß Servés aus der Pariser Advokatenkammer.

Der Verteidiger tritt dieser Heranziehung fremder Verhältnisse entgegen.

Der Angeklagte Destréich erklärt zum Schluß: Das Wort „Massenaktion“ scheint es dem Reichsanwalt angetan zu haben. Ist nicht aber auch die russische Leibeigenschaft durch eine unblutige Volkserhebung beseitigt worden? Wäre es nicht möglich, daß auf demselben Wege durch eine solche Volkserhebung auch der Militarismus beseitigt würde? Mir persönlich war die Fassung der Amsterdamer Resolution damals gar nicht bekannt, sie ist erst durch die Polizei aus der „Revue“, die wir gar nicht halten, in die Anklage hineingekommen. Zur Frage der Ehrlosigkeit möchte ich bemerken: Das Urteil, ob ich ehrlos gehandelt habe, habe ich bisher meinen Mitmenschen überlassen. Das werde ich auch weiter tun.

#### Das Urteil.

Nach fast zweistündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende, Senatspräsident Freiherr v. Bülow, folgendes Urteil:

Der Angeklagte Rudolf Destréich wird wegen Aufforderung zur Ausschüßung eines hochverräterischen Unternehmens zu drei Jahren Zuchthaus, fünfjährigem Ehrverlust sowie zur Tragung der Kosten verurteilt.

Drei Jahre Zuchthaus für einen unbeachtet vorübergegangenen Artikel!

Man hat den Eindruck, daß die Richter unter dem Banne der Äußerungen jedes Teils der Schärferblätter standen, die nach dem Liebknechtprozeß das Urteil des Reichsgerichts maßlos angriffen, weil es nicht entgegen dem Gesetz auf Zuchthaus, sondern auf Festung erkannte. Nach und Abschreckung, nicht Gerechtigkeit war das Leitmotiv jener Blätter. Was säkret diese Blätter das Gesetz? Denn dem Gesetz widerspricht im Falle Liebknecht der Antrag des Oberreichsanwalts. Denn im § 20 des Strafgesetzes heißt es: „Wo das Gesetz die Wahl zwischen Zuchthaus und Festungstrafe gestattet, darf auf Zuchthaus nur dann erkannt werden, wenn festgestellt wird, daß die strafbar befundene Handlung aus einer ehrlosen Gesinnung entspringen ist.“ Das Reichsgericht erklärte damals gegenüber dem Ansuchen des Oberreichsanwalts:

„Der § 20 des Strafgesetzes (Hochverratsparagraf) ist nur in Verbindung mit § 20 zu verstehen. Danach ist Zuchthaus unzulässig, wenn festgestellt ist, daß die strafbare Handlung aus einer ehrlosen Gesinnung entspringen ist. Der Gerichtshof ist nicht der Ansicht, daß eine ehrlose Gesinnung vorliegt. Er ist dabei davon ausgegangen, daß es sich für den Fall der Annahme ehrloser Gesinnung um Motive handeln müßte, die außerhalb des Tatbestandsmerkmals selbst liegen. Als solche Motive hat er ehrlose Gesinnung nicht finden können. Vielmehr ist der Gerichtshof zu der Ansicht gekommen, daß der Angeklagte aus einer politischen Ueberzeugung heraus gehandelt hat, die, mag sie verkehrt sein oder nicht, den Voraussetzungen, die das Gesetz für ehrlose Gesinnung verlangt, nicht entspricht.“ Inzwischen ist Dischans Reichsgerichts-Senatspräsident geworden. Welche ehrlosen Motive, die außerhalb der Tat selbst liegen, sollen vorhanden gewesen sein? Der Reichsanwalt hat wie im Falle Liebknecht nicht einmal den Versuch unternommen, außerhalb des Tatbestandes liegende Motive darzulegen. Das Urteil ist ein ungeheuerliches. Die Verhütung der Frage, ob Hochverrat vorliegt und noch mehr die Strafart empört das Rechtsgesetz aufs tiefste. Die Gründe des Urteils liegen noch nicht vor. Der Gang der Verhandlung läßt sie nicht erkennen. Wir beharren uns vor, auf das Urteil zurückzukommen, sobald die Gründe vorliegen.

### An die Tabakarbeiter Deutschlands.

Auf die Schanzen! So riefen wir Euch unter dem 25. November vorigen Jahres zu. Heute sagen wir: Gewehr bei Fuß! In Ausführung unseres Rufes vom November haben die Kollegen und Kolleginnen unseren Erwartungen in reichem Maße entsprochen, durch Abhaltung vieler Hunderte von Protestversammlungen, durch persönliche Agitation in allen interessierten Kreisen, durch Aufforderungen und Anfragen an die Vertreter vieler Reichstags-, Landtags- und Gemeindevahlkreise. Alles dieses konnte nur ermöglicht werden durch Aufbringung der dazu notwendigen Munition (Gelder).

Was uns zu der Parole: Gewehr bei Fuß! jetzt veranlaßt, ist die öffentlich bekannt gemordene Mitteilung, daß der bisher ängstlich geheim gehaltene Vandalen-Steuer-Gesetzentwurf aus dem Bundesratsauschuß zurückgezogen sei, wenn das auch nur als „vorläufig“ zu betrachten sei. Des weiteren wurde bekannt, daß der bisherige Reichsschatzsekretär v. Stengel, der Vater dieser Vorlage, über seine unglückliche „Finanzreform“ stolperte, zumal ihm die geplante Ueberumpelung vollständig mißlang.

Auf der Suche nach einem neuen Reichsschatzsekretär hat sich nun ein solcher in der Person des bisherigen Unterstaatssekretärs Sydow gefunden. Die Kundigen wissen wollen, soll der neue Herr eine nicht zu feinfühlig Draufgängerart sein und den schneidigen Bureaukraten herauskehren.

Kollegen! Ueberdenkt, was dies für uns bedeutet: Eine andere Nummer, jedoch derselbe Faden! Auch er wird der Vermehrung und Neueinführung direkter Steuern aus dem Wege gehen; dahingegen werden seine Finanzpläne auf eine Erhöhung bereits bestehender und Einführung neuer indirekter Steuern, darunter sicher solche auf Tabakfabrikate, hinauslaufen.

Kollegen und Kolleginnen! Wenn wir oben sagten: Gewehr bei Fuß, so meinen wir damit, daß Ihr unsern Rufes zu jeder Zeit gewärtig sein müßt, um wieder, wenn nötig, auf die Schanzen zu eilen. Um dieses noch geschlossener tun zu können, fordern wir von Euch, in allen Bezirken die vorhandenen Organisationen bestehen zu lassen, sie auszubauen, was in der kurzen Kampfsperiode vielleicht nicht möglich gewesen ist, um auf den zweifellos bald wieder beginnenden Kampf vorbereitet und gerüstet zu sein.

In allen den Orten, welche es bisher unterlassen haben, Kommissionen zu bilden, ist solches sogleich nachzuholen, den zuständigen Bezirksleitern Mitteilung zu machen und nur mit denselben in steter Verbindung zu bleiben; in den Orten, wo die Kollegen und Kolleginnen die Sache lässig betreiben, ist es Sache der Bezirksleiter, dort energisch nachzuhelfen.

Halten wir Rückschau, so können die Tabakarbeiter Deutschlands ohne Ueberhebung wohl mit Zug und Recht sagen, auf die Reichstagsabgeordneten derartig eingewirkt zu haben, daß man es dem Reichsschatzsekretär nahe legte, seine Pläne aufzugeben.

Da der neue Mann mit verschärften neuen Entwürfen zu fürchten ist, so haben die Tabakarbeiter um so mehr die Pflicht, noch gerüsteter zu sein als vorher. Zu diesem Zweck wäre auch die Referentenfrage mehr als bisher ins Auge zu fassen, jeder Ort muß sich selbst zu helfen suchen. Der „Tabakarbeiter“ bringt in jeder Nummer reiches Material für jüngere Kollegen, welche sich zu diesem Zwecke ausbilden wollen. Des weiteren verweisen wir auf die von uns versandte Schrift: Die Tabaksteuerfrage und ihre Entwicklung, soll in erster Linie dem Zweck dienen, die Kollegen mit der geschichtlichen Entwicklung der Tabaksteuer vertraut zu machen, ihnen die unheilvollen Wirkungen der bisherigen Belastungen und auch die Wirkungen der ständigen Bedrohungen an der Hand der Tatsachen vorzuführen.

#### Also Kollegen! Frisch ans Werk!

Um die Abrechnung der bis jetzt eingegangenen Gelder abschließen zu können, ersuchen wir die Kollegenschaft, welche sich im Besitz von Sammellisten befindet, solche unverzüglich, spätestens aber bis zum 8. März er., mit denen abrechnen zu wollen, von welchen sie die Listen bezogen. Den Bezirksleitern liegt die Pflicht ob, durch die an ihrem Wohnort bestehende Kommission ihre Abrechnung prüfen und durch den „Tabakarbeiter“ veröffentlichten zu lassen. Alle überschüssigen Gelder sind sofort an Ludwig Walter, Berlin N. 37, Weihenburger Straße 75 IV, einzusenden.

#### Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

Wilhelm Voerner, Ritterstraße 15.

Karl Butry, Stralsunder Straße 41 III.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE 109-111

Einmaliges Angebot!

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat

## 3 Waggon Prima zarte Gänse Pfd. 52 Pf. (gefroren)



